

Preussische Allgemeine



Nr. 10 · 12. März 2021

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,40 €

Republik des Stillstands

Es gelingt nicht sehr viel derzeit in diesem Land. Die Ursachen dafür sind verschieden. Ein Grund ist, dass auf vielen Gebieten die richtige Haltung oft wichtiger ist als das handwerkliche Können
Seiten 1 und 3



Wirtschaft Börsengurus sehen Elon Musk vor dem Absturz **Seite 7**



Geschichte Als Russland und die Türkei den Kaukasus neu ordneten **Seite 10**

AUFGEFALLEN

Politische Verantwortung ist passé

Es war der spektakulärste Rücktritt in der Geschichte der Bundesrepublik, als Bundeskanzler Willy Brandt am 6. Mai 1974 dem damaligen Bundespräsidenten Gustav Heinemann erklärte, aus dem Amt des Regierungschefs zu scheiden. Grund war, dass mit Kanzlerberater Günther Guillaume ein Stasi-Agent engster Kanzlerberater gewesen war.

Keine persönliche Verfehlung veranlasste Brandt zu diesem Schritt, sondern die „politische Verantwortung“ dafür, dass ein Spion Ost-Berlins in seiner vertrautesten Umgebung wirken konnte.

Wie lange ist das her? Der Begriff der „politischen Verantwortung“ scheint ausgestorben zu sein, das Gespür dafür ohnehin. Mindestens drei Spitzenpolitiker wären sonst längst nicht mehr im Amt: Wirtschaftsminister Peter Altmaier, in dessen Zuständigkeitsbereich die Beihilfen für die vom Untergang bedrohten Unternehmen und Selbstständigen in kaum darstellbarer Weise versemelt wurden. Gesundheitsminister Jens Spahn, dessen Ministerium fürs Impfen, Testen, die Maskenbeschaffung etc. zuständig ist. Und natürlich Kanzlerin Angela Merkel, die ursächlich hinter dem Impfdesaster steht und überdies die „politische Verantwortung“ für das Gesamtversagen ihrer Regierung trägt. Doch an Rücktritt denkt niemand, vermutlich nicht mal im Traum. Dass das Vertrauen der Deutschen in ihre Spitzenpolitiker in den Keller rauscht, darf da nicht wundern. H.H.

POLITIK

Die Republik erlebt einen kollektiven Führungsausfall

Nun rächt sich, dass in den vergangenen Jahren viele Probleme nicht offen angesprochen und debattiert wurden

VON RENÉ NEHRING

Das Debakel kam fast schon mit Ansage. Als am Montag neben Baumärkten und Gartencentern auch die Schulen und Kitas wieder öffneten, zeigte sich, dass Bund und Länder die Monate des jüngsten Lockdown nutzlos verstreichen ließen: Weder gibt es Lüftungsanlagen für die Klassen- und Gruppenräume noch ausreichend Masken für Lehrkräfte und Betreuer noch eine Schnellteststrategie, um neue Corona-Fälle früh erkennen zu können.

Es ist das jüngste Glied einer inzwischen stattlichen Kette von Versäumnissen im Zuge der Corona-Pandemie. Konnte man diese zu Beginn noch mit einer nie dagewesenen Lage entschuldigen, wirft der Umstand, dass andere Länder wesentlich schneller impfen und auch schneller bei der Beschaffung von Schnelltests sind, immer drängender die Frage auf, warum hierzulande als einziges Mittel zur Pandemie-Bekämpfung die Fortsetzung des alle Beteiligten nervenden Lockdown bleibt.

Je nach politischer Heimat sind Antworten schnell zur Hand. Die Opposition und die SPD zeigen – zumal in den Tagen vor den wichtigen Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz – genüsslich auf die Union. Das ist nicht unverdient, kommen doch mit der Kanzlerin, dem Gesundheitsminister und dem Wirtschaftsminister maßgebliche Verant-

wortliche aus den Reihen der CDU. Dass sich, wie sich vor Tagen zeigte, zwei Abgeordnete an der Vermittlung von Atemschutzmasken bereicherten, macht die Bredouille der Union nicht eben kleiner.

Gleichwohl können sich die anderen nicht einfach aus der Affäre ziehen. Fast alle Parteien stehen im Bund, in den Ländern und in den Kommunen in der Verantwortung. Und bis auf wenige Ausnahmen wie Tübingen, wo es dem Grünen Boris Palmer gelang, die Schwachen vor dem Coronavirus zu schützen, sind fast überall die gleichen Fehler zu beobachten. So offenbart die gegenwärtige Krise einen breiten Mangel an der Fähigkeit, in Zeiten der Not richtig zu handeln.

Ursachen des Niedergangs

Eine wesentliche Ursache für diesen Mangel ist der Mehltau, der sich in den vergangenen Jahren über die politische Landschaft gelegt hat. Seit ihrem Amtsantritt 2005 hat es die Bundeskanzlerin perfektioniert, grundlegende Richtungskämpfe ins Leere laufen zu lassen. Debatten darüber, was gut für dieses Land ist, gibt es ebenso wenig wie Diskussionen darüber, ob das Agieren der gewählten Volksvertreter den Bürgern nützt oder nicht.

Auch in der Wirtschaft ist seit Jahren eine schleichende Verschiebung der Bewertungsmaßstäbe zu beobachten. Warben früher Unternehmen mit Parametern wie Leistung, Design oder einem günsti-

gen Preis für ihre Waren, so stellen sie heute heraus, dass ihre Produkte „klimaneutral“ hergestellt werden oder dass alle Zutaten „fair gehandelt“ sind. Und warben die Firmen früher um die besten Köpfe, so verkünden sie heute, möglichst viele Frauen oder Angehörige ethnischer Minderheiten in die Verantwortung bringen zu wollen. Erst vor wenigen Tagen kündigte Audi an, die eigene Kommunikation auf „gendergerechte Sprache“ umzustellen, um ein „Zeichen gegen Diskriminierung und für Vielfalt“ zu setzen.

Ähnlich die Verhältnisse in der Wissenschaft. Hier können selbst namhafte Koryphäen schnell in das Sperrfeuer – zu meist anonym – „Studierendengruppen“ geraten, wenn sie in ihren Arbeiten elementare Fragen der „Gendergerechtigkeit“ oder die Anliegen einer Minderheit missachten. Die Forschungsergebnisse sind denn auch allzu oft entsprechend lustlos, banal – und irrelevant.

Ist es angesichts dieser Entwicklungen ein Wunder, dass in unserem Land derzeit so wenig gelingt? Ist es ein Wunder, dass in einer Gesellschaft, in der die richtige Haltung wichtiger ist als die erbrachte Leistung, in einer Ausnahmesituation niemand da ist, der souverän durch die Krise führt? Insofern könnte die Corona-Pandemie zu einem Wendepunkt der deutschen Politik werden – hin zu einer neuen Ernsthaftigkeit, die Probleme offen benennt und handwerklich meistert.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Umweltschützer begehren weiter gegen Windkraft-Lobby und NABU auf **Seite 4**

Kultur

Betrachtungen zur Krise des Kulturstaats, die nicht erst mit Corona begann **Seite 9**

Das Ostpreußenblatt

In Allenstein wird eine alte preussische Kaserne zu einem Kinderhospiz **Seite 13**

Reise

In den Pyrenäen versteckt sich eines der längsten Bahnhofsgebäude Europas **Seite 21**



Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite **paz.de**



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

07.02.2021, 22:10
Test positiv: "Friseurtermin ist futsch"

17. März 2020, 18:40 Uhr Coronavirus
Afrika schottet sich gegen Europa ab



Kenia war das erste Land Ostafrikas, in dem das Virus gefunden wurde. (Foto: Yasuyoshi Chiba/AFP)

- Wegen des Coronavirus haben viele afrikanische Staaten strenge Reisebeschränkungen verhängt. Europäer müssen draußen bleiben.
- Bislang gibt es offiziell rund 350 Infizierte in mindestens 30 Ländern auf

Hameln: Ermittlungen zu illegalem Kindergeburtstag mit 30 Gästen eingeleitet



++ Kretschmann offen für mehr Kontakte ++

GRENZE DICHT, FRISCHE LEBENSMITTEL KNAPP
Lufthansa fliegt Luftbrücke zu den Briten

Polizei entdeckt Hotel voller Touristen

Notizen aus dem Ausnahmezustand

Schlagzeilen einer außergewöhnlichen Zeit

Stand: 31.01.2021 13:18 Uhr
Hannover: Polizei löst illegale Dominorunde in Imbiss auf

Geschlossene Pubs | Briten müssen fast 50 Millionen Liter Biervernichten



MACHTWORT VON SÖDER
Buch auf Parkbank lesen ist ERLAUBT!

Wiener Linien exekutieren Fahrgäste ohne Maske

Vor fast genau einem Jahr wurden die ersten Lockdown-Schritte zur Bekämpfung der Corona-Pandemie beschlossen. Auch wenn im späten Frühjahr und Sommer 2020 viele Maßnahmen gelockert oder gar aufgehoben wurden, blieben seitdem zahlreiche behördliche Auflagen und Kontaktbeschränkungen bis

hin zu Eingriffen in die bürgerlichen Freiheitsrechte in Kraft.

In dieser Zeit haben die Deutschen und ihre Nachbarn nicht nur bis dato für undenkbar gehaltene Gesetze und Verordnungen erlebt, sondern auch tägliche Nachrichten, die so ganz anders waren als die Berichte, die sie bislang aus den Medien kannten.

Die Auswahl auf dieser Seite zeigt Schlagzeilen, die nicht nur ungewohnt sind, sondern wegen ihrer Skurrilität bis vor einem Jahr von niemandem verstanden worden wären. Es sind Fundstücke aus einer außergewöhnlichen Zeit, die wir hoffentlich schon bald hinter uns haben. Und auf die wir dann vielleicht sogar mit einem Schmunzeln blicken können. *neh*

BRAUCHTUM
Per Post, virtuell oder "to go" - Sternsingen in Corona-Zeiten

16.03.2020 14:02
IS warnt Terroristen vor Einreise nach Europa

Bäckereien fungierten als Drehscheibe für "illegale Friseure"

CORONA-LEINE VON 15 KM
Tegernsee und Spitzingsee für Münchner verboten!

Polizei löst Grünkohl-Essen von 8 Geschäftsleuten in Delmenhorst auf

LVZ+ Corona-Frage des Tages
Dürfen Leipziger zu Ikea in Sachsen-Anhalt?

SINGEN VERBOTEN, ABER SEX IST ERLAUBT!
Härtere Corona-Regeln in der Kirche als im Puff

Polizei beendet Kindergeburtstag mit 20 Gästen

Kitas und Schulen bleiben dicht – Kretschmann: „Die Mutanten sind da“

DONNERSTAG, 02. APRIL 2020
Mecklenburg-Vorpommern Innenminister: Studenten dürfen bei Eltern bleiben

CORONA
Heilige Drei Könige haben "unaufschiebbare berufliche Tätigkeit"

12.01.2021
LANDESREGIERUNG HANNOVER RÄT AB
Vorerst bitte nicht heiraten

Corona
Österreich spricht Reisewarnung für Bundesland Tirol aus



WIRTSCHAFT
Virendesinfektion mit der Schneekanone



Hannoversche Allgemeine Zeitung / HAZ
Im baden-württembergischen Mittelbereich hat die Polizei am Mittwoch eine illegale Kindergeburtstagsparty aufgelöst.



DIE TOP-STORIES DES TAGES
NACH LOCKDOWN-LOCKERUNGEN
Kanzler Kurz als einer der Ersten beim Frisör

Linke Identitätskrämpfe

Während die Welt mit einer Pandemie und deren Nebenwirkungen kämpft, streitet die SPD darüber, ob zwei alte linke Galionsfiguren noch in die Partei passen. Für die Stammwählerschaft bleibt da keine Zeit mehr

VON HOLGER FUSS

Eigentlich ist es für Wolfgang Thierse gut gelaufen. Nachdem der langjährige Bundestagspräsident seine Parteivorsitzende Saskia Esken per Brief ersucht hatte, ihm mitzuteilen, ob sein „Bleiben in der gemeinsamen Partei weiterhin wünschenswert oder eher schädlich“ sei, ging eine Woge der Entrüstung über die SPD-Führung nieder. Die Parteichefin ruderte daraufhin zurück, telefonierte am Mittwoch vergangener Woche mit dem 77-jährigen Thierse und versicherte ihm, sie sei keineswegs beschämt über ihn als Genossen. Auch andere Spitzenkräfte der Partei riefen bei Thierse an, Olaf Scholz etwa oder Co-Parteichef Norbert Walter-Borjans versicherten dem Polit-Pensionär eilends ihre Solidarität.

Szenen einer Polit-Posse

Tage zuvor noch mussten sich Thierse und seine gleichaltrige Parteifreundin Gesine Schwan, Vorsitzende der SPD-Grundwertekommission und zweimalige Kandidatin für das Amt der Bundespräsidentin, noch von Esken und Parteivize Kevin Kühnert anhören, man sei „beschämt“ ob der „Aussagen einzelner Vertreter*innen der SPD“, die ein „rückwärtsgewandtes Bild der SPD“ zum Ausdruck brächten. Diese Worte standen in einer Einladung an Vertreter der schwul-lesbischen Queer-Community zu einem Gespräch mit der Parteispitze und sollten die Wogen glätten, die in den Tagen zuvor aufgebrandet waren.

Begonnen hat die Polit-Posse Mitte Februar bei einem von der SPD veranstalteten Online-„Jour fixe“, den Gesine Schwan moderierte und bei dem die Leiterin des „FAZ“-Feuilletons, Sandra Kegel, zu Wort kam. Anfang Februar hatte das Magazin der „Süddeutschen Zeitung“ eine Titelgeschichte mit dem Hashtag „#actout“ gebracht, in der sich 185 Schauspieler outeten, schwul, lesbisch, bisexuell oder transsexuell zu sein, und Diskriminierungen in ihrer Branche beklagten. Nicht nur die „FAZ“-Journalistin Kegel zeigte sich verwundert darüber, dass homosexuelle Menschen im Kunst- und Kulturbereich neuerdings benachteiligt sein sollten. In dem „Jour fixe“-Gespräch wurde Kegel dann von Aktivisten der Queer-Community angefeindet, sie wurde der „Homophobie“ bezichtigt und „rechten bis rechtsradikalen Sprechens“.

Schwan selbst machte sich bei dieser Veranstaltung unbeliebt, weil sie einen schauspielenden Menschen, der sich keinem Geschlecht zuordnet, also nicht binär ist, irreführenderweise aber auf den Namen Heinrich Horwitz hört, falsch angesprochen haben soll. „Ich bin kein Herr Horwitz!“, empörte sich der „Misgenderter“. Kevin Kühnert sah anschließend darin eine verletzende Gleichgültigkeit gegenüber einem geschlechtsneutralen Menschen.

Abkehr von den Stammwählern

Ein paar Tage später veröffentlichte Wolfgang Thierse in der „FAZ“ einen Gastbeitrag, in dem er sein Unbehagen ob der Eskalationen der sogenannten Identitätspolitik zu Protokoll gab. Unsere Gesellschaft, so Thierse, zerfalle immer mehr in Partikularinteressen einzelner Minderheiten. Eine grassierende Cancel Culture würde zunehmend den Meinungskorridor verengen: „Linke Identitätspolitik ist in der Gefahr, die notwendigen Durchsetzungs- und Verständigungsprozesse zu verkürzen und zu verengen.“ Dies werde für die Sozialdemokratie zu einem wachsenden Problem: „Themen kultureller Zugehörigkeit scheinen jedenfalls unsere westlichen Gesellschaften mittlerweile mehr zu erregen und zu spalten als verteilungspolitische Gerechtigkeitsthemen.“



Wurde einst von der SPD in höchste Staatsämter geschickt und ist nun dennoch nicht davor gefeit, zum Ziel parteiinterner Tugendwächter zu werden: Der frühere Bundestagspräsident Wolfgang Thierse Foto: pa

Der bislang zu den linken Sozialdemokraten gerechnete Thierse, der auf einmal ein Reaktionär sein soll, hat damit einen wunden Punkt der Partei berührt. Tatsächlich hadern viele Genossen gerade an der Parteibasis damit, dass ihre Spitzenfunktionäre sich lieber um den Kampf gegen Rechts, die feministische Agenda, Migrationsthemen und Lifestyle-Anliegen von Homosexuellen kümmern als um die schöne materielle Lage einer wenig schillernden Stammklientel. Denn dass die SPD stabil um die 15 Prozent dümpelt, hat vor allem damit zu tun, dass die Partei ihre traditionelle Wählerschaft nicht mehr erreicht – eine Zielgruppe, die aus Menschen von herzerweichender Normalität besteht, von provinzieller Einspurigkeit; der Gegenentwurf also zu den irisierenden Kulturkreativen in den Metropolen. Hier eine bodenständige, spezifisch sozialdemokratische, melodiose Piefigkeit in der Provinz – dort eine sich weltläufig spreizende Funktionärskaste in den urbanen Zentren. Der Kulturbruch könnte kaum größer sein.

Entsprechend befremdlich ist es auch für viele Wähler, dass sich die Berliner Parteigranden lautstark für gegenderte Sprache, Notdurftkabinen für Transsexuelle, vegan produziertes Kinderspielzeug, Vielfalt der Lebensentwürfe und klimaneutrale Fernreisen engagieren, während die Politik für die breite Mehrheit vernachlässigt wird, weil bezahlbarer Wohnraum und Kita-Plätze fehlen, Krankenhäuser und Schulen kaputt gespart werden und der Armutsbericht der Bundesregierung jedes Jahr mehr Betroffene ausweist.

So mutet es eher als ein Verschleiernsmanöver an, wenn die Parteien links von der Mitte, also SPD, Grüne und Linkspartei, sich gerne auf den Schlachtfeldern der Identitätspolitik verkämpfen, als hätten wir keine größeren Probleme als die Frage, ob sich Frauen

nach Jahrhunderten des praktizierten generischen Maskulinums auf einmal aus der deutschen Sprache ausgeschlossen fühlten. Oder ob im Personalausweis ein drittes Geschlecht eingepflegt werden müsse und ob jener Sammelbegriff „divers“ auch den Anforderungen jener Liste aus 60 verschiedenen Geschlechtern Genüge tue, die Facebook mit dem Lesben- und Schwulverband zusammengetragen hat.

Lobbyarbeit für Minderheiten

Selbst für Beobachter, die ein entspanntes und herzliches Verhältnis zu Menschen verbindet, die ihr Leben jenseits heterosexueller Normativität führen, mutet es zunehmend gespenstisch an, was die Lobbyisten einschlägiger gesellschaftlicher Minderheiten an Forderungen erheben. So verwahren sich afrikanische Communities gegen den Gebrauch des „N-Worts“. Der Negerkuss darf deshalb nicht mehr so heißen, auch nicht der Mohrenkopf, die Mohrenstraße und die Mohren-Apotheke. Bei unseren schwarzafrikanischen Zuwanderern, so heißt es, würden diese Begriffe schlimmste Erinnerungen an die Kolonialzeit wachrufen, genauso wie die verbreiteten Bismarck-Denkmal, die viele Aktivisten im vergangenen Sommer am liebsten gleich gesprengt hätten. Dass das Deutsche Reich unter den Kolonialmächten eher ein Zwerg war und der Machtpolitiker Bismarck ein Gegner von Kolonialpolitik, dürfte den Bismarck-Hassern kaum bekannt sein.

Auch das immer penetranter Gegendern der deutschen Sprache in sich progressiv wählenden Medien offenbart nicht nur Bildungslücken, sondern mehr noch einen Mangel an ästhetischem Empfinden. Der Genderstern verunziert das Schriftbild, die inzwischen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk gesprochene Genderpause, das akustische

Tatsächlich hadern viele Genossen damit, dass ihre Spitzenfunktionäre sich lieber um den Kampf gegen Rechts, die feministische Agenda, Migrations-themen und Lifestyle-Anliegen von Homosexuellen kümmern als um die schöne materielle Lage einer wenig schillernden Stammklientel

Sternchen, ertönt als bemühte Albernheit. Die Absicht, der knappen Mehrheit weiblicher Menschen zu Erwähnung und mehr öffentlicher Teilhabe zu verhelfen, bleibt eine leere Behauptung. Der Psychologe Ahmad Mansour, Sohn arabischer Israelis, twitterte dazu: „In der arabischen Sprache wird seit ihrer Entstehung gegendert, sogar das Verb wird gegendert, an der Realität der Frauen, an Ungleichheiten hat sich nichts verändert. Sogar die schlimmsten patriarchalischen Regeln werden gegendert ausgesprochen.“

Ebenso wirklichkeitsfern wirkt der Hash-tag „#actout“ im „SZ-Magazin“. Da forderten 185 Mimen „mehr Sichtbarkeit, Anerkennung und Diversität in Film, Fernsehen und Theater“. Sonderbarerweise sind darunter viele prominente Gesichter wie Maren Kroymann, Ulrich Matthes, Udo Samel und Jaeki Schwarz. Und die weniger bekannten Schauspieler? Sind die seltener zu sehen, weil sie nicht heterosexuell sind? Oder einfach nur deshalb, weil der Schauspielerberuf wie die Schriftstellerei ein tägliches Lotteriespiel um Engagements und Aufträge ist? Und ist es umgekehrt nicht eher ein Akt der Unfairness, dass ein unbekannter homosexueller Künstler sich durch seine geschlechtlichen Neigungen aufs Titelblatt des Magazins mogelt, was seinem unbekanntem heterosexuellen Kollegen strukturell verwehrt ist? Oder steht uns demnächst die Coverstory bevor: „Ich bin heterosexuell und verlange ebenfalls Sichtbarkeit, Anerkennung und Diversität in Film, Fernsehen und Theater?“

Beleidigtsein als Volkssport

Derlei Gedankenspiele machen den infantilen Kern von Identitätspolitik deutlich. Noch in den sechziger und siebziger Jahren stand in der Jugendkultur, untermalt durch Rock'n'Roll und Protestbewegung, der Phänotypus des Außenseiters hoch im Kurs. Der „Outcast“ wurde in Musik und Literatur gefeiert und galt als eine Art säkulare Gestalt des Erleuchteten. Heranwachsende verschlangen die Bücher von Hermann Hesse, identifizierten sich mit seiner Romanfigur „Steppenwolf“ und wollten eines zu aller-letzt: zur Masse gehören. Heute ist das Beleidigtsein zum Volkssport geworden, das Heischen nach Respekt hat sogar Eingang in die Wahlkampfrhetorik von Olaf Scholz gefunden. Offenbar sind in unserer Wohlfahrts- und Konsumgesellschaft wesentliche Reifungsprozesse auf der Strecke geblieben. Anstatt zu kraftvollen Einzelpersönlichkeiten heranzuwachsen, bleiben die Menschen heute lebenslang in Gruppen-Opportunitäten hängen – Phänomene, wie wir sie aus der Pubertät kennen.

„Ich halte diese kollektiven Identitäten für die Pest“, sagt denn auch Gesine Schwan gegenüber dem „Spiegel“ und beschreibt damit eine Weigerung, erwachsen zu werden. Ein ausgereifter Mensch ist anders, so Schwan: „Ich identifiziere mich partiell mit dem und partiell mit etwas anderem. Ich identifiziere mich ja noch nicht mal zu 100 Prozent mit meinem Mann oder der SPD. Das wäre doch Unsinn. Es ist falsch, sich so symbiotisch zu verstehen.“

Zum Erwachsensein gehört eben das Standhaltenkönnen bei Gegenwind. Wolfgang Thierse, Ostdeutscher und Linker, hat seine persönlichen Außenseitererfahrungen gemacht. Damit müsse man „umgehen lernen, und nicht nur leidend und klagend“. Sonst nämlich, fügt er an, „wird man klein und hässlich und bringt nichts zustande“.

● **Holger Fuß** ist freier Autor und schreibt für zahlreiche Zeitungen und Zeitschriften über Politik, Wissenschaft, Kultur und Zeitgeschehen. 2019 erschien „Vielleicht will die SPD gar nicht, dass es sie gibt. Über das Ende einer Volkspartei“ (FinanzBuch Verlag). www.m-vg.de

● MELDUNGEN

Auslieferung an Österreich

Berlin – Das Berliner Kammergericht hat entschieden, dass eine Auslieferung des mutmaßlichen Drahtziehers des sogenannten Ibiza-Videos nach Österreich zulässig ist. Der mit europäischem Haftbefehl gesuchte Privatdetektiv war im Dezember in der deutschen Hauptstadt festgenommen worden. Wie eine Sprecherin des Kammergerichts vorletzten Dienstag mitteilte, geht es in dem Fall nicht um die Fertigung der Videoaufzeichnung, sondern um mögliche Erpressung im Zusammenhang mit dem Video sowie mutmaßliche Drogen-Straftaten. Das im Mai 2019 veröffentlichte Video hatte in Österreich zum Bruch der schwarz-blauen Regierungskoalition geführt. Der mutmaßliche Drahtzieher hatte angeboten, vor dem Wirecard-Untersuchungsausschuss des Bundestags zur Überschneidung zwischen dem Bilanzskandal und der Ibiza-Affäre auszusagen. N.H.

„Bayern“ nach Fernost

Berlin – Die Bundesmarine entsendet die Fregatte „Bayern“ nach Fernost. Während der Bestand der Bundesmarine immer geringer wird, soll nach einem Beschluss des Bundeskabinetts Deutschlands Rolle „als gestaltender Akteur und Partner“ geltend gemacht werden. Der eigentliche Adressat dürfte die Volksrepublik China sein, die sich dem Anspruch der USA, als „Weltgandarm“ auch im Fernen Osten zu agieren, entgegensezt. Die Fregatte soll zudem einige Wochen an der Überwachung von Sanktionen gegen Nordkorea teilnehmen. Insgesamt sechs Monate soll die „Bayern“ in Übersee operieren. Für die Landesverteidigung fehlt das Schiff in dieser Zeit. Der Bundestagsfraktionschef und außenpolitische Experte der SPD Rolf Mützenich warnt: „Wenn die Verteidigungsministerin einer militärischen Eindämmungsstrategie gegen China das Wort redet, geht mir das entschieden zu weit.“ F.B.

Streit um Tagebau Polens

Warschau – Polen beabsichtigt den Braunkohletagebau Turów im deutsch-polnisch-tschechischen Dreiländereck zu erweitern. Die EU-Kommission hatte beschlossen, diese Form der Energiegewinnung möglichst bald einzustellen. Diese Beschlüsse schädigen jedoch Polens Wirtschaft, denn die geförderte Braunkohle ermöglicht den Verzicht auf Energieimporte. Die tschechische Regierung droht nunmehr, Polen vor europäischen Gerichten zu verklagen. Die Europäische Kommission hat sich bereits positioniert. Polen habe bei der Genehmigung des Ausbaus des Tagebaus Turów gegen „seine Verpflichtungen aus vier EU-Richtlinien und dem Vertrag über die Arbeitsweise der EU“ verstoßen. „Richtlinien zur Umweltverträglichkeitsprüfung“ seien missachtet worden. Die deutsche Europaabgeordnete der Grünen Anna Cavazzini beklagt, „dass der Weiterbetrieb des Tagebaus und des Kraftwerks Turów bis 2044 mit den Zielen der EU-Klimaneutralität bis zum Jahr 2050 und dem EU Green Deal nicht vereinbar sind“. F.B.

UMWELTGRUPPEN

NABU bekommt Konkurrenz

Zugeständnisse an Grüne und Windkraftbranche treiben Naturschützer aus dem Verband

VON DAGMAR JESTRZEMSKI

Nachdem der neue Präsident des Naturschutzbunds Deutschland (NABU), Jörg-Andreas Krüger, Ende letzten Jahres mit den Grünen sein neues Strategiepapier zur „Beschleunigung eines naturverträglichen Ausbaus der Windenergie“ ausgehandelt hatte, erfolgte von offizieller Seite die schärfste Kritik an der Neuausrichtung des NABU von dessen Konkurrenz.

Harry Neumann, Vorsitzender der Naturschutzinitiative e.V. (NI) mit Sitz in Quirnbach (Westerwald) stellte klar, dass Windenergie grundsätzlich nicht naturverträglich ausgebaut werden könne, schon gar nicht in den Dimensionen, auf welche die politischen Ziele im Rahmen der Energiewende mittlerweile hinauslaufen. Das Papier sei alles andere als eine Grundlage für den vorgeblich geschlossenen „Frieden“ der Windkraftindustrie mit der Natur, sondern belege eher den Abschied des einstigen Vogelschutzverbandes vom Natur- und Artenschutz. Nach dem Motto „Der Zweck heiligt die Mittel“ werde die Umwandlung von Landschaften und Wäldern in Energie-Industriegebiete gerechtfertigt.

Krügers Strategiepapier mit Grünen

Als grobe Irreführung bezeichnete Neumann die Abmachung, dass zwei Prozent der Landesfläche als Vorrangflächen für Windparks genügen würden. Da die Politik die Windenergie „als tragende Säule der Energiewende“ propagiere und im Rahmen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes in der aktuellen Fassung die Forderung der Windlobby nach einer Vervielfachung der Windkraft an Land und Offshore unterstütze, stünden im Hintergrund die sogenannte Nationale Wasserstoffstrategie, Elektromobilität und Power-to-X (Speichertechnologie).

Naturschützern, die mit der offenbar ins Ungewisse führenden Strategie des NABU-Vorstands hadern, bietet sich die Naturschutzinitiative als Alternative an. Vorgänger des 2016 gegründeten Vereins war die „Naturschutzinitiative Westerwald“. Mit ihrer Satzung hat die Naturschutzinitiative sichergestellt, dass ihre Arbeit dauerhaft in Unabhängigkeit von Politik, Industrie und Lobbyverbänden betrieben wird. Noch ist der neue Naturschutzverein vornehmlich in Rheinland-

Pfalz, dem angrenzenden Hessen, Nordrhein-Westfalen, dem Saarland und Baden-Württemberg tätig. Man freue sich aber auch über Fördermitglieder aus den Bundesländern, die derzeit noch nicht betreut werden, heißt es.

Kritik von innen wie außen

Der aktuelle Vorsitzende hatte 2014 seinen Posten als Landesvorsitzender des Bundes für Umwelt- und Naturschutz (BUND) in Rheinland-Pfalz wegen interner Konflikte beim Thema Windkraft und Naturschutz aufgegeben. 2016 trat er endgültig aus dem BUND aus und begründete dies unter anderem mit dessen enger Verflechtung mit der Landespolitik und der Windkraftindustrie. Die Klimawende sei zum Maß aller Dinge erklärt und der Naturschutz verhandelbar geworden. Die große Bedeutung der Biodiversität für den Natur- und Klimaschutz sowie die Folgen der industriellen Eingriffe durch die Windenergie-Strategie für die biologische

Vielfalt würden demgegenüber ausgeblendet.

Gegenwärtig wird der NABU von massiven internen Protesten und Mitgliederaustritten wegen des Alleingangs seines neuen Präsidenten geschüttelt, ohne dass jedoch Rücktritte auf höchster Ebene bekannt geworden seien. Dabei dürfte eigentlich niemand von dem weitreichenden Zugeständnis des NABU an die Grünen und die Windbranche überrascht gewesen sein, hatten doch die NRW-Landesverbände von BUND, NABU und Schutzgemeinschaft Deutscher Wald (SDW) zusammen mit dem Bundesverband Windenergie (BWE) bereits 2015 eine Erklärung formuliert, die dem damaligen grünen NRW-Landesumweltminister Johannes Remmel am 26. Juni im Düsseldorf Landtag überreicht wurde. Die damalige und heutige NRW-Landesvorsitzende des NABU, Heide Naderer, äußerte sich zustimmend. Wichtig sei eine handlungsorientierte Klimapolitik, die

den besonderen Bedingungen des Industrie- und Wirtschaftsstandortes NRW gerecht werde sowie gemeinsam Lösungen und Handlungsansätze diskutiere und etabliere. „Wenn aber der Kontrolleur gemeinsame Sache mit dem zu Kontrollierenden macht, wo bleibt dann die Kontrolle?“, fragte seinerzeit zweifelnd das Online-Magazin „eifelon“. Ende Januar dieses Jahres nun kritisierte Naderer den Alleingang Krügers scharf und distanzierte sich im Namen des drittgrößten NABU-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen förmlich.

Mit einem klaren Bekenntnis zum unverhandelbaren Schutz der heimischen Wälder, von Natura-2000-Gebieten, Landschaftsschutzgebieten und Naturparks positioniert sich demgegenüber die Naturschutzinitiative. Man werde nicht tatenlos zusehen, wie die Natur als Lebensgrundlage sowie zunehmend auch der Rechtsstaat und die Naturschutzgesetze unter die Räder kommen.



Selbst in den eigenen Reihen umstritten. Der NABU-Präsident Jörg-Andreas Krüger (M.) im Kreise von Vereinskameraden

RHEINLAND-PFALZ

„Rekord an Wahlbriefen für die Landtagswahl“

In Mainz hatten zehn Tage vor der Wahl bereits 45 Prozent der Wahlberechtigten Briefwahl beantragt

Vor der Landtagswahl in Rheinland-Pfalz am kommenden Sonntag zeichnet sich erwartungsgemäß ein starker Anstieg an Briefwählern ab. Die Deutsche Post sprach gut eine Woche vor dem Wahltermin von einem „Rekord an Wahlbriefen für die Landtagswahl“, der sich in den Briefzentren bemerkbar mache. In der Landeshauptstadt Mainz hatten zehn Tage vor Öffnung der Wahllokale bereits 45 Prozent der Wahlberechtigten einen Antrag auf Briefwahl gestellt.

Seit 2016 regiert in dem Bindestrich-Bundesland eine Ampelkoalition aus Sozialdemokraten, Grünen und Freidemokraten unter Führung der Sozialdemokratin Malu Dreyer. Nach allen Umfragen kommt das Dreierbündnis auf eine knappe parlamentarische Mehrheit, aber ob die

Koalition, die nicht immer geräuschlos funktionierte, fortgesetzt wird, ist ungewiss. Dreyer lief lange Gefahr, die Spitzenposition an die CDU mit deren Spitzenkandidaten Christian Baldauf zu verlieren. Zuletzt hatte sie zumindest in einer Umfrage aber wieder die Nase vorn.

Der 53-jährige Oppositionsführer hat für den Fall, dass seine Partei vor der SPD liegen sollte, bereits angekündigt, ein eigenes Regierungsbündnis bilden zu wollen. Rechnerisch die stabilste Mehrheit hätte dabei eine Große Koalition aus Christ- und Sozialdemokraten. Ein schwarz-grünes Bündnis nach der Landtagswahl könnte allerdings als Vorbote für neue Machtverhältnisse nach der Bundestagswahl 2021 gewertet werden, vor allem dann, wenn die FDP mit im Boot sein sollte.

Im Jahr 2016 lagen die Liberalen noch knapp vor den Grünen, denen diesmal deutliche Zuwächse zulasten der SPD vorhergesagt werden. Der Eintritt in die Ampel-Koalition wurde dem damaligen FDP-Spitzenkandidaten Volker Wissing mit dem Posten des stellvertretenden Ministerpräsidenten versüßt. Den neuen Generalsekretär zieht es aber im Herbst wieder in den Bundestag.

Teile der SPD liebäugeln unterdessen mit einem rot-rot-grünen Bündnis. Doch das dürfte daran scheitern, dass die in Rheinland-Pfalz traditionell schwache Linkspartei aller Voraussicht nach abermals den Einzug in den Mainzer Landtag verfehlen wird.

Die Sorge muss die Alternative für Deutschland wohl nicht haben. 2016

sorgte sie auf dem Höhepunkt der Zuwanderungsdebatte mit 12,2 Prozent für einen Paukenschlag. Nach innerparteilichen Querelen hat sich der damalige Spitzenkandidat und bisherige Fraktionsvorsitzende Uwe Junge zu einem Rückzug zum Ende der Legislaturperiode entschlossen. Sein Nachfolger ist der 53-jährige Lehrer Michael Frisch, der bereits dem Landtag angehört. Die Erfolgsaussichten der Rechtspartei sind schwierig einzuschätzen. In den letzten Umfragen lag sie zwischen sieben und neun Prozent.

Alle Rechenspiele könnten aber Makulatur sein, sollten die Freien Wähler erstmals in den Landtag einziehen. Zuletzt lag die Wählergemeinschaft bei vier Prozent. Peter Entinger

AUSLÄNDISCHE AKTIVISTEN

Nazi-Keule gegen die „Almans“

„Queerfeministische“ Buchhändlerin wird wegen ihres Großvaters unter Feuer genommen

VON NORMAN HANERT

Politische Gegner in einen Zusammenhang mit dem Nationalsozialismus zu rücken, war für die 68er-Bewegung und viele andere sich als fortschrittlich verstehende Kräfte ein gern verwendetes Mittel im politischen Machtkampf. Über den Begriff „Menschen mit Nazihintergrund“ versuchen einige Aktivistinnen nun offenbar, die sogenannte Nazi-Keule pauschal gegen die angestammte deutsche Bevölkerung und auch gegen die jüngere Generation zum Einsatz zu bringen.

Die Künstlerin Moshtari Hilal und der Essayist Sinthujan Varatharajah haben auf Instagram ein Video namens „Nazierbe, Kapital und Rassismus in Deutschland“ veröffentlicht, in dem sie belegen wollen, „wie irreversibel die Nazifizierung Deutschlands“ sei. Aus Sicht von Hilal könne es keine Entnazifizierung geben, weil es „nicht bestimmte Gruppen an sich betrifft, sondern ein Volk, mehrere Generationen von Menschen, die auch lange nicht zur Rechenschaft gezogen wurden, die Kinder und Enkelkinder haben ...“

Hilal selbst wurde 1993 in Kabul geboren und ist laut der Internetseite „gor-ki.de“ „im Alter von zwei Jahren nach Deutschland emigriert“. Weiter heißt es dort, sie sei „ihrer Heimatstadt Kabul stets verbunden geblieben“ und sei „nach ihrem Abitur dorthin“ zurückgekehrt, „um die Kunstszene des Landes zu erkunden“.

Kriegsteilnahme reicht als Vorwurf

Die Familie von Sinthujan Varatharajah kam in den 1980er Jahren aus Sri Lanka nach Deutschland. Laut biografischen Angaben zu einer Veranstaltung im Jahr 2019 forscht Varatharajah „zum Thema Geographien der (Ohn)Macht und räumlichen Widerstandspraktiken“. Zudem wurde er zum damaligen Zeitpunkt als „Open City Fellow“ der von George Soros finanzierten „Open Society Foundation“ ausgewiesen.

Als ein Beispiel für die unterstellten „deutschen mafiösen Abgründe“ gehen Hilal und Varatharajah in ihrem Instagram-Video einleitend auf ein Berliner Gastronomieprojekt von Verena Bahlsen ein und erwähnen, das Unternehmen



„Irreversible Nazifizierung Deutschlands“: Moshtari Hilal

Foto: Screenshot Instagram

Bahlsen sei in Zwangsarbeit involviert gewesen und habe auch „Soldaten mit Keksen“ beliefert.

Für Aufsehen sorgte das Video aber vor allem, weil darin die Gründerin des „queerfeministischen“ Buchladens „She Said“, Emilia von Senger, mit der angeblichen Nazi-Vergangenheit ihrer Familie konfrontiert wird. Von Senger hat ihren Buchladen erst im Dezember in Berlin-Neukölln eröffnet.

Die junge Frau sieht sich mit dem Video nun dem Vorwurf ausgesetzt, ihren Laden mit dem Erbe ihrer Großväter finanziert zu haben. Zudem habe sie diesen Hintergrund nicht offen kommuniziert.

Als Beleg für die Vorwürfe müssen der Urgroßvater und der Großvater der 1987 geborenen von Senger herhalten. Der unterstellte „Nazihintergrund“ besteht laut dem Video darin, dass der Urgroßvater Wehrmachtsgeneral und unter anderem auch Kommandant einer Panzerdivision im Ost-Feldzug war. Ohne auch nur einen konkreten Anhaltspunkt

oder Beleg nennen zu können, unterstellt Sinthujan Varatharajah in dem Video sogar, der Urgroßvater Fridolin von Senger und Etterlin sei „wahrscheinlich auch an Massakern an der Zivilbevölkerung beteiligt“ gewesen.

„Vom braunen Dreck befreien“

Auch beim Großvater, Ferdinand von Senger und Etterlin, reicht die bloße Kriegsteilnahme aus, ihm einen „Nazihintergrund“ anzudichten. Folgt man dem im Video gegebenen Hinweis auf die Wikipedia-Einträge der beiden Vorfahren der jungen Buchhändlerin, wird schnell deutlich, dass es für die vorgebrachten Verdächtigungen keine Grundlage gibt: Nach dem Krieg waren beide als Berufssoldaten am Aufbau der Bundeswehr beteiligt und offenbar auch bei den ehemaligen Kriegsgegnern Großbritannien und USA hoch geachtet. Ferdinand von Senger und Etterlin schloss seine Karriere sogar als Oberbefehlshaber der Nato-Streitkräfte in Europa ab.

Dessen ungeachtet hat Emilia von Senger auf die Vorwürfe inzwischen ebenfalls mit einem Beitrag auf Instagram reagiert. In ihrem Post schiebt die Buchhändlerin: „Einen queerfeministischen Buchladen zu eröffnen und gleichzeitig nicht über seine Nazi-Familiengeschichte zu sprechen, geht nicht.“ Von Senger wies zudem darauf hin, den Buchladen mit dem Erbe mütterlicherseits finanziert zu haben.

Ebenfalls als Reaktion auf das Video zum „Nazierbe“ veröffentlichte Mateja Meded in der „Berliner Zeitung“ einen Gastbeitrag mit dem Titel „Nazi-Enkel:innen haben die Verantwortung, sich selbst zu enterben“. Die Schauspielerin greift darin den Begriff „Menschen mit Nazihintergrund“ auf und bescheinigt den Videomachern, die gleiche Arbeit gemacht zu haben, „die meine Familie und viele andere Familien mit Migrationsvordergrund in Deutschland zu machen verdammt sind: die Almans von dem braunen Dreck zu befreien.“

VERKEHR

Rot-grüner Konflikt festgefahren

Verkehrssenatorin Günther aufgelaufen: Berliner SPD stellt sich bei Plänen zur „autofreien Stadt“ quer

Sieben Monate vor den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus verschärfen die Grünen ihre Politik der Autofahrerfeindlichkeit. Damit setzen sie sich aber auch in Gegensatz zum Koalitionspartner SPD. Das Projekt autofreie Innenstadt ist daher erst mal vom Tisch. Die grüne Verkehrssenatorin Regine Günther wollte für das Erreichen des Ziels einer autofreien City die konkrete Jahreszahl 2030 festschreiben. Die Sozialdemokraten machen dabei nicht mit. Nun heißt es „mittelfristig“.

Ab 2035 wollte Günther Autos sogar aus dem gesamten Stadtbereich verbannen. Die Senatorin gibt sich uneinsichtig: „Mittelfristig“ könne „auch vor 2030 sein“. Ausgenommen davon sollten nur Elektroautos sein. Der verkehrspolitische Sprecher der Grünen im Abgeordnetenhaus, Harald Moritz: „Wir Grüne werden uns weiter dafür einsetzen, zeitnahe klare

Zeitvorgaben dafür festzulegen, sodass Planungssicherheit besteht.“ Günther ergänzt: „Es soll zu einer Neuaufteilung des Straßenraums kommen.“

Giffey: „Wirklichkeitsfremd“

Der Koalitionspartner reagiert eisig auf die Pläne. SPD-Bürgermeisterkandidatin Franziska Giffey hat für derartige Ambitionen nur das Etikett „wirklichkeitsfremd“ übrig. Ihre Partei setzt sich auch für den Weiterbau des Abschnitts 17 der Berliner Stadtautobahn A 100 ein. Sie sorgte überdies dafür, dass Günthers sogenanntes Klimaschutzpaket mit City-Maut und höheren Parkgebühren im vergangenen Herbst scheiterte. Eigentlich haben SPD und Grüne in der Berliner Verkehrspolitik keine Gemeinsamkeiten mehr, denn auch beim U-Bahn-Bau verfolgen beide unterschiedliche Prioritäten.

Günthers neueste Vorstellungen, was den ruhenden Verkehr angeht, würden sich bei einer Realisierung nur langfristig auswirken. Für neue Wohnungen kündigte sie „deutlich weniger Parkplätze“ an und nannte als Eckzahlen nur noch zehn bis 30 Parkplätze, die pro 100 errichteten Wohnungen bereitgestellt werden sollten. Bislang galt ein Richtwert von 30 bis 80 Stellplätzen für 100 Wohnungen.

Günther will, dass künftig nur noch 18 Prozent aller Wege mit dem Auto zurückgelegt werden – 2008 waren es noch 33 Prozent. Dies soll auf dem Wege des Zwangs erreicht werden. Günther: „Die mobile Zukunft mit 82 Prozent gehören ÖPNV, Radlern, Fußgängern.“

Die Berliner Wirtschaft reagiert ablehnend. Der Chef der Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg (UVB), Chris-

tian Amsinck: „Mit seinen Verkehrsleitlinien betreibt der Senat Schaufensterpolitik.“ Amsinck wird sehr konkret: Wäre es dem Senat ernst mit der Verkehrswende, „hätte er längst für einen beschleunigten Ausbau der Schienenverbindungen ins Umland, aber auch für die Ertüchtigung von U-Bahnen und Tram gesorgt“.

Auch die Industrie- und Handelskammer (IHK) übt Kritik: „Wenn die Leitlinien mehr sein sollen als Wunschdenken, braucht es realistisch umsetzbare und klar definierte Ziele mit Meilensteinen und Preisschild.“ Was aus Günthers Plänen wird, entscheidet sich bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus am 26. September 2021 und vor allen Dingen daran, mit wem die SPD dann ein Regierungsbündnis anstrebt. In den verbleibenden sieben Monaten kann sie wenig Dauerhaftes veranlassen. Frank Bücker

KOLUMNE

Berlin am 8. März

VON VERA LENGSELD

Nein, ich will nicht über den Frauentag reden.

Am 8. März begannen auch in Berlin die euphemistisch „Lockerungen“ genannten Veränderungen zur Irreführung der Bevölkerung und zur Verlängerung des Lockdown. Zuvor hatte sich die Regierung weitgehend unbeachtet die Verlängerung der „epidemischen Lage von nationaler Tragweite“ bestätigen lassen.

Damit hat sich der Bundestag weiter selbst entmächtigt und der Regierung gestattet, unter Ausschluss des Parlaments die Gesellschaft mit Notverordnungen zu gängeln. Eigentlich wollte Kanzlerin Merkel den harten Lockdown mindestens bis nach Ostern beibehalten. In welchen Zeiträumen sie dabei denkt, offenbart ein Vertrag mit der Werbeagentur Scholz & Friends, die für 22 Millionen Euro in den nächsten vier Jahren der Bevölkerung die Notverordnungen schmackhaft machen soll.

Aber dann wurde der Druck seitens der Bevölkerung zu groß, also musste Plan B her, der stufenweise Öffnungen verheißt. Allerdings ist dieser Plan so kompliziert, dass ihn kaum einer versteht. Schaut man sich die Vorgaben genauer an, so stellt man fest, dass sie eine Öffnung nur vortäuschen.

Für Geschäfte, Kaufhäuser und Baumärkte ist eine sogenannte Terminvergabe vorgesehen, damit man dort einkaufen können soll. Man muss sich also im Internet einen Termin geben lassen, muss dann allein erscheinen und soll sich vorher noch getestet haben. Die Schnelltests, die man dafür braucht, sind aber noch nicht vorhanden. Die werden frühestens Mitte März oder Anfang April zur Verfügung stehen.

Die meisten Menschen werden weiter aufs Einkaufen verzichten. Der Öffnungsplan ist eine Täuschung. Wer sich darauf einlässt, arbeitet am eigenen Untergang mit. Handel, Gastronomie, Hotellerie, Kultureinrichtungen müssen von selbst öffnen, wenn sie eine Zukunft haben wollen.

MELDUNG

Kanzler-Grab soll „auslaufen“

Berlin – SPD und Linkspartei wollen das Ehrengrab des Reichskanzlers und Generals Kurt von Schleicher auf dem Parkfriedhof Lichterfelde bei Fristablauf im August „auslaufen“ lassen. Schleicher sei einer von „mehreren überaus prominenten Steigbügelhaltern des deutschen Faschismus“, so Gerald Bader von der Linkspartei. Die kommunale SPD teilt diese Ansicht: „Kurt von Schleicher hat sich nicht verdient gemacht, die Ehre für ein durch den Staat gepflegtes Grab und Andenken zu erhalten.“ 1978 hatte der Senat von Berlin das anders gesehen. Schleicher war der letzte Reichskanzler der Weimarer Republik und versuchte, Hitler mit einer sogenannten Querfront zu verhindern. Der NS-Führer ließ ihn im Zuge des sogenannten Röhm-Putsches 1934 ermorden. F.B.

● MELDUNGEN

Strafe gegen
Impfunwillige

Santiago de Compostela – In der Autonomen Gemeinschaft Galicien mit den vier Provinzen A Coruña, Lugo, Ourense und Pontevedra wurde eine faktische Impfpflicht eingeführt. Eine entsprechende Reform des lokalen Gesundheitsgesetzes wurde Ende vergangenen Monats im Regionalparlament mit den Stimmen der Partido Popular de Galicia beschlossen. Die galicische Organisation der spanischen christdemokratischen Partido Popular verfügt im Regionalparlament über die absolute Mehrheit der Sitze. Impfunwilligen drohen nun Strafen von bis zu 600.000 Euro Höhe. Die können fällig werden, wenn jemand der Aufforderung, sich gegen das Coronavirus oder andere als gefährlich deklarierte Erreger impfen zu lassen, nicht nachkommt. Im übrigen Spanien will hingegen niemand am Freiwilligkeitsprinzip rütteln, weil eine hohe Impfbereitschaft von um die 80 Prozent den Druck unnötig erscheinen lässt. W.K.

Mafia schießt
auf EU-Hilfen

Rom – Italiens staatliche Direzione Investigativa Antimafia (DIA) zur Bekämpfung der Mafia und vergleichbarer Formen organisierter Kriminalität warnt davor, dass kriminelle Organisationen wie Cosa Nostra, Camorra und 'Ndrangheta auf die Italien zugedachten Milliarden aus dem sogenannten Wiederaufbaufonds der EU zugreifen könnten. So sei die Mafia schon seit längerem im Gesundheitswesen und in der Baubranche präsent, wohin viele der Fördermittel fließen sollen. Laut der DIA müsse daher trotz der gebotenen Beschleunigung der Ausschreibungsverfahren genau hingeschaut werden, wer hinter den beteiligten Firmen stecke. Viele Unternehmen hätten in der Krise finanzielle Unterstützung von der Mafia erhalten und stünden jetzt in deren Schuld. Damit drohe der italienischen Wirtschaft eine weitere Infiltration durch das organisierte Verbrechen. W.K.

Vergleich mit
Influenza

Waltham (Massachusetts) – Vorletzten Mittwoch erschien in der renommierten US-Fachzeitschrift „New England Journal of Medicine“ ein Aufsatz von zehn israelischen Wissenschaftlern, der auch die COVID-19-Testungen von 1,2 Millionen Personen behandelt, die vom 20. Dezember bis 1. Februar in Israel durchgeführt wurden – zur Hälfte vor und zur Hälfte nach einer Impfung mit dem BioNTech/Pfizer-Corona-Vakzin BNT 162b2. In 10.561 Fällen fielen die Tests positiv aus, was einer Quote von knapp 0,9 Prozent entspricht. In Grippezeiten liegt diese zwischen 3,0 und 11,3 Prozent. Ins Krankenhaus eingeliefert werden mussten 369 Personen, also 0,03 Prozent der Getesteten. Influenza-Patienten landen mit ähnlicher Wahrscheinlichkeit in einer Klinik. Verstorben sind 41 Getestete, also rund 0,003 Prozent. Bei Grippefällen betrug der Anteil der Sterbefälle nach erfolgter Testung in den letzten Jahrzehnten 0,1 bis 0,2 Prozent. Fazit: Die Impfung wirkt wie bei Grippe. W.K.

ONLINE-LEXIKON

Wie Wikipedia, aber weniger linkslastig

Der Mitbegründer der Online-Enzyklopädie Larry Sanger arbeitet an einer ideologiefreieren Alternative

VON LYDIA CONRAD

Der promovierte Philosoph Lawrence Mark „Larry“ Sanger ist einer der Mitbegründer der freien Online-Enzyklopädie Wikipedia, die am 15. Januar 2001 freigeschaltet wurde. Später überwarf sich der 1968 in Bellevue, Washington, geborene US-Amerikaner mit seinem Partner Jimmy Wales und stieg im März 2002 aus dem Projekt aus. Anschließend entwickelte sich Sanger zu einem der schärfsten Kritiker der Wikipedia. Zunächst bemängelte er vor allem, dass für die Organisatoren des Internet-Lexikons die Meinung von Laien genauso schwer wiege wie die von Experten.

Daher versuchte der Internetpionier ab 2005, mit Digital Universe und Citizenium Alternativen zu Wikipedia zu entwickeln. Allerdings blieb beiden Enzyklopädiën der Erfolg verwehrt, obwohl sie auf qualitativ hochwertige Beiträge von namentlich genannten Fachleuten setzten. Ebenso scheiterte das Vorhaben des Wikipedia-Pioniers, mit Infobitt News ein freies Nachrichtenportal im Internet zu etablieren.

2011 begann Sanger schließlich, auch die ideologische Schlagseite von Wikipedia anzuprangern. Mittlerweile sei das Online-Lexikon zu einem Sprachrohr der Linken verkommen. Dabei wäre es in den ersten Jahren nach 2001 selbst bei Einträgen zu den umstrittensten Themen der Zeit üblich gewesen, Vertreter des gesamten Meinungsspektrums zu Wort kommen zu lassen.

Totalversagen des Systems

Den Vorwurf, dass Linke die einstmalige freie Enzyklopädie gekapert hätten, erneuerte Sanger im Mai 2020 auf seiner persönlichen Internetseite. Unter der Überschrift „Wikipedia ist stark voreingenommen“ schrieb er, die Neutralitätspolitik des Lexikons sei „tot“. Und im Interview mit dem Online-Portal „Just the News A.M.“ sagte Sanger dann außerdem noch, wenn Schulkinder bei dem Online-Lexikon Wikipedia Informationen über das Thema Sozialismus suchten, würden sie keinerlei konservative oder kritische Aussagen finden. „Das ist wirklich problematisch. Das ist keine Bildung. Das ist Propaganda“, so Sanger.



Vor knapp zwei Jahren in der Wiener Hofburg: Harry Sanger

Foto: pa

Auslöser für Sangers erneute Kritik war ein Bericht des Nachrichtensenders Fox News vom 18. Februar 2020, in dessen Verlauf der Investigativjournalist Maxim Lott feststellte, dass die beiden englischsprachigen Wikipedia-Hauptseiten zum Sozialismus und zum Kommunismus „gewaltige 28.000 Wörter“ umfassten, „aber keinerlei Diskussion über die von sozialistischen und kommunistischen Regimes begangenen Völkermorde, bei denen zig Millionen Menschen getötet wurden oder verhungerten“. Das Lexikon, so Lott weiter, verschweige beispielsweise, dass die Hungersnot in der Ukraine von 1932/33 aus dem Befehl des sowjetischen Diktators Joseph Stalin resultierte, Unmengen von Getreide ins Ausland zu exportieren. Dies stehe exemplarisch für das Totalversagen des Systems Wikipedia.

Nun steht auch ein Financier bereit

Angesichts dessen kündigte Sanger an, künftig mit aller Energie auf die Schaffung eines „altmodischen, führerlosen, besit-

zerlosen Netzwerkes“ hinzuarbeiten, das an die Stelle der Wikipedia treten und zur Basis einer „freien ... globalen Wissensgemeinschaft ohne zentrale Kontrolle“ werden solle. Den Grundstein für diese sogenannte EncycloSphere hat Sanger schon Ende 2019 gelegt – und mit der gemein-

nützigen Knowledge Standards Foundation steht mittlerweile nun auch ein Financier bereit. Mit dessen Hilfe will Sanger der Wikipedia, die derzeit noch an 13. Stelle der beliebtesten Internet-Seiten der Welt steht, den Rang ablaufen. Dabei lautet sein Credo: „Eine kleine Elite darf nicht die Macht haben, zu bestimmen, was die Allgemeinheit wissen darf.“

Um EncycloSphere zu einem wirksamen Instrument ungehinderter Meinungsäußerung und Informationsverbreitung zu machen, plant Sanger, vollkommen ohne Administratoren auszukommen. Denn die hätten sich bei Wikipedia immer öfter als Zensoren erwiesen. Die Freiheit des Wortes und des Denkens solle damit quasi bereits in der DNA der neuen Online-Enzyklopädie verankert sein.

Nun steht abzuwarten, ob es Sanger gelingen wird, all diese Verheißungen zu erfüllen. Immerhin führte sein erster diesbezüglicher Versuch mit einer „Everipedia“ zwischen Dezember 2017 und Oktober 2019 zu keinem Erfolg.

„Eine kleine Elite darf nicht die Macht haben, zu bestimmen, was die Allgemeinheit wissen darf“

Larry Sanger

IMPF-ALLEINGÄNGE

EU-Mitglieder wollen nicht länger warten

Brüssels Impfstrategie ist gescheitert – Nach Ex-Ostblockstaaten scheren Österreich und Dänemark aus

Erst Ungarn, dann Polen, Tschechien, Kroatien und die Slowakei sowie schließlich auch noch Dänemark und Österreich – immer weniger Länder verlassen sich auf die Impfstrategie der Europäischen Union.

Der ungarische Staatschef Viktor Orbán ließ sich vor Kurzem öffentlichkeitswirksam mit dem chinesischen Vakzin von Sinopharm impfen. Da die EU bisher keine ausreichende Versorgung garantiert habe, suche er sich den Impfstoff dort, wo er verfügbar sei, begründete er seinen Schritt. Ungarn hat Impfstoff in Russland und China geordert, obwohl diese für die EU noch nicht zugelassen sind.

Es sind nicht nur die ehemaligen Ostblockstaaten, die nicht länger auf Entscheidungen aus Brüssel warten wollen. Mit ihrer jüngsten Reise nach Israel scheeren auch der österreichische Bundeskanz-

ler Sebastian Kurz und die dänische Ministerpräsidentin Mette Frederiksen aus der EU-Strategie aus, um eine künftige Impfallianz mit Israels Staatschef Benjamin Netanjahu einzugehen.

Während in Israel schon 43 Prozent der Bevölkerung geimpft sind und sowohl Großbritannien und die USA gegenüber der EU einen Vorsprung haben, wird in Brüssel noch die Zulassung weiterer Vakzine geprüft. Kurz und Frederiksen wollen die Erfahrungen der Israelis für ihre künftige Impfstrategie nutzen. Denn, so gab Kurz zu bedenken, die heute Geimpften müssten auch im nächsten Jahr wieder mit Vakzinen versorgt werden.

Zu Hause steht der österreichische Regierungschef unter Druck, da das Impfmanagement chaotisch ist und das Impfen nur schleppend vorangeht. Darüber hinaus steht Kurz im Zusammenhang mit

Korruptionsvorwürfen in seiner politischen Entourage unter Druck. Den Fingerzeig auf die EU legen seine Kritiker als Ablenkungsmanöver aus.

Auch die dänische Staatschefin steht in der Kritik. War Dänemark in den ersten Wochen noch Spitzenreiter beim Impfen innerhalb der EU – 7,4 Prozent der Bevölkerung haben eine erste Impfung erhalten, in Deutschland dagegen erst fünf –, erwartet die dänische Gesellschaft nun weitere Öffnungen.

Den Kritikern der EU-Impfstrategie geht das Genehmigungsverfahren durch die Zulassungsbehörde Europäische Arzneimittelagentur EMA zu langsam, sie wollen nicht nur von der EU-Kommission abhängig sein. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen räumte ein, dass die Impfstoffversorgung bis Ende März „schwierig bleiben“ werde. Dabei

hatte die EU versprochen, dass bis Sommer 70 Prozent der Bevölkerung in der EU geimpft sein sollte. Nun rudert die EU-Kommission zurück. Es sei jedem Mitgliedsstaat freigestellt, neben den gemeinsamen Impfstoffankäufen auch eigene zu tätigen.

Während die Europäische Union noch ausgiebig über die Zulassung der chinesischen und russischen Impfstoffe diskutiert, verkaufen beide Länder ihre Vakzine längst in alle Welt. China veräußert seinen Impfstoff in 27 Länder, darunter Serbien, Ungarn sowie Weißrussland, und beliefert 53 ärmere Länder kostenlos, allerdings nicht, ohne sich im Gegenzug Zugang zu den Märkten zu sichern. Das russische Vakzin ist vor allem in ehemaligen Ostblockstaaten begehrt.

Manuela Rosenthal-Kappi
(siehe auch Seite 8)

VON NORMAN HANERT

Brandenburgs SPD-geführte Landesregierung und auch Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) sehen die Pläne für die Tesla Gigafactory im Berliner Umland bislang als großen industriepolitischen Coup. Erst im Dezember lobte Altmaier: „Wir alle sind froh, dass Elon Musk und Tesla Milliarden in Deutschland investieren und Tausende von Arbeitsplätzen schaffen.“

Allerdings ist noch lange nicht sichergestellt, dass Teslas neue Großfabrik wirklich so ein Erfolg wird, wie ihn sich der Tesla-Chef Musk sowie Politiker wie Altmaier und Brandenburgs Regierungschef Woidke erhoffen. Trotz massiver staatlicher Förderung sind die Absatzzahlen von Tesla in Deutschland bislang gering. Laut Daten des Kraftfahrt-Bundesamts (KBA) sind auf den deutschen Straßen noch immer mehr Fahrzeuge des Typs Trabant aus DDR-Produktion zugelassen als Tesla-Fahrzeuge.

Optimismus bei deutschen Politikern

In den USA haben die Einschätzungen von zwei Beobachtern viel Beachtung gefunden, die Tesla sogar auf dem absteigenden Ast sehen. Im Februar hatte Tesla ein Milliardeninvestment in die Kryptowährung Bitcoin bekanntgegeben und angekündigt, in Zukunft auch Zahlungen in Bitcoin akzeptieren zu wollen. Nach der überraschenden Ankündigung brach der bisherige Höhenflug der Tesla-Aktie erst einmal ab.

Gordon Johnson, Analyst und Mitgründer von GLJ Research, sprach im Zusammenhang mit Teslas Bitcoin-Engagement von einem „Akt der Verzweiflung von einem CEO, dessen Unternehmen zum ersten Mal mit echter Konkurrenz konfrontiert ist“. Johnson spielt damit auf neue E-Auto-Hersteller wie NIO an, aber auch auf etablierte Autobauer wie VW, die nun auf dem Gebiet der Elektrofahrzeuge immer mehr aufholen. Johnson wies zudem auf Teslas sinkende Verkaufszahlen in China, Probleme bei der Qualitätskontrolle, Verzögerungen beim Bau der Gigafactory bei Berlin und die verschobene Markteinführung des Tesla Semi hin. Die elektrisch betriebene Sattelzug-Zugmaschine (semi-trailer truck) wollte Tesla eigentlich schon 2019 auf den Markt gebracht haben. Aktuell gilt nun Ende 2021 als Zielmarke. Angesichts der vielen Probleme will sich Tesla nach Meinung von Johnson mit der Bitcoin-Investition eine Sicherheit verschaffen, um Verluste im eigentlichen Kerngeschäft ausgleichen zu können.

Ein derartiges Vorgehen würde tatsächlich zu Tesla passen. Obwohl der E-Auto-Pionier seit Dezember nun auch im Börsenindex S&P 500 gelistet wird

und im Index sogar zu den Schwergewichten gehört, macht Tesla mit seinem eigentlichen Geschäft, dem Verkauf von Autos, bislang keinen Gewinn. Milliarden verdient das Unternehmen dagegen mit dem Verkauf von Emissionsrechten an General Motors und Fiat Chrysler.

Pessimismus bei US-Fachleuten

Aktienexperten wiesen darauf hin, dass auch Teslas Aufnahme in den Börsenindex S&P 500 den Aktienkurs befeuert hat. Passive Fonds, die den Index nachbilden, sorgen nun nämlich für zusätzliche Nachfrage nach Tesla-Aktien.

Dies haben einige Großinvestoren möglicherweise als Gelegenheit gesehen, Tesla-Aktien wieder zu Geld zu machen. Der Investor Ron Baron hat in den letzten Monaten insgesamt 1,7 Millionen Tesla-Aktien verkauft. Gegenüber der Öffentlichkeit behauptete Baron trotzdem, er glaube weiterhin an ein enormes Aufwärtspotential von Tesla. Dass er sich

trotzdem von Tesla-Aktien trennte, begründete Baron damit, dass die starke Wertsteigerung dafür gesorgt habe, dass die Tesla-Aktie nun einen übergroßen Anteil am Portfolio des Baron-Capital-Fonds ausmache. Mit einer ähnlichen Begründung hat sich auch der schottische Großinvestor Baillie Gifford in letzter Zeit von einem Teil seiner Tesla-Aktien getrennt.

Behält der Hedgefondsmanager Michael Burry mit seiner Prognose recht, dann haben diese Investoren nach dem Höhenflug der Tesla-Aktie im vergangenen Jahr womöglich genau den richtigen Zeitpunkt abgepasst, um ihre Engagements zu verkleinern. Schon im Januar hatte Burry einen Absturz der Tesla-Aktie prognostiziert. Burry hält es sogar für möglich, dass das Papier unter der Marke von 100 US-Dollar fällt. Vor dem Hintergrund dieser Einschätzung gab er Anlegern die Empfehlung: „Genießen Sie es, solange es andauert.“

„Genießen Sie es, solange es andauert“

Der GLJ-Research-Mitgründer Gordon Johnson und der Short-Seller aus dem Film „The Big Short“, Michael Burry, sehen Elon Musk auf dem absteigenden Ast



Eine von mehreren Baustellen bei Tesla: Die immer noch nur als Prototyp existierende Sattelzug-Zugmaschine Tesla Semi

CORONA

China erobert Europas Konsumgütermärkte

Was das Reich der Mitte so erfolgreich macht, und wo noch Luft nach oben ist

Während Europa seit dem Ausbruch der Corona-Pandemie von Lockdown zu Lockdown taumelt, erobern chinesische Unternehmen zunehmend deren Märkte, vor allem die für Konsumgüter. Ein Beispiel ist Shein, ein Unternehmen, das den Europäern Damenbekleidung im Internet verkauft. 2015 hatte es noch 150 Millionen US-Dollar Umsatz erzielt. Im Corona-Jahr 2020 waren es mehr als acht Milliarden Dollar.

Ein anderes Beispiel ist der 2010 gegründete Elektronikhersteller Xiaomi Tech. Obwohl er mit seinen Produkten erst seit dem Sommer des Jahres 2019 in der Bundesrepublik präsent ist, ist er heute durch die Nachfrage nach den Modellen der Serien Mi und Redmi bereits

die Nummer drei unter den Smartphone-Händlern.

Ursachen des Erfolgs von Firmen wie Shein und Xiaomi sind nicht nur günstige Preise und die Schwäche der europäischen Konkurrenz infolge der Corona-Krise, sondern auch beispiellos enge Kundenkontakte über die sozialen Netzwerke im Internet. Durch sie sind die Chinesen bestens informiert, was die Konsumenten wollen, und können zielgruppenorientiert agieren. Man sei gekommen, um zu bleiben, da Märkte wie der deutsche einen „perfekten Spielplatz“ für das Unternehmen abgaben, teilte Xiaomi kürzlich mit.

Schnäppchen gegenüber sind die Chinesen bei ihrer Expansion durchaus ausgeschlossen. So erwarb der Mischkon-

zern Fosun International die insolvente deutsche Modekette Tom Tailor zum Spottpreis von einem Euro, nachdem zuvor der Bund und die Länder Hamburg und Nordrhein-Westfalen noch Bürgschaften in Höhe von 100 Millionen Euro zugesagt hatten, um die 3400 Arbeitsplätze zu retten.

Corona ist nur ein Grund des Erfolgs

Allerdings haben die Chinesen momentan noch einige Probleme mit der Lieferzeit. Die liegt zumeist deutlich über jener der Konkurrenz. Im Falle von Shein wurde diese allerdings von fünf Wochen im Jahre 2019 auf aktuell sieben bis zehn Tage schon deutlich reduziert. Und bald wird es noch schneller gehen, wenn der chine-

sische Versandriese Alibaba sein gigantisches europäisches Logistikzentrum in Lüttich fertiggestellt hat.

Als letztes Manko bliebe dann lediglich, dass für die chinesischen Firmen Nachhaltigkeit keine besonders wichtige Rolle spielt. Die Bedingungen bei der Herstellung der Produkte in China sowie das Fehlen von Umwelt-Siegeln und Ähnlichem schrecken verantwortungsbewusste Verbraucher ab. Die Frage ist allerdings, wie viele Europäer es sich noch leisten können, beim Einkauf auf soziale und ökologische Standards zu achten, wenn in Europa ein Großteil der Arbeitsplätze der Corona-Pandemie und den mit ihr begründeten staatlichen Maßnahmen zum Opfer fällt.

Lydia Conrad

● MELDUNGEN

Laufzeiten verlängert

Montrouge – Während in Deutschland bis Ende 2022 alle Kernkraftwerke vom Netz gehen sollen, hat Frankreich nun die Laufzeit seiner 32 ältesten Kernreaktoren von 40 auf 50 Jahre verlängert. Damit können nun beispielsweise auch die Blöcke 2 bis 5 im AKW Bugey östlich von Lyon, die bereits seit 1978/79 in Betrieb sind, weiter am Netz verbleiben. Frankreich setzt wie kein anderes Land auf Kernkraft. Aus dieser Energiequelle stammen fast drei Viertel des im Lande verbrauchten Stroms. Doch das soll nicht der Grund für die Laufzeitverlängerung sein, wie die nationale Atomaufsichtsbehörde Autorité de sûreté nucléaire (ASN) mit Sitz in Montrouge mitteilte. Vielmehr habe man sich ausschließlich von technischen Überlegungen leiten lassen. Mit gezielten und intelligenten Nachrüstungen könne das Sicherheitsniveau der alten Reaktoren dem der Meiler der jüngeren Generation angeglichen werden. W.K.

Die Audi AG gendert

Ingolstadt – Der Automobilhersteller Audi hat zum 1. März damit begonnen, in der internen und externen Kommunikation des Unternehmens eine gendersensible Sprache einzuführen. Zur Vorbereitung hatte eine Projektgruppe ein Jahr lang intensiv an der Planung und Umsetzung von entsprechenden Richtlinien gearbeitet. Resultat der Bemühungen ist ein 13-seitiges Dokument mit dem Titel „Vorsprung beginnt im Kopf“. In dem Papier werden den Audi-Mitarbeitern verschiedene Möglichkeiten einer gendersensiblen Sprache aufgezeigt. Neutrale Bezeichnungen, Partizipformen oder Passivkonstruktionen sollen das Geschlecht unsichtbar machen. Als Möglichkeit, alle Geschlechter bewusst sichtbar zu machen, zeigt das Papier auch Wortbildungen mit einem Unterstrich, dem sogenannten Gender-Gap, an. Worte wie beispielsweise „Audianer_innen“ sollen gendersensibel Raum für alle „nicht-binären Geschlechtsidentitäten“ bieten. N.H.

Hoffnung auf Erkältungen

Neumarkt/Oberpfalz – Der mittelständische Produzent pflanzlicher Arzneimittel Bionorica leidet unter der Corona-Pandemie, die dem Sinupret-Hersteller einen Umsatzeinbruch von fast 30 Prozent verursacht hat. 2020 ist in einigen Wochen der Markt für die frei erhältlichen Erkältungsmittel Sinupret und Bronchipret, mit denen das Unternehmen rund 80 Prozent seines Umsatzes generiert, sogar bis zu 75 Prozent eingebrochen. Weil Menschen sich kaum treffen und die Hygieneregeln beachten, gab es in diesem Winter weniger Atemwegserkrankungen. Nun hofft der Inhaber von Bionorica auf eine Erkältungswelle im Frühjahr. Durch das Einhalten der strengen AHA-Regeln, also Abstand halten, Händewaschen und Tragen der Alltagsmasken, werde der Körper anfälliger für die klassischen Erkältungsviren, da das Immunsystem nicht mehr trainiert werde, so die Logik des Inhabers Michael Popp. Bionorica hat mit Kurzarbeit auf den Nachfragerückgang reagiert. MRK

KOMMENTARE

EU-Impfdebakel

MANUELA ROSENTHAL-KAPPI

Immer deutlicher tritt zutage, dass die EU ein zahnloser Tiger ist, dessen Einfluss auf der weltpolitischen Bühne begrenzt ist. Die von Kanzlerin Angela Merkel angestrebte gemeinsame Impfstrategie ist genauso krachend gescheitert wie zuvor schon die gemeinsame Asylpolitik. Immer öfter scheren einzelne Mitgliedsstaaten aus, beziehungsweise wie sich angesichts des Impfdebakels zeigt, bei sensiblen Themen immer mehr.

„Wir können nicht länger warten. Ein russischer oder chinesischer Impfstoff ist kein Atomkraftwerk.“ (Andrej Babiš, tschechischer Premier). „Deshalb muss ich gemäß unserer Verfassung zum Schutz meiner Bürger verantwortlich handeln.“ (Viktor Orbán, ungarischer Ministerpräsident) und „wir wollen bei künftigen Impfkäufen nicht mehr von der EU abhängig sein“ (Sebastian Kurz, österreichischer Bundeskanzler) – diese Aussagen bezeugen nicht nur das Ausmaß, in dem das Vertrauen in die Fähigkeiten der EU bereits gesun-

ken ist, sondern auch, wie der Umgang mit der Pandemie die Union spaltet.

EU-Anwärter Serbien und Ungarn verimpfen bereits das chinesische Vakzin. Orbán hat bei Sinopharm fünf Millionen Dosen bestellt und in Russland zwei Millionen Dosen Sputnik V. Inzwischen hat auch Kurz mit Russland über Sputnik-V-Lieferungen sowie die Herstellung auf heimischem Boden verhandelt. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, aber auch der deutsche Gesundheitsminister Jens Spahn parierten die Ohrfeige damit, einzugestehen, dass sie faktisch keine Macht haben, um Kooperationen außerhalb des EU-Raums zu unterbinden. Inzwischen wird auch die Kritik am russischen Impfstoff Sputnik V leiser. Mit einer EU-Zulassung für das Vakzin ist im April zu rechnen.

Welche Zentrifugalkräfte innerhalb der EU wirken, zeigt nicht nur der Brexit, sondern auch Alleingänge einzelner Mitglieder. Österreich und Dänemark haben nicht nur in der Pandemiefrage, sondern auch schon bei EU-Budgetverhandlungen und Migrationsfragen zusammengearbeitet.

Warum erst jetzt?

HARALD TEWS

Das Kölner Museum Ludwig war eines der ersten. Nach dem langen Lockdown öffnete es vergangenen Dienstag erstmals wieder seine Türen für seine Andy-Warhol-Ausstellung. Die neue Museums-Normalität, auf die sich die Besucher jetzt einstellen müssen, heißt: Besuch nach Voranmeldung, Hinterlegung von Kontaktdaten, Zutritt für ein bestimmtes zweistündiges Zeitfenster, Begrenzung auf eine bestimmte Anzahl Besucher, Rundgang im Einbahnstraßensystem und der inzwischen obligatorische Mund-Nasenschutz. Diesen Freitag werden weitere Ausstellungshäuser dem Beispiel folgen, und dort, wo die Sieben-Tage-Inzidenz bei den Coronaneuansteckungen zwischen 50 und 100 pro 100.000 Einwohner liegt, wird es ab kommender Woche weitere Wiedereröffnungen geben.

Die Frage muss erlaubt sein: Warum erst jetzt? Natürlich sieht es der Öff-

nungsplan der Bundesregierung so vor. Aber hätte es zu den Schließungen überhaupt erst kommen dürfen? Von Anfang an war klar, dass Kulturinstitutionen nie ein Ansteckungshort gewesen waren. Schon im Sommer hatten kulturelle Einrichtungen ähnlich ausgefeilte Hygienekonzepte vorgelegt wie bei den Fußballern. Schon damals gab es Zeitfensterkarten für Museen, und wer ins Konzert, Theater oder Kino ging, hatte stets einen freien Abstandssitz neben sich. Als im Oktober die Fallzahlen wieder stiegen, war kein Fall bekannt, bei dem sich jemand bei einem solchen Kulturbesuch mit COVID-19 angesteckt hat.

Um die Fallzahlen zu beschränken, hat die Politik lieber die Axt im Walde als das feine Seziermesser geschwungen. Dieser pure Aktionismus mit willkürlichen Lockdown-Maßnahmen hat tausende Kulturschaffende an den Rand der Existenz gebracht und dort einen Katastrophenfall heraufbeschworen, wo nie eine Katastrophe gewütet hat.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteiner Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdeldorf. **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2021:

Inland 14 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 16,50 Euro, Luftpost 20,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht haftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de



„Mutmaßliche“ Verstöße: Deutschlands Verfassungsschützer setzen sich einem schlimmen Verdacht aus

Foto: pa

LEITARTIKEL

Zweifelhafte „Schützer“

HANS HECKEL

Das Urteil des Kölner Verwaltungsgerichts war ein Nasenstüber sondergleichen für das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV), dessen Chef Thomas Haldenwang und natürlich auch für Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU): Das BfV darf die AfD nicht als „Verdachtsfall“ einstufen, geschweige denn eine solche Einstufung öffentlich bekanntmachen. Eine solche Einstufung legitimiert formell den Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel zum Auspionieren von Parteien, Gruppierungen oder Personen.

Der Vorstoß des Gerichts zeigt jedoch nur die Spitze des Eisbergs. In dem durchgestochenen Bericht des BfV war lediglich von Belegen für „mutmaßliche Verstöße gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung“ die Rede, die man „zusammengetragen“ habe.

„Mutmaßliche“ Verstöße? Man konnte demnach nicht einmal etwas Konkretes anführen, hat nur Hinweise zusammengekratzt, dass da etwas sein könnte. Und das, man möge es sich vor Augen halten,

wird als Rechtfertigung dafür genommen, der größten Oppositionspartei im Bundestag mit nachrichtendienstlichen Mitteln nachzustellen. In einem Rechtsstaat.

Der ganze Vorgang nährt den Verdacht, dass das BfV seit dem Übergang seiner Führung von Hans-Georg Maaßen

Wie weit die Maßstäbe verrutscht sind, zeigt der Blick auf die Linkspartei und den Umgang mit ihr. Deren neue Co-Vorsitzende Janine Wissler meint, dass „geschichtlicher Fortschritt nur durch Revolutionen erreicht wurde“ und feiert „radikalisierte Bewegungen“ als Vorbilder, denn die „klassenlose Gesellschaft“ lasse sich „nicht einführen durch Regierungen und Parlamente“. Ihre Partnerin an der neuen Parteispitze, Susanne Hennig-Wellsow, will die CDU/CSU „aus der Bundesrepublik vertreiben“, wie sie sagte.

Auch „radikale“ Opposition ist in der freiheitlich-demokratischen Ordnung des Grundgesetzes geschützt. Voraussetzung ist, dass die Protagonisten solcher Positionen sich an die Regeln des demokratischen Staates halten und auch nicht beabsichtigen, diese Regeln im Falle einer Machtübernahme umzustürzen.

Solche Umsturzpläne finden sich weder im Programm noch in der Führung der AfD. Dafür macht die Spitze der Linkspartei nicht einmal ein Hehl daraus, dass sie das „System überwinden“ will, notfalls per „Revolution“. Doch auf wen stürzen sich die „Verfassungsschützer“?

Der Vergleich AfD und Linkspartei zeigt: Die Maßstäbe sind verrutscht

auf Thomas Haldenwang als Machtinstrument gewisser Parteien zum Denunzieren und Niederhalten der politischen Konkurrenz missbraucht wird. Da wird dann „zusammengetragen“, was es braucht, um rechtzeitig vor wichtigen Wahlen in Erscheinung zu treten. Dafür drückt man dort, wo wirklich etwas im Argen liegt, die Augen zu, wenn es gewünscht wird.

PORTRÄT

Ziemlich dunkelrotes Bond-Girl

Man stelle sich einmal Björn Höcke als Parteivorsitzenden vor. Ein Mann der vom Verfassungsschutz beobachtet, aber mittlerweile aufgelösten Gruppierung „Der Flügel“ als Chef der AfD? Die Medienlandschaft würde sich vor Entrüstung gar nicht mehr einkriegen. Aber mit einer Vorsitzenden der Partei Die Linke, die gleich in zwei vom Verfassungsschutz beobachteten Linke-Gruppierung Mitglied war, hat niemand ein Problem.

Janine Wissler, die seit Ende Februar zusammen mit Susanne Hennig-Wellsow Parteivorsitzende ist, war opportunistisch genug, um kurz vor ihrer Ernennung zur Parteichefin aus dem trotzkistischen Netzwerk Marx21 und den linksextremen Sozialistischen Linken auszutreten. Ihre extrem ideologische Grundhaltung wird die 39-jährige Hessin aber so schnell nicht ablegen. Wozu auch? Es scheint sich ja keiner daran zu stören.

Die ZDF-Satiresendung „heute show“, bei der die Linken meist gut wegkommen, hat Wissler und Hennig-Wellsow in einer Fotomontage sogar als leichtbekleidete Bond-Girls neben Wladimir Putin geädelt. Den niedlichen Scherz auf die russlandfreundliche Linke fanden die beiden Damen gar nicht lustig. Zu frauenfeindlich. Diese Steilvorlage nahmen sie gerne auf, um Sympathiepunkte zu sammeln.

Obwohl sie weiter links steht als ihre Co-Vorsitzende, tritt Wissler nie mit ideologisch verbotenen Thesen auf. Sie ist eloquenter Gast in Talkshows, und selbst Hessens früherer SPD-Chef Thorsten Schäfer-Gümbel, der mit der Diplom-Politologin per „du“ ist, schätzt „Janines Humor“ und ihre „rhetorische Schärfe“.

Wissler, die sich früher noch mit „ß“ schrieb, aber das „ss“ im digitalen Zeitalter für moderner hält, sitzt als Abgeordnete und als Fraktionsvorsitzende der Linken im Hessischen Landtag. Ihren Aufstieg in der Partei verdankt sie auch dem Elternhaus: Ihre Mutter war DKP-Mitglied. Über ihr Engagement bei den Globalisierungskritikern von Attac und der „Wahlalternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit“ (WASG), die sie mitbegründet hatte, gelangte sie zu den Linken. Hier wird man sehen, ob sie als Parteichefin ihren Humor behalten wird. Harald Tews



Linken-Chefin: Janine Wissler

Die Krise sitzt tief – und tiefer

Die lang anhaltende Schließung kultureller Einrichtungen bedroht nicht nur Theater, Opernhäuser, Museen und Bibliotheken, sondern den Kulturstaat insgesamt. Der Niedergang des kulturellen Lebens begann allerdings schon lange vor Corona

VON EBERHARD STRAUB

Kultur ist eine öffentliche Angelegenheit und als solche eine Lebens- und Bildungsmacht. Doch im Zusammenhang mit den seit einem Jahr andauernden Versuchen, die wechselnden Corona-Krisen zu bewältigen, waren die Museen, Bibliotheken, Konzertsäle, Opernhäuser und Theater entweder ganz geschlossen oder werden durch den neuen Öffnungsplan der Bundesregierung jetzt im März nur unter besonderen Auflagen zugänglich.

Seit den Tagen der alten Griechen und Römer wurde immer geraten, die Bedürfnisse von Geist und Körper im Gleichgewicht zu halten, weil auf deren Zusammenspiel die umfassende Gesundheit der Bürgerschaft beruhe. Apollo war nicht nur der Gott der Musik, sondern auch ein Arzt und Retter vor Unheil. Die Gesundheitspolitik von heute lässt sich von solchen Überlieferungen nicht beirren. Sie hält Kunst und Künstler für entbehrlich und verbannt sie aus dem öffentlichen Leben, ohne zu überlegen, welchen Schaden sie damit unter Umständen anrichtet.

Die Natur des Menschen

Deshalb war es höchste Zeit, als Dirigenten und Intendanten der Orchester, Opernhäuser und Theater in Berlin vor wenigen Tagen einen dringenden Appell an die Kanzlerin und an den Berliner Senat richteten, alsbald durch Öffnung der kulturellen Einrichtungen wieder ein öffentliches kulturelles Leben zu ermöglichen: „Je länger der aktuelle Zustand anhält, desto mehr ist eine dauerhafte Schwächung unseres kulturellen Lebens zu befürchten.“

Eine dauerhafte Schwächung unseres kulturellen Lebens ist allerdings eine Schwächung unseres Lebens überhaupt. Die Kultur ist die Natur des Menschen. Es geht daher nicht nur um die gefährdeten Existenzgrundlagen der Künstler, woran die Unterzeichner der Berliner Petition eindringlich erinnern. Es geht um die Grundlagen des Kulturstaates und die Rolle, die in diesem Kulturstaat Kunst und Künstler zukommen muss, ganz unabhängig von Berlin als Metropole von Kunst, Musik und Wissenschaft.

Der Kulturbetrieb im weitesten Sinn entsprechend dem erweiterten Kulturbegriff, der sich seit „1968“ durchgesetzt hat, ist zudem in Deutschland und auch in der EU ein herausragender Wirtschaftsfaktor, der jetzt freilich beträchtliche Umsatzverluste erleidet und mit weiteren spektakulären Einbußen zu rechnen hat. In der Bundesrepublik unterhalten der Bund, die Länder und die Kommunen zahllose kulturelle Einrichtungen, die zusätzliche Gelder von Stiftungen und von Unternehmen erhalten. Die äußeren Bedingungen scheinen zu bestätigen, dass Staat und Gesellschaft kulturelle Aufgaben überhaupt nicht vernachlässigen. An Geld fehlte es bislang nie.

Das Ende des Bildungsbürgers

Dennoch steckte dieser Kulturbetrieb auch schon vor Corona in einer Krise. Die seit Jahrzehnten bestehende materielle Sicherheit konnte die ebenso lang anhaltende Unsicherheit über die geistig-kulturelle Rechtfertigung des Kulturlebens und der Bildungseinrichtungen nicht zur Ruhe bringen. Keiner weiß mehr so recht,



Menschenleeres Museum: Verwaister Saal mit Raffaels „Sixtinischer Madonna“ in der Dresdener Gemäldegalerie in Lockdown-Zeiten

was Kultur und Bildung meinen und auf welche Art Opern, Museen oder Universitäten als Bildungsanstalten wirklich bilden. Der Bildungsbürger als sozialer Typus ist verschwunden.

Dessen Bildung freilich war zu großen Teilen eine historisch-museale. Bezeichnenderweise wurde im 19. Jahrhundert, zur Blütezeit des Bildungsbürgertums, das Museum zu einer der wichtigsten Bauaufgaben. Der Geist des Museums, das Ansinnen, das Vorbildliche aus allen Zeiten zu bewahren und es vor dem Vergessen zu retten, drang in die Opernhäuser, die Theater, in die Konzertprogramme und in die Universitäten. Die Klassiker sollten gepflegt und das Erbe in Ehren gehalten werden, damit nachfolgende Generationen fähig wären, die Geister der jeweiligen Modernen unterscheiden und bewerten zu können.

Der Verlust alter Kulturtechniken

Ein Beispiel für die Symbiose aus klassischem und zeitgenössischem Denken in jener Zeit ist Friedrich Nietzsches Essay „Vom Nutzen und Nachteil der Historie für das Leben“ von 1874. Immer mehr Künstler entdeckten in jener Zeit die Geschichte und den musealen Geist, entgingen aber nicht dem Paradox, dennoch als Klassiker anerkannt zu werden, eben als Klassiker der Moderne. Das war unvermeidlich, solange auch die Avantgardisten klassisch gebildet waren – und heimisch in dem „Kulturmuseum“, aus dem sie hinausstrebten und von dem sie geprägt waren.

In jener Zeit der Klassik und der klassischen Moderne waren Geschichte und Kultur derart in Abhängigkeit voneinander geraten, dass um 1900 selbst die allerneueste Lebenskultur im Kaffeehaus und im Bierkeller, im Palasthotel und im Großkaufhaus oder in den großen Bahnhöfen als Palästen des Verkehrs und des Verbrauchs nicht mehr ohne historischen Zierrat auskam, der zugleich einen zeitgemäßen Stil hervorbrachte.

Im Laufe des späten 20. Jahrhunderts gingen jedoch zahlreiche kulturelle Riten und Techniken verloren, die zuvor durch-

aus auch von Arbeitern und ihren Kindern beherrscht wurden: zum Beispiel der gemeinsame Gesang in der Familie oder das Spielen eines Instruments und die Fähigkeit, Noten zu lesen. Vor allem aber waren auch die Gebildeten immer weniger vertraut mit den längst vergangenen Welten, in denen sich die Klassiker einst zu bewahren hatten.

Die großen Kunstwerke der Moderne wurden umso unverständlicher, je mehr sie in ihre Welt zurückversetzt und dem unbefangenen Genuss entzogen wurden. Die Zeiten, in denen Mozart oder Beethoven, Goethe oder George, Dürer oder Menzel alltägliche Begleiter des Bildungsbürgertums waren, sind lange vorbei. Heute dürfte es nur noch wenige Geister geben, die ihre Werke richtig verstehen.

Ein Teil dieses Niedergangs hängt auch mit dem Wesen der Demokratie zusammen. Gerade Demokraten, die bewusst in eine andere, bessere Welt streben, wollen oft die Distanz zu einer für sie fragwürdigen Vergangenheit wahren. Alexis de Tocqueville, der große Analytiker nicht nur der Demokratie in den USA, beobachtete schon um 1830 gerade im Thea-

ter die Unlust der Amerikaner, sich auf Stücke einzulassen, die nichts mit ihrer Wirklichkeit, mit ihrer in jeder Beziehung neuen Welt zu tun hatten.

Demokraten, so Tocqueville, wollen nur sich selbst sowie ihrer Lebensart und ihren Lebensvorstellungen begegnen. Wo zum Beispiel der Zugang zur Ehe und deren Auflösung gleichermaßen leicht geworden ist, schwindet unweigerlich das Verständnis für Komödien oder Tragödien, die sich aus ganz anderen gesellschaftlichen Bedingungen und Bindungen ergaben. Man kann auf sie verzichten, weil sie insgesamt überholt sind.

Tocqueville – ein Aristokrat von Geburt und Geist, immer ein Freund der Klarheit – konnte gar nicht ahnen, dass einmal in demokratischem Geist geprägte Bühnen auf den Gedanken kommen würden, alte Dramen durch aktualisierende Interpretationen „zeitgemäß“ zu interpretieren, weil es nicht genug neue Stücke gibt, die dauernden Erfolg versprechen. Vor allem die Oper ist auf das Repertoire alter Meister angewiesen, weil sich die Meister von heute nicht dauerhaft behaupten können. So müssen die immer selben Stücke von Mozart bis Richard Strauss mit ungewohnten Einfällen „interessant“ gemacht – und ergo jener Zeit entrückt werden, in der sie entstanden.

Der Geist der Eventkultur

Diese neuen Ein- und Ansichten veraltern freilich rasch, sodass erst recht immer wieder ungeahnte „Effekte“ gebraucht werden, um Neugier für das immer gleiche in nur anderem Gewand zu wecken. Damit wird allerdings nicht nur von dem misslichen Umstand abgelenkt, dass die Oper eine Kunstform aus der Welt von Gestern ist. Vielmehr verkommt einstige klassische Hochkultur zum zeitgenössischen „Event“.

Das Paradoxe daran: Die Programme der Konzertbühnen können durch alle möglichen Rückgriffe auf alte Werke aus vier Jahrhunderten stets abwechslungsreich erweitert werden – doch gerät man darüber erst recht immer tiefer hinein in ein musikalisches Museum bis hin zu ei-

ner Aufführungspraxis, die mit umfassender Altbegier Uraltem neue Reize verschaffen möchte.

Die Kunst soll zum Erlebnis werden. Doch was erlebt der Kunstfreund von heute unter dem Eindruck von Werken, die einst zur höfisch-aristokratischen Repräsentation, zur katholischen Festlichkeit oder zur Stärkung protestantischer Innerlichkeit verfasst wurden? Wo die Kenntnis biblischer Geschichten oder christlicher Legenden und Tugendbeispiele nicht mehr vorausgesetzt werden kann, entziehen sich viele klassische Werke von vornherein dem unmittelbaren Verständnis heutiger Zeitgenossen. Auch die antike Geschichte und Mythologie ist aus dem öffentlichen Bewusstsein verschwunden und mit ihr der Humanismus, der als bürgerliche Haltung gerade die Bildung jener Demokraten bestimmte, die einmal auf die Kraft der Vernunft und der freien Diskussion hofften.

Ursachen des Schweigens

Ein weiteres Ärgernis unserer Zeit ist die Politisierung der Bildung, die sich mächtig vordrängt und die allgemeine Lebens- und Geisteskultur zunehmend parteiisch prägt. In den Glanzzeiten des Bürgertums gab es keinen Zweifel, dass eine möglichst breite humanistische Bildung die Voraussetzung sei, um sich am öffentlichen, politischen Gespräch beteiligen zu können. Heute sollen die Politik und ein moralisch-korrektes Bewusstsein die Kultur durchdringen.

Hatte sich der klassische Kulturstaat dazu verpflichtet, weite Räume von der Politik und der Politisierung freizuhalten, damit sich die Geister der Künste und der Wissenschaften frei entfalten konnten, werden diese schon seit geraumer Zeit wie selbstverständlich in den Dienst staatlichen Handelns gestellt. Möglicherweise ist diese lange gewohnte Praxis auch der Grund dafür, dass sich die Künstler, Schauspieler und Autoren derzeit so schwer damit tun, gegen ihre staatlich verordnete Stilllegung in Zeiten der Corona-Pandemie zu protestieren.

Kunst und Kultur brauchen Freiheit, beide zusammen bilden einen Geist der Freiheit, auf den die Politik und der Staat angewiesen sind, um nicht die Grenzen ihrer Wirksamkeit und Zuständigkeit zu überschreiten. Auch und gerade dem demokratisch verfassten Staat sind Grenzen gezogen, damit er ein Freistaat bleibe. Denn der Staat ist für den Menschen eingerichtet. In dessen zweckfreier Bestimmung, auch nicht für beliebige Staatszwecke verwertet zu werden, äußert sich seine Würde. Diese bedarf der Kunst und der Wissenschaft.

Insofern sollte der Appell der Berliner Künstler nicht nur die Politiker, sondern alle Bürger dazu auffordern, gründlich über die Rolle der freien Kunst und Wissenschaft in einem freien Staat nachzudenken. Auch wenn dieser Tage wieder erste Kultureinrichtungen öffnen, darf sich das vereinte Zusperrn von Museen, Opernhäusern, Theatern, Kinos und sonstigen Stätten unseres kulturellen Lebens nicht noch einmal wiederholen.

● **Dr. Eberhard Straub** ist Historiker und Publizist. Zu seinen Werken gehören unter anderem „Zur Tyrannei der Werte“ (2010) und „Der Wiener Kongress. Das große Fest und die Neuordnung Europas“ (2014, beide Klett-Cotta).

www.eberhard-straub.de

Die Gesundheitspolitik von heute lässt sich nicht beirren. Sie hält Kunst und Künstler für entbehrlich und verbannt sie aus dem öffentlichen Leben, ohne zu überlegen, welchen Schaden sie damit unter Umständen anrichtet

PONTUSKONFERENZ

Gemeinsam
gegen
Frankreich

Es gibt geopolitische Konstanten über Systemwechsel hinweg, die bis zum heutigen Tage von Bedeutung sind. Dazu zählt der Wunsch Russlands nach eisfreien Zugängen zu den Weltmeeren. Ein Weg führt von der Krim über das Schwarze Meer und das Mittelmeer in den Atlantik. Ähnlich konstant wie dieser russische Wunsch ist jener der Westmächte, zumindest russischen Kriegsschiffen diesen Weg zu verbauen. Man denke nur an den heutigen Konflikt um die Krim mit deren Marinestützpunkt.

Nach dem Krimkrieg von 1853 bis 1856 hatten die Westmächte Oberwasser. Da Großbritannien und Frankreich diesen Krieg mit dem Osmanischen Reich gegen Russland gewonnen hatten, besagte der abschließende Frieden von Paris, dass das Schwarze Meer (Pontus Euxinus) neutral und entmilitarisiert sei. Das bedeutete, dass Russland keine Schwarzmeerflotte unterhalten durfte. Russland bemühte sich fortan um eine Revision des Friedensvertrages im Allgemeinen und dieser sogenannten Pontusklausel im Besonderen. Da das nur gegen den Widerstand Frankreichs möglich war, war es an der Schwächung der neuen führenden Großmacht Kontinentaleuropas interessiert.

An einer Schwächung Frankreichs war ab der Luxemburgkrise von 1867 auch Preußen interessiert. Seit dieser Krise war nämlich klar, dass eine deutsche Einigung auf absehbare Zeit nur gegen französischen Widerstand durchsetzbar sein würde.

Das Ergebnis war eine preußisch-russische Zusammenarbeit auf Kosten Frankreichs. Russland unterstützte Preußen im Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71, indem es ihm den Rücken freihielt. Der Zar übte nicht nur selbst im Kriege wohlwollende Neutralität, er bekundete darüber hinaus die Bereitschaft, die Neutralität des 1866 von Preußen geschlagenen gemeinsamen österreichischen Nachbarn notfalls mit Waffengewalt zu erzwingen. Ein Zweifrontenkrieg blieb damit Preußen erspart.

Im Gegenzug unterstützte Preußen Russland in der Pontusfrage sowohl indirekt als auch direkt. Zum einen schwächte es durch seine militärischen Erfolge im Deutsch-Französischen Krieg die internationale Position Frankreichs und dessen Möglichkeiten, die Ergebnisse des Krimkrieges notfalls mit Waffengewalt zu verteidigen. Zum anderen unterstützte es Russland auf diplomatischem Parkett.

Nach den entscheidenden Erfolgen der Deutschen in der Schlacht von Sedan vom 1. und 2. September 1870 und bei der Belagerung von Metz vom 20. August bis 27. Oktober wagte es Russland am 31. Oktober, einseitig die Pontusklausel aufzuheben. In der Hoffnung, Russland am Verhandlungstisch noch einfangen zu können, lud Großbritannien die anderen fünf Großmächte unter Einschluss Italiens und das Osmanische Reich zu einer Pontuskonferenz in seine Hauptstadt ein. Dort konnten die Westmächte als Zugeständnis wenigstens erreichen, dass die Durchfahrt durch die Meerengen weiterhin von der Zustimmung des Osmanischen Reiches abhing. Ansonsten akzeptierten die Westmächte vor 150 Jahren, am 13. März 1871, nōlens volens das Ende der Neutralität und Waffenlosigkeit des Schwarzen Meeres.

Manuel Ruoff

VERTRAG VON MOSKAU

Als Russland und die Türkei
den Kaukasus neu ordneten

Nach einem Dutzend Kriegen zwischen dem christlichen Zaren- und dem muslimischen Osmanischen Reich schlossen der atheistische Sowjetstaat und die laizistische Republik vor 100 Jahren Frieden und Freundschaft

VON BODO BOST

Der Erste Weltkrieg führte zum Zusammenbruch des russischen Zaren- und des Osmanischen Reiches. In beiden Ländern kam es zu Chaos, Gewalt und Bürgerkrieg. Auf dem Gebiet Russlands entstanden vom Zentrum her Sowjetrepubliken und an den Rändern die Demokratischen Republiken Georgien, Armenien sowie Aserbaidschan als neue eigene Staatsgebilde. In der Türkei sammelten sich im einstigen Randgebiet Anatolien um die neue Hauptstadt Angora, später Ankara, die besiegten Jungtürken, die sich zu nationalistischen Pantürken entwickelt hatten, und bekämpften die von den Alliierten gestützte Sultansregierung, die weiter die Hauptstadt Konstantinopel kontrollierte. Die Grenzen zwischen den neuen Staaten und staatsähnlichen Gebilden waren ungeklärt, die Kriegshandlungen aus dem Ersten Weltkrieg gingen weiter, nur mit neuen Akteuren.

Einigung zweier Parias

Während die westlichen Siegermächte die neuen Kräfteverhältnisse vor Ort nicht zur Kenntnis nehmen wollten und in beiden Ländern auf restaurative Kräfte setzten – die Pariser Vorortverträge wurden von der alten Sultan-Regierung unterschrieben, die nur noch die Hauptstadt kontrollierte –, verbündeten sich die neuen republikanischen Kräfte beider Länder zum Erstaunen aller. Sie beendeten damit die schon legendäre türkisch-russische Erbfeindschaft, als Ali Fuat Cebesoy, Rıza Nur und Yusuf Kemal Tengirşenk für die türkische sowie Georgi Tschitscherin und Dschalaladin Korkmazow für die sowjetische Seite am 16. März 1921 in Moskau einen Friedens- und Freundschaftsvertrag unterschrieben.

Es war der erste Vertrag der beiden international noch geächteten Staaten, die eigentlich noch Bewegungen waren.

Nur so konnten sich beide Bewegungen im eigenen Land und international durchsetzen. Die Leidtragenden waren die Pufferstaaten Georgien, Armenien und Aserbaidschan, die damit als unabhängige Staaten verschwanden. Am meisten bluteten die Armenier, deren Siedlungsgebiete in beiden Staaten lagen und die damit drei Viertel ihres Staatsgebiets verloren.

Die Türken hatten zwar durch den Waffenstillstand von Mudros 1918 ihr Kolonialreich verloren, aber durch den Völkermord an den Armeniern und die Vertreibung der Griechen ein ethnisch und religiös homogenes Anatolien gewonnen. Deshalb fühlte sich zwar der Sultan als Verlierer, nicht aber die mitregierenden Jungtürken. Das Siedlungsgebiet der Türken war durch die Ausmerzungen der Armenier dicht an den russischen Kaukasus herangekommen. Alte turanische Großreichphantasien, die bis nach Zentralasien reichten, sollten für den Verlust des Kolonialreiches entschädigen.

Das Verbindungsglied zu den Völkern Zentralasiens sollte Aserbaidschan werden. Noch vor Kriegsende ging der einstige Strategie des deutsch-türkischen Bünd-

nisses, Enver Pascha, nach Aserbaidschan und wollte dort ein neues panturanisches Reich zimmern, das später auch Zentralasien umfassen sollte. Enver scheiterte, weil die Sowjets Zentralasien nicht abgeben wollten.

Der starke Mann der republikanischen Bewegung, Mustafa Kemal (Atatürk), schickte 1920 seinen General Musa Kâzım Karabekir Richtung Kaukasus in die Fußstapfen von Enver Pascha. Karabekir eroberte als Erstes die große armenische Stadt Kars und dann die alte Hauptstadt Armeniens Ani. Am 17. Oktober vereinten sich die türkischen und aserbaidschanischen Streitkräfte in Iqdir und konnten die Armenier in die Zange nehmen. Die Armenier waren nach zwei Jahren Bürgerkrieg und durch Hunger erschöpft. Am 7. November eroberten die Türken die Stadt Gjumri, das alte Alexandropol, die zweitgrößte Stadt Armeniens.

Entscheidungen betreffs Armenien

Die erste Vollversammlung des neu gegründeten Völkerbundes in Genf beschäftigte sich ab dem 15. November auch mit der Lage in Armenien. Rumänien stimmte als einziges Land für eine Intervention

zugunsten Armeniens, aber die großen Siegermächte lehnten eine solche Intervention ab.

Am 2. Dezember kapitulierte die Demokratische Republik Armenien in Gjumri und verzichtete auf Kars und Nachitschewan, das die Türkei und Aserbaidschan bekamen, nicht aber auf Bergkarabach. Im Anschluss wurde mit dem Vertrag von Alexandropol die Kaukasusgrenze der Türkei mit Armenien definiert.

Die Schwäche Armeniens rief den Georgier Josef Stalin auf den Plan, damals sowjetischer Kommissar für Nationalitätenangelegenheiten. Er kam am 30. Oktober 1920 nach Baku, wo die Bolschewiken die Türken und Aserbaidschaner abgelöst hatten. Zusammen mit dem Armenier Anastas Mikojan wollte er auch die Demokratische Republik Armenien in die Sowjetunion eingliedern. Er schickte die 11. Armee unter dem Kommando des Russlanddeutschen Anatol Hecker Richtung Eriwan. Hecker erreichte am 2. Dezember die Stadt und rief dort einen Tag später die Armenische Sozialistische Sowjetrepublik aus.

Die beiden armenischen Generäle Drastamat Kanajan, genannt Dro, und Garegin Nschdeh widersetzten sich und riefen wenige Tage später im Süden von Eriwan die freie Republik Bergarmenien aus, zu der Sangesur und Bergkarabach gehörten. Die aufständischen Bergarmenier konnten sich dank britischer Unterstützung aus dem Iran noch ein Jahr halten, bevor beide Generäle den Kampf gegen die Sowjets aufgaben. Wegen dieses Widerstandes von Karabach gegen die Sowjetisierung, schlug Stalin Karabach 1921 der Republik Aserbaidschan zu, obwohl dort infolge der Flucht der Völkermordüberlebenden die Armenier mittlerweile neun Zehntel der Bevölkerung stellten.

Mustafa Kemal drängte jetzt die siegreichen Sowjets zu einer Zustimmung zu seinem türkisch-armenischen Vertrag. Diese erhielt er durch den Moskauer Vertrag vom 16. März 1921. Darin wurde der sowjetisch-türkische Grenzverlauf unter Annullierung aller vorheriger Territorialverträge festgeschrieben. Im Vertrag wurde außerdem geregelt, dass Nachitschewan einen Autonomiestatus erhielt und Teil der Aserbaidschanischen Sozialistischen Sowjetrepublik wurde. Die Türkei trat Adscharien und damit die Hafenstadt Batumi an die Sowjetrepublik Georgien ab. Im Gegenzug gewann die Türkei endgültig die Kars-Ardahan-Region. Am 13. Oktober 1921 wurde durch den Vertrag von Kars der neue Grenzverlauf auch von den inzwischen sowjetischen drei kaukasischen Staaten abgesegnet.

Kurzporträts



Der Botschafter der Türkei in Moskau vom Dezember 1920 bis zum Mai 1921, **Ali Fuat Cebesoy**, war von Atatürk mit der Vertragsvorbereitung beauftragt



Der sowjetische Unterzeichner des Vertrages von Rapallo, **Georgi Tschitscherin**, war von 1918 bis 1930 Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten



Als Kommandeur der Südfront der Roten Armee versuchte der Georgier **Josef Stalin** die Völker des Kaukasus mit den Russen in einem Sowjetstaat zu vereinen



Am 16. März 1921 in der Sowjethauptstadt: Vertreter der Sowjet- und der türkischen Regierung bei der Unterzeichnung des Moskauer Vertrags

Foto: pa

VON WOLFGANG KAUFMANN

Die Herrschaft der Pariser Kommune, also des im März 1871 entstandenen Selbstverwaltungsrates der französischen Hauptstadt, währte nur ganze 72 Tage. Trotzdem schwärmte der Zeitgenosse Karl Marx von der „schönsten Revolution der Weltgeschichte“. Für den Begründer des „wissenschaftlichen Sozialismus“ handelte es sich bei der Kommune definitiv um die erste „Regierung der Arbeiterklasse“, und viele seiner Anhänger sahen dies genauso. Dadurch avancierten die Kommunisten zu quasi mythischen Vorfahren sämtlicher sozialrevolutionärer Umstürzler der Folgezeit.

In Wirklichkeit übte die Pariser Kommune indes keine „Diktatur des Proletariats“ aus, weil sie sehr viel inhomogener war als Marx und dessen Epigonen es wahrhaben wollten. Deshalb unterblieben im turbulenten Frühling des Jahres 1871 auch viele Maßnahmen, die zu einer echten proletarischen Revolution gehört hätten. Zwar wurden einige sozialpolitische Reformvorhaben wie kostenlose Bildungsangebote für alle, die Trennung von Kirche und Staat sowie die rechtliche Gleichstellung der Frauen in Angriff genommen. Doch andererseits schlug der Umsturzversuch nicht zuletzt dadurch fehl, dass es weder zu einer nennenswerten Vergesellschaftung von Unternehmen noch zur Zerschlagung des alten Staatsapparates und konsequenten Unterdrückung oder gar Eliminierung der bisher herrschenden Klasse kam. Und dies war dann auch die wichtigste Lehre, die der spätere Bolschewisten-Führer Wladimir Iljitsch Lenin aus der Geschichte der Pariser Kommune zog – mit fatalen Folgen für Russland und die übrige Welt.

Herrschaft der 72 Tage

Als Gründungsdatum der Commune de Paris gilt der 18. März 1871. An jenem Tage eskalierte der Konflikt zwischen der in Versailles sitzenden bürgerlichen Regierung unter Adolphe Thiers, welche die französische Niederlage im Krieg gegen das deutsche Kaiserreich akzeptiert und ein Waffenstillstandsabkommen geschlossen hatte, und der Führung der vorwiegend aus Kleinbürgern und Unterschichtangehörigen bestehenden Nationalgarde in Paris, die sich als Gegenregierung gerierte. Zum Zündfunken geriet der Versuch loyaler Truppenteile, der Nationalgarde 400 kurz zuvor aus Armeebeständen gestohlene Artilleriegeschütze zu entreißen. Dieses Unterfangen scheiterte auf ganzer Linie. Danach übernahm das Zentralkomitee des Republikanischen Bundes der Nationalgarde die Kontrolle über Paris und setzte für den 26. März Wahlen zum Rat der Kommune an. Nach seiner Konstituierung kündigte dieses Gremium an, die nunmehrige Autonomie von Paris sowohl gegen die Truppen der Versailler Regierung als auch die noch an der Seine stehenden deutschen Kontingente verteidigen zu wollen.

Ansonsten herrschte jedoch ziemliche Uneinigkeit über den weiteren Kurs, denn die Führung der Kommune bestand aus ganz unterschiedlichen Fraktionen und Persönlichkeiten. Neben gemäßigten Linksliberalen mit einem Faible für lokale Selbstverwaltung fanden sich in ihr auch Anarchisten und utopische Sozialisten, radikale in- und ausländische Berufsrevolutionäre wie Charles Delescluze und Jaroslaw Dąbrowski sowie einzig und allein aufs Weiterkämpfen gegen Deutschland erpichte Militärs. An einer charismatischen Führungspersönlichkeit, der es gelungen wäre, die Kommunisten hinter sich zu vereinen, fehlte es. Schließlich aber konnten die autoritären Kräfte die Oberhand gewinnen und nach dem Vorbild der Französischen Revolution von 1789 einen Wohlfahrtsausschuss etablieren, der mit diktatorischen Vollmachten ausgestattet wurde.

Währenddessen bereitete die Thiers-Regierung den Sturm auf Paris vor. In die-



Auf den Barrikaden: Pariser Kommunisten

Foto: Bibliothèque historique de la Ville de Paris

PARISER KOMMUNE

Die „schönste Revolution der Weltgeschichte“

Der als Manifestationspunkt der Moderne geltende Aufstand vor 150 Jahren in der Seine-Metropole entsprach so viel mehr der marxistischen Lehre als die Sowjetunion und die Volksrepublik China

sem Zusammenhang wandte sie sich an den deutschen Reichskanzler Otto von Bismarck und bat um die Lockerung der Beschränkungen bezüglich der Stärke der französischen Armee im Vorfrieden von Versailles. Denn mit den zugestandenen 40.000 Mann wäre der Pariser Nationalgarde nicht so einfach beizukommen gewesen. Zwar umfasste die Nationalgarde ausschließlich auf dem Papier 200.000 Mann, aber auf immerhin bis zu 50.000 Kämpfer ist sie möglicherweise tatsächlich gekommen.

Die deutsche Seite entsprach dem Ersuchen von Thiers und entließ darüber hinaus eine beträchtliche Anzahl regulärer französischer Militärangehöriger vorzeitig aus der Kriegsgefangenschaft. Darunter auch der Marschall von Frankreich Patrice de Mac-Mahon, der das Kommando über die 170.000 Soldaten erhielt, die Anfang Mai 1871 zum Angriff auf Paris antraten. Dafür öffneten die deutschen Besatzer sogar extra ihren Belagerungsring um die französische Hauptstadt.

Das Deutsche Reich ergriff Partei

Als die Armee von Versailles am 21. Mai durch die Porte de Saint-Cloud in Paris einrückte, befahl die Führung der Kommune, alle öffentlichen Gebäude anzuzünden. Daraufhin wurden der Louvre, der Tuilerien-Palast, das Palais Royal, das Rathaus, die Polizeipräfektur, der Rechnungshof, der Justizpalast, das Zolllager und das Finanzministerium sowie die Paläste des Staatsrates und der Ehrenlegion in Brand gesetzt und dadurch teilweise auch zerstört.

Mac-Mahons Truppen gingen mit äußerster Härte gegen die Kommunisten

„Demokratie oder Diktatur, Rätssystem oder Parlamentarismus, Sozialismus oder Wohlfahrtskapitalismus, Säkularisierung, Volksbewaffnung, sogar Frauenemanzipation – alles das stand in diesen Tagen plötzlich auf der Tagesordnung“

Sebastian Haffner

deutsch-britischer Journalist, Publizist und Schriftsteller

vor, die bis zum Pfingstsonntag besiegt wurden. An jenem 28. Mai 1871 endete der gescheiterte Umsturz mit den letzten 147 Hinrichtungen von Aufständischen an der Mauer des Friedhofs von Père-Lachaise.

Die Opferbilanz der Zeit der Pariser Kommune fiel alles in allem relativ einseitig aus. Während der Niederschlagung der Erhebung starben einige tausend Kommunisten im Kampf oder im Rahmen standrechtlicher Exekutionen – die Zahl der so Getöteten wird auf 7000 bis 30.000 geschätzt. Dahingegen verzeichneten die Regierungstruppen 877 Gefallene und 183 Vermisste; dazu kamen rund 70 ermordete Geiseln. Im Gegensatz zu den später auf den Plan getretenen Revolutionären in Russland, China und anderswo standen die Kommunisten somit vergleichsweise wenig blutbefleckt da. Darüber, wie die Bilanz ausgefallen wäre, wenn die Kommunisten gesiegt hätten, lässt sich nur spekulieren.

Für ein vergleichsweise positives Image der Pariser Kommune sorgt gleichfalls, dass sie viel mehr dem Marxismus entsprach als die Sowjetunion und die Volksrepublik China. Denn gemäß dem Marxismus folgt der Sozialismus erst dem Kapitalismus und nicht schon dem Feudalismus. Russland und China waren bei der Machtübernahme der Kommunisten jedoch noch unterentwickelte Länder am Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus. Frankreich hingegen war vor 150 Jahren bereits durchkapitalisiert und eine der am weitesten entwickelten Industrienationen der Welt und insofern aus marxistischer Sicht ungleich reifer für eine sozialistische Revolution.

BALLINLASS INCIDENT

„Die Engländer schufen die Hungersnot“

Vor 175 Jahren fand im äußersten Westen Europas eine Katastrophe statt. Von 1845 bis 1849 herrschte in Irland die Große Hungersnot (Great Famine, An Gorta Mór). Sie kostete eine Million Menschen das Leben. Das waren etwa zwölf Prozent der irischen Bevölkerung. Zwei Millionen Iren gelang die Auswanderung. Seit 1997 erinnert in der irischen Hauptstadt Dublin das von Rowan Gillespie aus Bronze geschaffene Famine Monument an die Große Hungersnot.

Ausgelöst wurde die Katastrophe durch die aus Nordamerika eingeschleppte Kartoffelfäule. Dass diese in Irland zur Katastrophe führte, war jedoch Menschenwerk. Der irische Autor und Journalist John Mitchel formuliert es wie folgt: „Der Allmächtige, gewiss, sandte die Kartoffelfäule, aber die Engländer schufen die Hungersnot.“

Sie, die Engländer, übten seit dem 16. Jahrhundert in Irland die Herrschaft aus, und es waren englische Großgrundbesitzer, denen der Boden überwiegend gehörte. Die autochthonen Iren waren größtenteils nur Pächter vergleichsweise kleiner Parzellen. 45 Prozent der Pachtgrundstücke waren kleiner als fünf Morgen, etwa drei Hektar. Laut einer britischen Regierungskommission, welche die Zustände in Irland untersuchte, der sogenannten Devon-Kommission, waren jedoch mindestens acht Morgen zum Überleben notwendig. Viele konnten jedoch eine entsprechende Pacht nicht aufbringen. Diese war in Form von Getreide und Vieh zu bezahlen, das dann von den Großgrundbesitzern nach England oder ins Ausland verkauft wurde. So war selbst noch während weiter Teile der Großen Hungersnot Irland Nettoexportland von Nahrungsmitteln.



Famine Monument in Dublin

Viele Pächter konnten die geforderte Pacht nicht aufbringen und wurden vertrieben. Doch selbst Iren, die wohlhabend genug waren, die Pacht aufzubringen, waren ihres Fleckchens Erde nicht sicher. Manchen englischen Großgrundbesitzern reichte nämlich die Ausbeutung ihrer irischen Pächter nicht. Sie wollten lieber im großen Stile Vieh züchten. Den einen oder anderen Leser mag dieser Konflikt zwischen kleinen Landwirten, die den Acker bestellen wollen, und großen Viehzüchtern aus amerikanischen Westen bekannt vorkommen.

Jedenfalls war Marcella Gerrard eine solche Großgrundbesitzerin. Sie ließ das auf ihrem Grund und Boden liegende etwa 300 Einwohner zählende Dorf Ballinlass im westirischen County Galway räumen. Vor 175 Jahren, am 13. und 14. März 1846, vertrieb die Armee und Polizei die Iren und zerstörte deren Häuser, um eine Rückkehr zu verhindern. Dieser sogenannte Ballinlass Incident war nicht nur ein bedauernter Einzelfall. Insgesamt wurden Zehntausende Iren zu jener Zeit von ihrem Land vertrieben. Manuel Ruoff

VON WOLFGANG KAUFMANN

In ihrer letzten Neujahrsansprache verkündete Bundeskanzlerin Angela Merkel unter anderem: „Verschwörungstheorien sind nicht nur unwahr und gefährlich, sie sind auch zynisch und grausam.“ Damit demonstrierte sie abermals ihr Unvermögen, sich mit Realitäten auseinanderzusetzen. Verschwörungen gab und gibt es schließlich mehr als genug, daher haben Verschwörungstheorien durchaus ihre Berechtigung.

Natürlich resultierte der Mord an Gajus Julius Cäsar an den Iden des März im Jahre 44 v. Chr. aus einer Verschwörung. Selbstverständlich gab es die Pazzi-Verschwörung gegen die Familie der Medici, der am Ostersonntag 1478 Giuliano de' Medici zum Opfer fiel. Und ganz sicher stand auch die Watergate-Affäre, auf Grund derer der US-Präsident Richard Nixon am 9. August 1974 vorzeitig aus dem Amt scheiden musste, für eine waschechte Verschwörung. Oder nehmen wir neuere Beispiele wie den VW-Dieselskandal und die Ibiza-Affäre. Diese Liste ließe sich beliebig verlängern, ohne dass hierzu Geheimwissen nötig wäre.

Eine Verschwörung liegt letztendlich immer dann vor, wenn sich mehrere Personen auf konspirative Weise zusammenschließen, um etwas zu erreichen, was sie im offenen Kampf oder einem ebenso gesiterten wie transparenten Verfahren nicht zu erreichen hoffen – wobei das Ganze meist auf die Schädigung Dritter hinausläuft. Deshalb kennt das angelsächsische Recht auch den ausdrücklichen Straftatbestand der Verschwörung (Conspiracy). In Deutschland werden Verschwörungen gleichfalls juristisch verfolgt. Nur heißen sie offiziell nicht so. Vielmehr wird in solchen Fällen beispielsweise von der Bildung terroristischer oder krimineller Vereinigungen sowie bandenmäßigem Betrug gesprochen.

1967 bewusst ins Spiel gebracht

Es ist also völlig legitim und oftmals sogar dringend geboten, davon auszugehen, dass eine Verschwörung vorliegt. So wie das die bundesdeutschen Justizbehörden tun, wenn sie herauszufinden versuchen, ob es geheime Preisabsprachen zwischen Unternehmen zulasten ihrer Kunden gab oder Clan-Mitglieder sich zu Überfällen verabredeten. Nach der schlichten Logik der Kanzlerin handeln die Behörden damit allerdings zynisch und grausam.

Diejenigen, welche offen zugeben, dass sie Verschwörungen für möglich halten, und danach trachten, solche dann auch zu durchschauen, gelten hierzulande als Verschwörungstheoretiker – und sowohl die Politik als auch die staatsnahen Medien geben sich alle erdenkliche Mühe, die Betroffenen als entweder wahnhaft oder gar kriminelle beziehungsweise von



Der historische Klassiker einer politischen Verschwörung: Die Ermordung Cäsars 44 v. Chr., gemalt von Vincenzo Camuccini im Jahre 1804/05

Foto: Mauritius

VERSCHWÖRUNGSTHEORIEN

Hinter die Fassade blicken

Verschwörungen sind von Beginn an Teil der Menschheitsgeschichte. Sie zu benennen, ist kein Teufelszeug, sondern Zeugnis kritischen Denkens – Nur übertreiben sollte man es nicht

kommerziellen Interessen geleitete Persönlichkeiten hinzustellen. Damit folgt man praktisch dem Vorbild der Abteilung für psychologische Kriegführung des US-Geheimdienstes Central Intelligence Agency (CIA), der den Begriff „Verschwörungstheoretiker“ im Januar 1967 ins Spiel brachte, um damit sämtliche Menschen zu diskreditieren, welche partout nicht glauben wollten, dass der ehemalige Präsident John F. Kennedy gut drei Jahre zuvor dem Einzeltäter Lee Harvey Oswald zum Opfer gefallen sei.

Aber gerade das Beispiel des JFK-Attentats zeigt augenfällig, wie unklug es ist, auf ein kritisch hinterfragendes Denken zu verzichten und Verschwörungen von vornherein auszuschließen, als ob es nirgendwo auf der Welt verborgene Mächte gäbe. Natürlich sind manche Verschwörungen erfolgreicher als andere – und im Idealfall bleiben sie dann auch für immer geheim. Das kann jedoch kein

Argument gegen Verschwörungstheorien sein, denn zahlreiche andere konspirative Verabredungen zum Schaden Dritter sind schließlich schon aufgefliegen.

„Zufallstheorie“ als Alternative?

Wenn also jemand zu problematischen Denkweisen neigt, dann ist das wohl eher ein Mensch, der Verschwörungstheorien ablehnt, weil er nicht an die Möglichkeit von Verschwörungen glauben will. Dies ist letztlich ein Zeichen von Bequemlichkeit, Opportunismus und übermäßiger Vertrauensseligkeit.

Der Betreffende verhält sich quasi wie die berühmten drei Affen, welche für das Prinzip „Nichts sehen, nichts hören und nichts sagen“ stehen. Wer Verschwörungstheorien grundsätzlich für Unfug hält, nimmt das an der Oberfläche Sichtbare für die ganze Realität. Und wenn ihm doch einmal etwas als mysteriös erscheint, versucht er nicht, tiefer zu

graben, sondern den Faktor Zufall ins Spiel zu bringen.

Im Falle Cäsars würde das darauf hinauslaufen, die Verschwörung der Senatoren zu bestreiten und anzunehmen, der „Diktator auf Lebenszeit“ sei wohl ganz aus Versehen 23 Mal in die Dolche der friedfertigen Politiker gestolpert. Die Vertreter einer solchen Denkweise könnte man daher auch als „Zufallstheoretiker“ bezeichnen, welche sowohl mit der Logik als auch jeglicher allgemeiner Lebensweisheit auf Kriegsfuß stehen.

Das heißt aber keineswegs, dass die Verschwörungstheoretiker im Gegenzug vor Fehlern und Irrtümern gefeit sind. Um nicht alles zu glauben, was als „Wahrheit“ propagiert wird, braucht es Offenheit, Neugier und Hartnäckigkeit bei der Suche nach Fakten. Allerdings liegen auch Übersteigerungen im Bereich des Möglichen: Verschwörungstheoretiker können einen Hang zur Paranoia entwickeln und

hinter allem geheime Mächte wittern. Außerdem übertreiben sie es oft mit der Unterstellung von Zusammenhängen.

Wenn jemand verkündet, das Bargeld abschaffen zu wollen, während in China ein neues Coronavirus auftaucht, muss dies nicht automatisch bedeuten, dass der Bargeldgegner die Pandemie ausgelöst hat. Manche Dinge geschehen parallel und stehen trotzdem in absolut keinem Ursache-Wirkungs-Zusammenhang. Darüber hinaus haben viele Verschwörungstheoretiker ein recht negatives Weltbild. Wer bei jeder Gelegenheit dunkle Mächte am Werke sieht, kann zum chronisch depressiven Misanthropen werden.

Der Königsweg liegt daher darin, nicht naiv zu sein und wachsam-kritisch zu bleiben, ohne aber in unangebrachte Extremes zu verfallen. Denn Verschwörungen sind weder Phantasieprodukte noch allgegenwärtig.

GEBURTEN

Ungewollte Kinderlosigkeit wird zum Massenproblem

Immer mehr Paaren bleibt der gewünschte Nachwuchs versagt: Experten fordern bessere Ursachenforschung und Gegenmaßnahmen

In der Bundesrepublik Deutschland bleibt mittlerweile jedes achte heterosexuelle Paar ungewollt kinderlos, was ein demographisches Desaster darstellt. Dennoch gilt das Ganze als „Luxusproblem“ – mit der Konsequenz, dass die Reproduktionsmedizin hierzulande zur Orchideen-Disziplin herabgewürdigt wird. Dies veranlasste eine Gruppe von neun Wissenschaftlern um Professor Jörg Gromoll vom Centre of Reproductive Medicine and Andrology (CeRA) der Universität Münster, das „Essener Manifest zur Förderung der Reproduktionsforschung in Deutschland“ zu verabschieden.

In dem Papier, welches aufgrund der Corona-Krise leider kaum mediale Auf-

merksamkeit erhielt, beklagen die Unterzeichner im Namen von 70 weiteren Fachkollegen den desolaten Zustand der Reproduktionsmedizin: Auf diesem Gebiet „liegt Deutschland abgeschlagen weit hinter der Weltspitze“. Das resultiert unter anderem aus dem Abbau von entsprechenden Professorenstellen, der Schließung von Instituten und der Inaktivität des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, was „den Aufbau nachhaltiger Strukturen“ und „übergreifender Forschungsverbände mit dem Schwerpunkt Reproduktion“ betreffe.

Was führt zur Unfruchtbarkeit?

Dabei sei es äußerst dringend nötig, nach den Ursachen für die abnehmende Frucht-

barkeit hierzulande zu suchen. Liegt es an sozioökonomischen Faktoren wie der zunehmend üblichen Hinausschiebung des Kinderwunsches in höhere Lebensjahre und der Zunahme von Wohlstandskrankheiten? Oder an endokrinen Faktoren wie etwa einer wachsenden Schadstoffbelastung?

Darüber hinaus sprechen die Verfasser des Essener Manifests noch ein anderes Problem an. Mittlerweile kämen in Deutschland bereits vier Prozent aller Kinder infolge künstlicher Befruchtung auf die Welt. Deshalb müsse man sich auch mit den Risiken solcher Reproduktionsmethoden befassen. Es gebe jedoch überhaupt noch keine belastbaren wis-

senschaftlichen Erkenntnisse über mögliche gesundheitliche Schäden bei dem auf diese Weise entstandenen Nachwuchs, nur ernst zu nehmende Hinweise auf das verstärkte Auftreten von Herzkreislauf- und Krebskrankungen. Immerhin würden bei der künstlichen Befruchtung ja natürliche Selektionsprozesse zwecks Auswahl von geeigneten Spermien und Eizellen umgangen. Und wie stehe es eigentlich mit der Fertilität der so Gezeugten?

„Ziel höchsten Ranges“

All dies – so die Mediziner – sei von gravierender Bedeutung: Ohne ein ausreichendes Maß an Reproduktion und intakten Nachkommen könne unser Land

schweren Schaden erleiden. Deshalb müsse sich endlich die Erkenntnis durchsetzen, dass „die Erhaltung und Erforschung der reproduktiven Gesundheit von übergeordnetem gesellschaftlichen Interesse und ein medizinisches Ziel höchsten Ranges ist.“

Es bleibt abzuwarten, ob und wie die Politik auf das Manifest reagieren wird. Möglicherweise betrachtet man die Einwanderung ja weiterhin als den besten Weg zur Bewältigung demographischer Probleme. Und ein Abbau der inzwischen bereits um die 185 Gender-Lehrstühle zugunsten der Schaffung von Professorenstellen in der Reproduktionsmedizin dürfte wohl auch nicht zur Debatte stehen. W.K.



KÖNIGSBERGER GEBIET

Preise schießen durch die Decke

Lebensmittel bis zu 60 Prozent teurer – Nordostpreußen spürt einmal mehr seine Lage als Exklave

VON JURIJ TSCHERNYSCHEW

Die Inflation steigt im Königsberger Gebiet stärker als in anderen Regionen der Russischen Föderation. So lagen die Preise für Lebensmittel im Januar um sieben Prozent über dem Niveau des Vergleichsmonats des Vorjahres. Es war der höchste Preissprung in den letzten fünf Jahren.

Es gibt eine Reihe von Produkten des täglichen Bedarfs, bei denen die Kostensteigerung sogar im zweistelligen Bereich liegt. So verteuerten sich Zucker um 64 Prozent, Sonnenblumenöl um 27 Prozent, Getreide und Eier um etwa 20 Prozent sowie Nudeln um 13 Prozent. Kartoffeln sind spürbar teurer geworden – für sie müssen die Verbraucher etwa 20 Prozent mehr berappen. Ebenso gehören Tomaten, Weintrauben, Knoblauch, Zwiebeln, Buchweizen, Rüben und Möhren zu den Spitzenreitern bei der Preisentwicklung. In der Folge geben immer mehr Familien einen erheblichen Teil ihres Monatseinkommens für Lebensmittel aus.

Und das, obwohl die Regierung im Dezember 2020 eine Preisregulierung für genau diese Produkte eingeführt hat. Nach Ansicht von Experten ist der Grund für die höheren Preise trotz Deckelung, dass die staatliche Regulierung zu einem Ungleichgewicht von Angebot und Nachfrage und infolgedessen zu Engpässen und Preisspitzen führt.

Preisdeckel blieb wirkungslos

Das Landwirtschaftsministerium und das Antimonopolkomitee in Moskau haben im Dezember Sondervereinbarungen mit Produzenten und Einzelhandelsketten über die Regulierung der Zucker- und Ölpreise bis zum 1. April 2021 abgeschlossen. Den regionalen Behörden wurde jedoch die Möglichkeit eingeräumt, den Höchstpreis für diese Produkte selbst festzulegen. Dabei wurde die besondere geografische Lage des Königsberger Gebiets berücksichtigt. Die Schließung der Grenzen im Zusammenhang mit der Pandemie und die ver-



Volle Regale und leere Einkaufswagen: Vor allem Menschen mit niedrigen Einkommen können sich immer weniger leisten

stärkte Kontrolle dort ermöglichen keine schnelle Lieferung von Waren über die Grenzübergänge in die Region.

Daher lag im Königsberger Gebiet die Obergrenze der regulierten Preise etwas höher als im nationalen Durchschnitt. Ende Dezember begannen die Einzelhändler, Zucker und Sonnenblumenöl zu Sonderpreisen zu verkaufen, die in etwa denen im Rest der Russischen Föderation entsprachen. Die Höchstpreise für die Region wurden mit umgerechnet 0,68 Euro beziehungsweise rund 1,40 Euro angekündigt. Die Regierung erklärte den anhaltenden Preisanstieg mit dem schwächer werdenden Rubel, den sinkenden Erträgen wichtiger Feldfrüchte und dem Wunsch vieler Länder, die Produkte nach Russland importieren, eigene Reserven für die instabile Zeit der Pandemie anzulegen.

Die größte Belastung für ihr monatliches Einkommen haben die Rentner. Ein erheblicher Teil von ihnen arbeitet weiter-

hin als Selbstständige oder Angestellte. Ohne zusätzliche Einnahmen würden sie nicht über die Runden kommen. Berufstätige Rentner müssen auch weiterhin Steuern und Sozialbeiträge an die Renten- und Krankenkasse zahlen. Gleichzeitig wird die Höhe ihrer Rente im Gegensatz zu nicht erwerbstätigen Rentnern nicht indiziert, das heißt, sie wird nicht an die Marktentwicklung angepasst und steigt nicht proportional zur allgemeinen Preisentwicklung. In letzter Zeit wird darüber diskutiert, ob dies ungerecht sei, insbesondere in der aktuellen Situation. Die Regierung arbeitet derzeit an Möglichkeiten, wie die Anpassung der Renten für arbeitende Rentner wieder aufgenommen werden kann.

Eine weitere alarmierende Tatsache ist, dass im nördlichen Ostpreußen der rasanteste Anstieg des Anteils säumiger Konsumentenkredite in der gesamten Föderation zu verzeichnen ist. Die Verschul-

dung der Bürger im Gebiet durch Hypothekendarlehen ist fast um die Hälfte gestiegen. Einerseits wird die finanzielle Situation der Familien immer instabiler, andererseits haben die Senkung der Kreditzinsen und die Einführung von Vorzugshypotheken für den Erwerb von Wohnraum in ländlichen Gebieten zu einem rasanten Anstieg der Zahl neuer Immobilienkredite geführt.

Arbeitslos und überschuldet

In der Zwischenzeit sind aber die Lebensmittelpreise in der Russischen Föderation etwa achtmal so stark gestiegen wie durchschnittlich in der Europäischen Union. Im Laufe eines Jahres hat sich die Zahl der offiziell registrierten Arbeitslosen im Königsberger Gebiet um das Achtfache erhöht. Nur ein Viertel derjenigen, die sich bei der regionalen Arbeitslosenvermittlung als arbeitssuchend meldeten, konnte eine neue Stelle finden.

MELDUNGEN

Frauenburg erhält Zuschuss

Frauenburg – Die Stadt Frauenburg erhält vom Ministerium für Kultur und das nationale Erbe einen Zuschuss in Höhe von umgerechnet 415.000 Euro für die Rettung von Denkmälern. Die geplanten Arbeiten betreffen die Konservierung denkmalwürdiger Elemente des Doms sowie die Dach-Renovierung des Kustos-Gebäudes. Seit Mitte des 19. Jahrhunderts ist es die erste Konservierung am Frauenburger Dom. Auch der Glockenturm soll restauriert werden. Das gesamte Domgelände zählt als historisches Denkmal. Es befindet sich unter den 109 ausgezeichneten Denkmälern der Republik Polen. Als historisch wird in Polen ein Denkmal bezeichnet, das für die kulturelle Bedeutung des gesamten Landes steht. Aus dem südlichen Ostpreußen wurden beim Ministerium für Kultur und das nationale Erbe 27 Anträge mit einer Gesamtsumme von umgerechnet über 1,3 Millionen Euro eingereicht. PAZ

Bahnausbau geplant

Braunsberg – Die Polnischen Staatsbahnen (PKP) haben eine öffentliche Befragung zur Wiederherstellung der Eisenbahn-Verbindung auf dem Abschnitt der Linie 204 Braunsberg–Güldenboden (bei Elbing)–Marienburg durchgeführt, um zu erfahren, ob die Einwohner eine solche Verbindung nutzen werden. Geplant ist der Umbau der Gleise auf der Trasse Braunsberg nach Marienburg. Die Bahn will zusätzlich ein Gleis zwischen Güldenboden und Braunsberg auf einer Länge von etwa 40 Kilometern bauen, damit die Trasse Marienburg–Braunsberg zweigleisig bedient werden kann. Das soll die Linien verbessern und begradigen, sodass mehr Züge durchfahren können. Die Einwohner konnten einen Fragebogen ausfüllen oder an einer online-Befragung teilnehmen. PAZ

ALLENSTEIN

Eine preußische Kaserne wird zum Kinderhospiz

Der örtliche Caritasverband kaufte das ehemalige Militärgelände – Letzte Station für unheilbar kranke Minderjährige

In Allenstein gibt es mehrere preußische Kasernen. Die meisten Gebäude wurden in den 1880er Jahren und einige im frühen 20. Jahrhundert errichtet. Die erste Kaserne wurde 1884 in der Kasernenstraße, in der Nähe des heutigen Westbahnhofs, gebaut. Dort war ein Schützenbataillon untergebracht.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden die Kasernengebäude in Wohnungen umgewandelt und in den 1980er Jahren zum Teil abgerissen. Erhalten geblieben sind die damals von Schützen genutzten Gebäude. Sie dienten als Wachhäuser und drohten später zu verfallen. Dank der Zusammenarbeit mit den städtischen Behörden gelang es dem örtlichen Caritasverband, die Immobilien zu erwerben, um ein Kinderhospiz zu errichten. Im Rahmen der Umgestaltung wurde das Gebäude um einen erdgeschossigen Eingangsbereich und eine Kapelle erweitert. Die



Kaserne mit Anbau: Heutiges Caritas-Gebäude in der Kasernenstraße

Foto: D.K.

historischen Halterungen für die Strom- und Telegrafleitungen wurden für die Beleuchtung der Fassade genutzt. Außerdem wurden die Fundamente vertieft und Unterkellerungen vorgenommen sowie eine umfassende Innenrenovierung mit der Installation der notwendigen Versorgungsleitungen durchgeführt. Derzeit laufen die Endarbeiten.

Die Idee eines stationären Kinderhospizes entstand bereits vor einigen Jahren. Pawel Zięba, Direktor der Caritas der Erzdiozese Ermland, sagte: „Wir sind wie eine Familie für sie. Sie stehen unter unserer ständigen Obhut. Seit mehr als einem Dutzend Jahren besuchen die gleichen Ärzte und Krankenschwestern unsere Patienten.“ Jährlich betreut die Hilfsstiftung etwa 70 Kinder, die trotz schwerer Erkrankungen zu Hause bleiben. Diese Form der Betreuung wird als häusliche Hospizpflege bezeichnet und ermöglicht es den

Patienten, ihren Lebensabend zu Hause statt im Krankenhaus zu verbringen.

Die Zeit kurz nach der Entlassung aus dem Krankenhaus, wenn die Familie lernt, wie man ein krankes Kind pflegt, die Zeit der Gesundheits- und Entwicklungskrisen oder die letzten Lebensmonate des Kindes, wenn es sehr intensiv betreut werden muss, sind Zeiten, zu denen eine stationäre Rund-um-die-Uhr-Betreuung unerlässlich wird. Bislang gab es im südlichen Ostpreußen keine solche Einrichtung. Deshalb ist das Hospiz vor allem für die Allensteiner Patienten, aber auch für solche von außerhalb der Region bestimmt. Die Einrichtung wird auch Kurzzeitpflege anbieten, damit Familien sich um andere Angelegenheiten kümmern oder für eine Weile wegfahren können. Das Hospiz wird auch ein Ort sein, um freiwillige Pfleger zu schulen.

David Kazański

Wir gratulieren...



ZUM 100. GEBURTSTAG

Berghoff, Elisabeth, geb. **Kuschinski**, aus Wenzbach, Kreis Ebenrode, am 14. März
Sagromski, Lydia, aus Leinau, Kreis Ortelsburg, am 14. März

ZUM 99. GEBURTSTAG

Gysbers, Herta, geb. **Hagenbach**, aus Klein Engelau, Kreis Wehlau, am 18. März
Litzner, Gertrud, geb. **Kramer**, aus Milken, Kreis Lötzen, am 17. März
Paulus, Anna, geb. **Czeslik**, aus Lindenfließ, Kreis Lyck, am 12. März
Wiekling, Helene, geb. **Robatzek**, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 17. März

ZUM 98. GEBURTSTAG

Otto, Hildegard, geb. **Schwesig**, aus Wehlau, am 16. März
Schultz, Elfriede, geb. **Denda**, aus Burdungen, Kreis Neidenburg, am 12. März

ZUM 97. GEBURTSTAG

Dannat, Liesbeth, geb. **Jebramek**, aus Langheide, Kreis Lyck, am 18. März

Gutthatt, Helmut, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 15. März
Saß, Margarete, geb. **Klemusch**, aus Fuchshügel, Kreis Wehlau, am 15. März
Schmitz, Frieda, geb. **Schwarz**, aus Blumental, Kreis Lyck, am 13. März

ZUM 96. GEBURTSTAG

Holuba, Renate, geb. **Kirschnick**, aus Birkenwalde, Kreis Lyck, am 12. März
Nickel, Christel, geb. **Hömke**, aus Fischhausen, am 17. März
Vogl, Helga, geb. **Jankowski**, aus Graiwen, Kreis Lötzen, am 15. März

ZUM 95. GEBURTSTAG

Bothe, Erika, geb. **Kraft**, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 18. März
Daschkey, Paul, aus Mulden, Kreis Lyck, am 17. März
Falk, Ruth, geb. **Christochowitz**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 15. März
Hoffmann, Hannelore, geb. **Warnat**, aus Lyck, am 14. März
Hofmann, Erika, geb. **Ballnus**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 12. März
Klause, Ega, geb. **Freude**, aus Groß Hanswalde, Kreis Mohrunge, am 14. März
Lojewski, Siegfried, aus Schareiken, Kreis Treuburg, am 15. März
Pietruck, Horst, aus Treuburg, am 15. März
Schulz, Margarete, geb. **Freiwald**, aus Lyck, am 14. März
Sültemeyer, Else, geb. **Roziewski**, aus Saiden, Kreis Treuburg, am 16. März

ZUM 94. GEBURTSTAG

Dombrowski, Herbert, aus Lyck, Bahnhofstraße 1, am 13. März
Gunia, Irene, geb. **Hanke**, aus Großheidekrug, Kreis Fischhausen, am 12. März
Mattke, Richard, aus Kreuzborn, Kreis Lyck, am 12. März
Ott, Trude, geb. **Homp**, aus Großheidekrug, Kreis Fischhausen, am 16. März
Schoen, Ruth, geb. **Gregorzik**, aus Gut Klein Grabnick, Kreis Sensburg, am 13. März

ZUM 93. GEBURTSTAG

Bierkandt, Ruth, geb. **Wehowski**, aus Grünhayn, Kreis Wehlau, am 14. März
Budzinski, Harry, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 15. März

Kienzle, Horst, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 83, am 18. März
Lork, Erich, aus Fröhlichshof, Kreis Ortelsburg, am 14. März
Meyer, Waltraut, geb. **Ollech**, aus Samplatten, Kreis Ortelsburg, am 17. März
Robitzki, Erna, geb. **Lütje**, aus Groß Engelau, Kreis Wehlau, am 16. März
Schmidt, Margarete, aus Lyck, Deutsche Straße 2, am 18. März
Schumann, Helmut, aus Rodebach, Kreis Ebenrode, am 12. März
Zywulska, Leokadia, aus Lyck, am 18. März

ZUM 92. GEBURTSTAG

Baehr, Margarete, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 18. März
Brückner, Waltraud, geb. **Schönherr**, aus Lötzen, am 17. März
Kohn, Waltraut, geb. **Kehlert**, aus Langenhöh, Kreis Lyck, am 16. März
Piachnow, Gerda, geb. **Kahlau**, aus Backeln, Kreis Fischhausen, am 14. März
Pyko, Heinz, aus Wiesenhöhe, Kreis Treuburg, am 13. März
Schlüter, Ingeborg, geb. **Hein**, aus Treuburg, am 17. März
Schmidtke, Waltraud, geb. **Kolberg**, aus Erlental, Kreis Treuburg, am 16. März
Schönholz, Gudrun, aus Lyck, am 17. März
Steinke, Anneliese, geb. **Kirschnick**, aus Sorthenen, Kreis Fischhausen, am 14. März

ZUM 91. GEBURTSTAG

Bauer, Gerti, geb. **Lucka**, aus Haasenbergr, Kreis Ortelsburg, am 12. März
David, Hedwig, geb. **Ziegler**, aus Lyck, am 17. März
Dudek, Erika, geb. **Struppek**, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, am 18. März
Fischer, Waltraut, geb. **Kuhr**, aus Dünen, Kreis Elchniederung, am 14. März
Föllscher, Gerda, geb. **Dumschat**, aus Ebenrode, am 12. März
Hille, Gerhard, aus Neidenburg, am 13. März
Köhler, Ilse, geb. **Arband**, aus Starkenberg, Kreis Wehlau, am 18. März
Kokon, Reinhold, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 18. März
Loosen, Maria, geb. **Meyer**, aus Bartenhof, Kreis Wehlau, am 12. März

Mielenz, Irmgard, geb. **Kudritzki**, aus Schönhorst, Kreis Lyck, am 12. März
Muscheites, Hans-Jürgen, aus Lyck, am 14. März
Nagorny, Gerda, aus Gailau, Kreis Lyck, am 16. März
Radtke, Erwin, aus Motitten, Kreis Mohrunge, am 18. März
Riekewald, Günter, aus Lyck, am 14. März
Salomon, Edeltraud, geb. **Dommel**, aus Milken, Kreis Lötzen, am 14. März
Schlasze, Christel, geb. **Waschk**, aus Grenzdamm, Kreis Neidenburg, am 18. März
Smaka, Waldemar, aus Markau, Kreis Treuburg, am 12. März
Steinmann, Johanna, geb. **Osenger**, aus Millau, Kreis Lyck, am 16. März
Urbschat, Maria, geb. **Dargus**, aus Wehlau, am 18. März
Utke, Ursula, geb. **Schulz**, aus Rotwalde, Kreis Lötzen, am 18. März
Wysozki, Irmgard, geb. **Jendral**, aus Neidenburg, am 18. März
Zywietz, Werner, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, am 14. März

ZUM 90. GEBURTSTAG

Bendick, Reinhard, aus Wehlau, am 14. März
Berger, Else, geb. **Grüner**, aus Sa-reiken, Kreis Lyck, am 13. März
Block, Siegfried, aus Altenkirch, Kreis Tilsit-Ragnit, am 18. März
Brötje, Katharina, geb. **Kuhr**, aus Loye, Kreis Elchniederung, am 16. März
Enseleit, Siegfried, aus Gutsfelde, Kreis Elchniederung, am 15. März
Erbuth, Reinhold, aus Bolken, Kreis Treuburg, am 15. März
Fischkal, Edith, geb. **Mankau**, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 13. März
Fröhlich, Ingrid, geb. **Leinert**, aus Wittken, Kreis Elchniederung, am 15. März
Granz, Kurt, aus Lank, Kreis Heiligenbeil, am 13. März
Hein, Hannelore, geb. **Meller**, aus Diewens, Kreis Fischhausen, am 17. März
Hopp, Bruno, aus Wehlau, am 12. März
Koepke, Wolfgang, aus Mohrunge, am 12. März
Krehbiel, Elsbeth, geb. **Möbius**, aus Grünlinde, Kreis Wehlau, am 12. März
Kurpjuhn, Otto, aus Eibenau, Kreis Treuburg, am 12. März
Mandel, Hans-Jürgen, aus Treuburg, am 16. März

Neubert, Ulla, geb. **Willamowius**, aus Königsberg, Juditter Allee 123, am 9. Februar
Rudz, Else, geb. **Malinka**, aus Neuendorf, Kreis Treuburg, am 14. März
Ruske, Edith, geb. **Maczeyzik**, aus Heldenfelde, Kreis Lyck, am 12. März
Schröder, Christel, aus Thierenberg, Kreis Fischhausen, am 13. März
Sonntag, Günter, aus Lyck, am 13. März
Waschull, Ferdinand-Willi, aus Rosenheide, Kreis Lyck, am 16. März
Weier, Werner, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 16. März
Wielk, Gerhard, aus Prostken, Kreis Lyck, am 13. März
Wischnat, Gerhard, aus Ebenrode, am 15. März

ZUM 85. GEBURTSTAG

Brandenburg, Gertraud, geb. **Blank**, aus Wachteldorf, Kreis Lyck, am 12. März
Ciesla, Reintraut, geb. **Wnuk**, aus Mingfen, Kreis Ortelsburg, am 12. März
Fischer, Herbert, aus Lyck, am 12. März
Frontzkowski, Werner, aus Schönhöhe, Kreis Ortelsburg, am 16. März
Fuchs, Gertrud, geb. **Lücke**, aus Poppendorf, Kreis Wehlau, am 12. März
Hansen, Gisela, geb. **Markowski**, aus Groß Hubnicken, Kreis Fischhausen, am 17. März
Hupfauer, Hedwig, geb. **Nowottka**, aus Kornau, Kreis Ortelsburg, am 18. März
Jessat, Heinz, aus Krähenwalde, Kreis Ebenrode, am 17. März
Klimmek, Klaus, aus Ortelsburg, am 18. März
Knigge, Ekkehard, aus Lötzen, am 15. März
Lach, Ewald, aus Giersfelde, Kreis Lyck, am 16. März
Macknow, Christa, geb. **Dietrich**, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 14. März
Maurer, Wilhelm, aus Lyck, am 16. März
Müller, Inge, geb. **Artschwager**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 16. März
Pauschert, Ingrid, geb. **Hedrich**, aus Schanzenort, Kreis Ebenrode, am 18. März
Perbrandt, Joachim, aus Langendorf, Kreis Wehlau, am 18. März
Rosmanek, Gertrud, geb. **Lichtenstein**, aus Montwitz, Kreis Ortelsburg, am 12. März

Schlicht, Eberhard, aus Gartenstadt Stablack, Kreis Preußisch-Eylau, am 16. März
Sentek, Bernhard, aus Klein Rauschen, Kreis Lyck, am 18. März
Wernik, Helmut, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 12. März
Zielasko, Helene, geb. **Makoschey**, aus Regeln, Kreis Lyck, am 15. März
Zimmermann, Dieter, aus Ebenrode, am 18. März

ZUM 80. GEBURTSTAG

Arbeiter, Silvin, geb. **Michael**, aus Mohrunge, am 15. März
Bünger, Ingrid, geb. **Koselke**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 12. März
Handtke, Sabine, geb. **Symannek**, aus Ortelsburg, am 17. März
Kandler, Reintraut, geb. **Burchert**, aus Elbing, am 6. März
Kluth, Brigitte, geb. **Syffus**, aus Lötzen, am 14. März
Lange, Traute, geb. **Schlisio**, aus Klein Engelau, Kreis Wehlau, am 16. März
Lundschiene, Heinz, aus Dünen, Kreis Elchniederung, am 18. März
Menge, Anita, geb. **Heimler**, aus Parnehen, Kreis Wehlau, am 12. März
Mumm, Hannelore, geb. **Kühn**, aus Plein, Kreis Elchniederung, am 16. März
Podlech, Renate, aus Boyden, Kreis Mohrunge, am 16. März
Reinoß, Anneliese, geb. **Nachstedt**, aus Schwarzberge, Kreis Lyck, am 14. März
Riemann, Gerhard, aus Grünlinde, Kreis Wehlau, am 12. März
Schlisio, Gerd, aus Klein Engelau, Kreis Wehlau, am 16. März
Schmalenberger, Ruth, geb. **Duddek**, aus Gorlau, Kreis Lyck, am 18. März
Schmidt, Rainer, aus Stettin, am 16. März
Soltau, Brüne, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 12. März
Wald, Fredy, aus Strobjehnen, Kreis Fischhausen, am 18. März

ZUM 75. GEBURTSTAG

Kokot, Dieter, aus Wehlau, am 14. März

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimarbeit“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt.

Der Veröffentlichung können Sie jederzeit bei der Landsmannschaft widersprechen.

Landsmannschaft Ostpreußen e.V.
 Buchtstraße 4
 22087 Hamburg
 E-Mail: info@ostpreussen.de

Weitere Informationen unter: www.ostpreussen.de

Kontakt

Angela Selke
 Telefon (040) 4140080
 E-Mail: selke@paz.de

Termine der Landsmannschaft Ostpreußen 2021

20./21. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Helmstedt (geschlossener Teilnehmerkreis)

16. bis 18. April: Kulturseminar in Helmstedt

24./25. April: Arbeitstagung Deutsche Vereine in Sensburg (geschlossener Teilnehmerkreis)

19. Juni: Ostpreußisches Sommerfest im südlichen Ostpreußen

25. bis 27. Juni: Ostpreußische Sommerolympiade in Heilsberg

24. bis 26. September: Geschichtsseminar in Helmstedt

11. bis 17. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
16./17. Oktober: 13. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein (geschlossener Teilnehmerkreis)

5. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden (geschlossener Teilnehmerkreis)

6./7. November: Ostpreußische Landesvertretung (geschlossener Teilnehmerkreis)

7./10. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

Das **Jahrestreffen der Ostpreußen** am 5. Juni in Wolfsburg ist abgesagt, da die Wolfsburger Stadthalle als Impfzentrum genutzt wird. Der neue Termin ist der **11. Juni 2022**.

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft. Sie können unsere Arbeit dauerhaft unterstützen, indem Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) werden. Dabei ist es gleichviel, ob Sie in Ostpreußen geboren sind oder ostpreußische Vorfahren haben. Uns ist jeder willkommen, der sich für Ostpreußen interessiert und die Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen unterstützen möchte. Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei

Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die Einrichtungen der Landsmannschaft und ihre Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten Einladungen zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundes-

geschäftsstelle in Hamburg. Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf der Webseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an: Landsmannschaft Ostpreußen Herrn Bundesgeschäftsführer Dr. Sebastian Husen Buchtstraße 4 22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Jostenband Foto: LO

schaften Ostpreußen und Westpreußen, die Corona-Pandemie hat uns noch immer im Griff. Unsere ganzen Lebensgewohnheiten sind dadurch sehr eingeschränkt. Dies betrifft auch das gesamte Vereinsleben. Die Ministerpräsidentenkonferenz mit Angela Merkel hat am 3. März dem öffentlichen Druck nachgegeben und weitgehende Öffnungsschritte vereinbart, allerdings ist das Vereinsleben und kulturelle Veranstaltungen davon noch immer nicht betroffen. Das Haus der Heimat in Stuttgart ist geschlossen, sodass auch der geplante Ostermarkt am 13. März nicht stattfinden kann. Der BdV plant am 5. Juni 2021 einen „Ostdeutschen Markt“ durchzuführen, Voraussetzung ist allerdings, dass das Haus der Heimat wieder geöffnet ist. In der Hoffnung, dass wir uns in einigen Wochen wieder zu einer kulturellen Veranstaltung treffen können, wünsche ich Ihnen gute Gesundheit und verbleibe mit besten Grüßen. Uta Lüttich

Bund Junges Ostpreußen
Vorsitzender: Tobias Link
Gst.: Buchtstr. 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 4140080, E-Mail: kontakt@junge-ostpreussen.de, www.junge-ostpreussen.de

Medien und unserem Discord-Server (https://discord.gg/6tngKPCv5h). Wir freuen uns auf Eure Teilnahme.

Baden-Württemberg
Vorsitzende: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart Tel.: 0711 - 85 40 93, uta.luetlich@web.de **Geschäftsstelle:** Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, 2. Stock, Zimmer 219 (Sprechstunden nach Vereinbarung)

Großer Spieleabend
 Freitag, 12. März, 20 Uhr, BJO-Discord-Server: Virtueller Spieleabend. Veranstaltet wird dieser Abend von der AG Soziale Medien und die AG Veranstaltungen im Bund Junges Ostpreußen. Gespielt werden unter anderem „Among Us“, das ist eine digitale Abwandlung des Spiels „Werwolf“, und „skribbli.io“, bei dem Begriffe gezeichnet und erraten werden müssen. Weitere Informationen folgen auf unseren Kanälen der Sozialen

Ostdeutscher Markt Stuttgart. Sonnabend, 5. Juni, Haus der Heimat: Ostdeutscher Markt des BdV. Liebe Vorstände, liebe Landsleute der Landsmann-

Übermenschliche Leistung

Pressemitteilung der Beauftragten der Bayerischen Staatsregierung für Aussiedler und Vertriebene

Anlässlich des Weltfrauentages würdigte die Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung für Aussiedler und Vertriebene, Sylvia Stierstorfer, MdL, die Leistungen, das Engagement und die Empathie, mit denen die Frauen, die nach dem Zweiten Weltkrieg aus ihrer Heimat vertrieben wurden oder später als Aussiedlerinnen zu uns kamen, die großen Probleme jener Zeit bewältigt, ihre Familien zusammengehalten, zum Wiederaufbau Bayerns beigetragen und sich erfolgreich in die Gesellschaft eingegliedert haben.

„Was die Frauen damals geschafft haben, ist gar nicht hoch genug einzuschätzen. Sie hatten viel gesehen und erlebt, waren brutaler Gewalt ausgesetzt, wurden oft von ihren Angehörigen getrennt oder zur Zwangsarbeit verschleppt. Trotz dieser traumatischen Erfahrungen haben

sie sich nicht unterkriegen lassen“, so die Beauftragte.

Um diese außergewöhnlichen Leistungen angemessen zu würdigen, plant Stierstorfer, sich gemeinsam mit Vertreterinnen der Landsmannschaften verstärkt mit der Rolle und dem Schicksal von Frauen und Kindern während und nach der Vertreibung auseinanderzusetzen. „Ich möchte hier einen Gesprächskreis einrichten“, so die Beauftragte, „denn viel zu lange wurde darüber geschwiegen, was die Frauen während Flucht und Vertreibung erdulden mussten und wie zentral ihre Rolle dafür war, dass ihre Familien in Bayern erfolgreich angekommen sind“. Den vertriebenen Frauen und Aussiedlerinnen gebühre Wertschätzung und eine Würdigung ihres Schicksals.

Gesprächskreis einrichten

Bei dieser Gelegenheit erinnerte Stierstorfer auch daran, welche bedeutende Frauen aus den deutschen Siedlungsgebieten in Ostmittel- und Südosteuropa

stammen. „Leider wissen die meisten Menschen heute gar nicht mehr, wo diese Frauen ihre Wurzeln haben. Dabei haben sie Weltruhm erlangt“, so die Stimmkreisabgeordnete aus dem Landkreis Regensburg.

„Ich denke da an die Literaturnobelpreisträgerin Herta Müller aus dem Banat, die auf eindringliche und berührende Weise über das Leben unter einem kommunistischen Regime geschrieben hat. Oder an die deutschböhmisches Friedensnobelpreisträgerin Bertha von Suttner, die sich zeitlebens für den Frieden eingesetzt hat, und an die herausragende Publizistin, ZEIT-Mitherausgeberin und Friedenspreisträgerin Marion Gräfin Dönhoff aus Ostpreußen“.

Aber auch im Entertainment sind deutsche Frauen mit Wurzeln im östlichen Europa nicht wegzudenken. „Die erfolgreiche Schauspielerin Hanna Schygulla stammt aus Schlesien und die bekannte Sängerin Helene Fischer hat russlanddeutsche Wurzeln“, ergänzte Stierstorfer.

MICHAEL WIECK

Trauer um einen Königsberger

„Er liebt seine Stadt Königsberg; Ferienreisen zur Nehrung oder an die samländische Küste sind für ihn höchstes Glück“, so schreibt Siegfried Lenz über den Musiker und Autoren Michael Wieck. Am 27. Februar verstarb der Träger des Bundesverdienstkreuzes am Bande mit 92 Jahren.

In Königsberg wurde Wieck am 19. Juli 1928 geboren und jüdisch erzogen. Er und seine Mutter ver-

ließen 1948 als vorläufig letzte Juden die ostpreußische Hauptstadt mit ihrer bis dahin über 400 Jahre alten jüdischen Geschichte.

Seine Autobiografie erzählt Wieck in seinem Buch „Zeugnis vom Untergang. Ein ‚Geltungsjude‘ berichtet“, für das Siegfried Lenz das Vorwort verfasst hat, aus dem das oben genannte Zitat stammt.

Wieck sprach offen und klar über diese Schreckenszeit, wovon

man sich auf dem YouTube-Kanal des Zeitzeugenportals überzeugen kann. Die Kunst, insbesondere die Musik spendete ihm gegen die Anfeindungen, die Schikane und in dem ganzen Leid Trost und Hoffnung. Folglich ist es nicht verwunderlich, dass er nach seiner „Ausreise“ in Berlin Geige studiert und in Stuttgart im Kammerorchester gewirkt hat, später im Radio-Sinfonieorchester. CRS



Zusendungen für die Ausgabe 12/2021

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 12/2021 (Erstverkaufstag 26. März) bis spätestens Dienstag, den 16. März,

an die Redaktion der PAZ: E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 168 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: _____
 Vorname: _____
 Straße/Nr.: _____
 PLZ/Ort: _____
 Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
 Bank: _____
 Datum, Unterschrift: _____

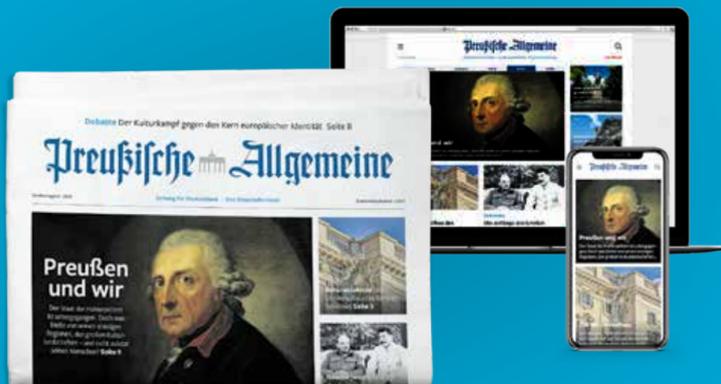
Bitte einsenden an:
 Preußische Allgemeine Zeitung
 Buchtstraße 4 - 22087 Hamburg

PAZ-02-C



Abonnieren Sie die PAZ und sichern Sie sich Ihre Prämie

40 Euro Prämie



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland www.paz.de

Heimatkreisgemeinschaften

ANZEIGE



Goldap

Kreisvertreter: Stephan Grigat, Telefon (05231) 37146, Fax: (05231) 24820, Heidentalstraße 83, 32760 Detmold. **Geschäftsstelle:** Annelies Trucewitz, Hohenfelde 37, 21720 Mittelnkirchen, Telefon (04142) 3552, Telefax (04142) 812065, E-Mail: museum@goldap.de. Internet: www.goldap.de

Heute“, den der Autor Dieter Zeigert auf mehreren Reisen überwiegend selber recherchiert und fotografiert hat.

Die bewegte Geschichte der Bahn wird im Kapitel „Die Eisenbahnen im Kreis Goldap“ umfassend beleuchtet.

„Streckenentwicklung und Verkehr – Fragmente der Geschichte“ (mit den Bahnstrecken in die umliegenden Kreise), „Der Bahnhof und das Reichsbahnbetriebsamt Goldap“, die „Ereignisse und das Geschehen rund um die Bahn in beiden Weltkriegen“, hier enthalten ein Bericht über den Ausbau der Bahnhöfe Tollmingen (Tollmingkehmen) und Hohenwaldeck (Makunischken), bis hin „Zum Ende“, wie der Autor das letzte Kapitel deutscher und einen kleinen Zeitraum polnischer und russischer Eisenbahngeschichte im Kreis Goldap nennt.

Die durchgehende Fotodokumentation und umfangreiche Dokumentendarstellung unterstreicht die Einzigartigkeit dieses Werkes.

Zu beziehen ist dieses Buch auch über das Patenschaftsmuseum Goldap in Ostpreußen, Harsefelder Straße 44a, 21680 Stade, E-Mail: verkauf@goldap.de. Telefonisch kann es mittwochs in der Zeit von 13 bis 16.30 Uhr bestellt werden unter der Telefon (04141) 7977537. Der Versand erfolgt auf Rechnung. Der Preis von 18,50 Euro beinhaltet nur das Buch, zusätzlich Verpackung und Versand.

www.paz.de

Neuerscheinung

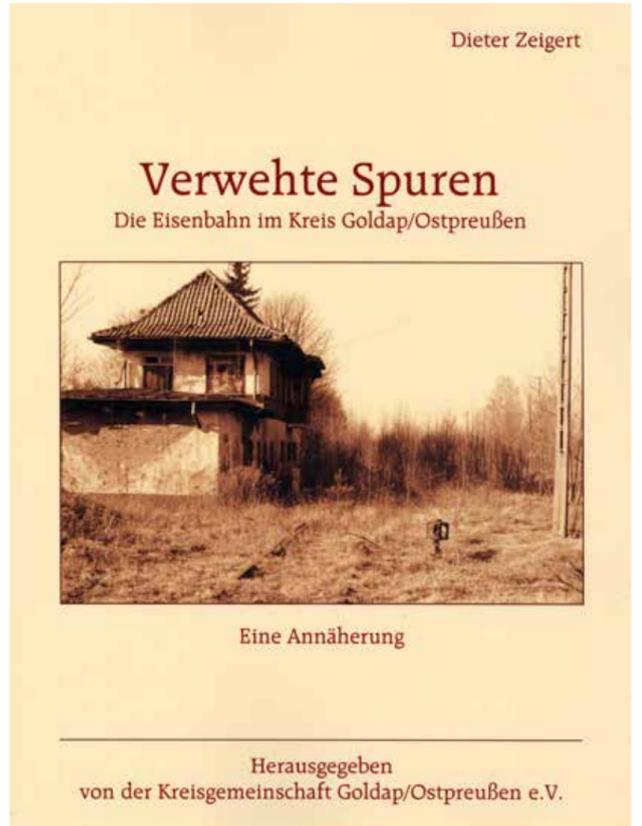
Dieter Zeigert: „Verwehte Spuren – Die Eisenbahn im Kreis Goldap/Ostpreußen“. Nach seinem Erfolgs-Buch „Verschwundene Gleise – Die Kaiserbahn zwischen Goldap und Szittkehmen“ ist es dem Autor gelungen, mit dem Buch „Verwehte Spuren“ die Geschichte der Eisenbahn im gesamten Kreis Goldap und darüber hinaus, dem Vergessen zu entreißen.

Entstanden ist ein Buch von hoher bildnerischer Qualität und geschichtlich-fachlicher Tiefgründigkeit ohne dabei die unterhaltensame „Lesequalität“ zu schmälern.

Für alle Eisenbahnfreunde

Für alle Ostpreußenfreunde zwischen Goldap, Lyck, Angerburg, Gumbinnen und Stallupönen, die Interesse an Eisenbahn und Reisen haben schließt dieses Buch eine große Lücke in der Reihe der ostpreußischen Erinnerungsliteratur.

Zum Inhalt: Das Buch „Verwehte Spuren“ beginnt mit dem faszinierenden Fototeil „Was verblieben ist – Impressionen vom



Dieter Zeigert: „Verwehte Spuren – Die Eisenbahn im Kreis Goldap/Ostpreußen“, broschiert, 207 Seiten, reich bebildert, 18,50 Euro, ISBN 978-3-9821390-2-9 Foto: KG Goldap

Bildarchiv Ostpreußen

Das Bildarchiv zeigt historische Ansichten der Provinz Ostpreußen und verfolgt das Ziel, anhand von Abbildungen ein umfangreiches Bild Ostpreußens zu vermitteln. Einer ausagekräftigen Dokumentation

der Bildobjekte dient die Verortung über ein vollständiges Kartensystem 1:25.000 und zahlreiche Orts- und Gebietspläne. Verfügbar sind über 128.000 Bilder unter Internet: www.bildarchiv-ostpreussen.de

Rätsel

3. Atehier
Magisch: 1. Rosette, 2. gezelt, Abdruck
5. Schmuck, 6. Schachtel, 7. Detektiv
2. Nachbar, 3. Spenden, 4. Fahrrad, 1. Barkassen.
Mittelwörter: 1. Barkassen, 2. Nachbar, 3. Spenden, 4. Fahrrad, 5. Schmuck, 6. Schachtel, 7. Detektiv

So ist's richtig:

Bootsruder	als König einsetzen	Art des Sprechens	Wundstarrkrampf (Med.)	Lammfell vom Karakulschaf	Staat im Himalaja	Pilz, Champignon	Freiheitsentzug, Haft	altromische Monats-tage	Schiffsbesitzer, Reeder	gebrannter, feuerfester Ton	Geliebte des Leander	Sitzbereich im Theater	italienische Wein-stadt	Platz nehmen (sich ...)
Leib-, Elite-truppe	Maße, Gewichte amtlich prüfen	britischer Sagen-könig	groß-artig, hervor-ragend	dt. Kom-ponist (Max)	Heim-tücke	Brauch, Zeremoniell (lat.)	Fluss zur Rhone	Eingang; Vor-speise (franz.)	Kapitän bei Jules Verne	Fahrt-gestellt v. Kraftfahr-zeugen	stetig fließen, laufen	Muse der Stern-kunde		
US-Mode-designer (Calvin)	Schreib-waren-artikel	Gebirge zwischen Europa u. Asien	zer-mürbt, ausge-brannt	Kfz-Zeichen Flensburg	griechi-sche Sagen-gestalt	poetisch: aus Erz bestehend	sport-licher Wett-bewerb	ein Europäer	engli-sche Schul-stadt	Gedicht-zeile	Schmet-terlings-larve	sich täuschen		
Strick	nicht ganz, partiell	wütende, rasende Frau	schwie-rige Zeit	portu-gies. Insel (Wein)	Kraft-fahrzeug, Wagen	Heide-kraut; Frauen-name	Bruder d. Mutter oder des Vaters	Pflanzen-teil	Erwerb	Pflanzen-teil	Erwerb			
Gewinn-betei-ligung	Dichter, Poet	österrei-chischer Maler (Gustav)	Anpflan-zung	Spaß-vogel, lustiger Mensch	Durch-fahrt, Durch-gang	Kanton der Schweiz								
Zu-fluchts-ort (griech.)	fächeln, schwen-ken	Dich-terin	Titel arabi-scher Fürsten	Spiel-blatt	Schau-spiel-, Ballett-schüler	schöpfe-risches Gestalten	knabbern							
Haar am Augen-lidrand	dem Eu-ter Milch ent-ziehen	kleines marder-artiges Raubtier												
Abtei-lung eines Ver-lages	Vorfahr	aufge-brühtes Heiß-ge-tränk	regsam und wendig	sauber, unbe-schmutzt	Ein-richtung zum Zielen	chem. Zeichen für Ger-manium								
Maschi-nenärm	hier an-sässig; hier be-findlich	spaßige Grimasse	rhyth-mische Körper-bewegung											
Kloster-frau														

Schüttelrätsel

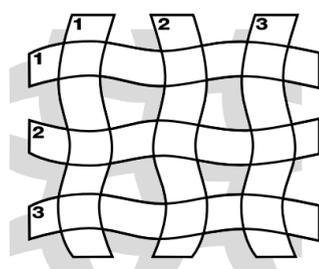
In diesem ungewöhnlichen Kreuzwörterrätsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

B B E E G	E E H R	E I O S W	A E H R	I L O P T	A E G R	E E G L	M N O R
B E E H L				E G O			
A B K O R T	E E H O R R						
				A L M			

Mittelwörterrätsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösung ein anderer Begriff für Spur, Fahrte.

1	HAFEN						FAHRT
2	BETT						DORF
3	GELD						KONTO
4	KINDER						WEG
5	MODE						LOS
6	HUT						HALM
7	HOTEL						BUERO



Magisch

Schreiben Sie waagrecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

- 1 Schmuckform, Ornamentmotiv
- 2 einen Zweck verfolgend
- 3 Künstlerwerkstatt

Heimatkreisgemeinschaften



Stadtvertreter: Erwin Feige, Am Karbel 52, 09116 Chemnitz, Telefon (0371) 3363748.
Geschäftsführer: Manfred Urb-schat, E-Mail: info@tilsit-stadt.de

Virtuelles Treffen

Internet. 7. Mai, 19 Uhr: Virtuelles Kennenlernetreffen, Tilsits Heimat- und Familienforscher, Anmeldung über a.born@stadt-tilsit.de.

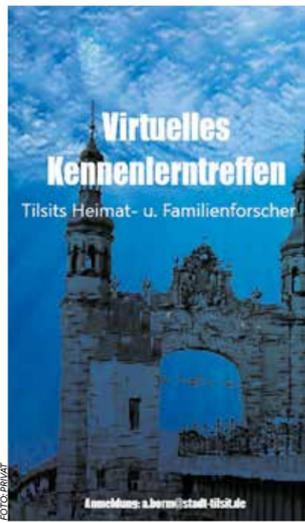
Corona ist kein Hinderungsgrund Veranstaltungen anzubieten. Von diesem Gedanken ausgehend fand am Freitag, den 5. März ein virtuelles Kennenlernetreffen der Tilsiter Heimat- und Familienforscher statt. Elf Teilnehmer fanden sich zum gemeinsamen Austausch zusammen. Kurz vor Beginn wurde die Technik überprüft, und jeder hatte Zeit zum Ankommen. In der 60-minütigen Veranstaltung gab es von Mitgliedern der Stadtgemeinschaft einen Vortrag über die Grundlagen der Familienforschung in Ostpreußen. Anschließend wurde über aktuelle Entwicklungen in Tilsit und im Königsberger Gebiet berichtet. Die Veranstaltung war ein großer Erfolg, auch weil jeder Interessent unabhängig vom Wohnort bequem von zu Hause daran teilhaben konnte. Besonders freuen wir uns über die Teilnahme der jüngeren

und mittleren Generation ab 25 Jahren.

In Zukunft wird sich die Gruppe alle zwei Monate treffen. Jeder Interessent ist herzlich dazu eingeladen daran teilzunehmen.

Die virtuellen Treffen lassen sich hervorragend in den Vereinsalltag integrieren. Wenn der Wunsch nach einem zusätzlichen Treffen besteht, kann man sich sehr gerne beim Stellvertretenden Vorsitzenden, Andreas Borm, melden, E-Mail: a.born@stadt-tilsit.de.

Die Stadtgemeinschaft Tilsit würde sich freuen, wenn dieses Format als Vorbild für zukünftige Veranstaltungen innerhalb der Landsmannschaft Ostpreußen dienen würde. *Andreas Borm*



Tilsit war die Stadt, in der sich Königin Luise von Preußen, Napoleon und Alexander I. trafen. Die Siedlung am Fluss Memel wurde 1552 zur Stadt, und diese Ansichtskarte zeigt die zentrale breite Deutsche Straße, in der reiche dreistöckige Gebäude standen – die europäische Stadt. Die vom Otto von Mauderode Verlag herausgegebene Karte wurde am Morgen des 8. Februars 1900 abgeschickt und kam am selben Tag bei der Post von Potsdam an. Evgeny Dvoretzki's große Postkartensammlung ist den Lesern der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* nicht unbekannt. Diese Ansichtskarte soll an dieser Stelle dazu dienen, auf den umfassenden Arbeitsbrief zu dieser besonderen Stadt aufmerksam zu machen.

Arbeitsbriefe der LO

Die Landsmannschaft Ostpreußen e.V. hat viele Arbeitsbriefe herausgegeben und natürlich auch einen über Tilsit. Einzusehen sind diese Arbeitsbriefe auf der Internetseite www.ostpreussen.de unter Mediathek und weiter unter Arbeitsbriefe.

In dem Arbeitsbrief „Tilsit“ schrieb Horst Mertineit im Jahre 1990: „Einen besonderen Höhepunkt in der Geschichte hat die Stadt im Jahr 1807: Sie wird zu einem Begegnungsplatz für einen Kö-

Die Stadt ohne Gleichen



Gruß aus Tilsit: Ansichtskarte mit der Deutschen Straße

Foto: Postkartensammlung Evgeny Dvoretzki.

nig, einen Kaiser und einen Zaren. Hier treffen sich nicht nur die Herrscher, Sieger und Verlierer, die mit unterschiedlichem politischen Gewicht über weiteren Krieg oder Frieden entscheiden wollten. Hier trafen Ost und West auseinander, in der Stadt und auf einem Floß im Memelstrom.“

Schicksalhaft wurde so Tilsit zu einer Brücke zwischen West und Ost. In diesen Tagen des Jahres

1807 sollte diese Stadt zu niemandem gehören, sie erhielt einen besonderen Status: „Tilsit war eine neutralisierte Stadt.“ Was eine „neutralisierte“ Stadt meint und was in dieser besonderen Zeit geschah, gibt Peter Joost in seinem Beitrag „Eine Chronik der Stadt Tilsit“ an (ab Seite 15 im Arbeitsbrief).

Der Bau der für Tilsit so bekannten Königin-Luise-Brücke be-

gann 1904. Die Brücke ist 416 Meter lang und führt an dieser Stelle über den etwa 220 Meter breiten Strom. Sie ruht auf zwei Pfeilern und wurde mit dem Schwung ihrer drei mächtigen Stahlbögen ein stolzes Wahrzeichen der Stadt. Sie kostete damals die große Summe von zwei Millionen Mark. Am 18. Oktober wurde sie für den Verkehr freigegeben.

Christiane Rinser-Schurt

NEUERSCHENUNG

Mosaiksteine zu Agnes Miegel

Neue Facetten aus ihrem Dichterleben

Anlässlich des 50-jährigen Bestehens der literarischen Agnes-Miegel-Gesellschaft ist um die Jahreswende 2020/21 ein „Biografisches Lesebuch“ mit „Mosaiksteinen zu Agnes Miegel“ erschienen.

Die 50-jährige Geschichte der Agnes-Miegel-Gesellschaft (AMG) wird detailliert dokumentiert, aber das ergibt „mehr als eine Chronik“. Das ist ein Spiegel der Geschichte der Bundesrepublik von 1969 bis heute – erweitert um ein facettenreiches Kaleidoskop an Informationen, Dokumenten, Quellen und Einzelanalysen rund um Agnes Miegel. Diese „Mosaiksteine“ lassen sich zu einem wechselreichen, bunten, schweren, leidvollen und glücklichen Leben zusammensetzen.

Handliche Zusammenfassung

Das Buch beginnt mit einem kurzen Überblick über Leben und Werk Agnes Miegels (1879-1964), für Kenner eine handliche Zusammenfassung, für „Neulinge“ ein notwendiger und hilfreicher Einstieg zur Orientierung.

Das Leben der Dichterin bekommt bereits in der Dokumentation der Festveranstaltung „50 Jahre Agnes-Miegel-Gesellschaft“ am 9. März 2019 in Bad Nenndorf so viel Kontur, dass auch „neue“ Leser gut gerüstet sind für die später ausführlich dargestellten Stationen ihres Lebens. Lorenz Grimoni schildert seine Begegnungen mit Agnes Miegel bei den Königsberger Treffen in Duisburg und die Pflege des Andenkens an die Dichterin in dieser Patenstadt Königsbergs.

Der Historiker Professor Paul Leidinger zeichnet in seinem erweiterten Festvortrag Agnes Miegels letzte Lebensjahrzehnte nach der Flucht aus Königsberg 1945 nach und stellt verschiedene Kreise vor, die der 1969 (fünf Jahre nach dem Tod der Dichterin) gegründeten AMG vorangingen, vor allem den „Tatenhausener Kreis“ in Warendorf, der 1958 eine Agnes-Miegel-Plakette stiftete, die bis 1993 an 36 Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens verliehen wurde, die sich um den Brückenschlag zwischen Vertriebenen und Einheimischen verdient gemacht hatten.

Politische Anfeindungen

Paul Leidinger beschreibt detailliert die Arbeit der Gesellschaft: Erwerb des Hauses in Bad Nenndorf, Einrichtung der Gedenkstätte, Bereicherung des kulturellen Lebens durch Lesungen und Jahrestreffen, Publikationen und letztlich die schweren Kämpfe gegen die politischen Anfeindungen. Er stützt sich dabei auf die Chronik „Dreißig Jahre Agnes-Miegel-Gesellschaft“ von Christa Benz und geht auf die letzten drei Vorsitzenden Hannelore Canzler (1986-1998), Christa Benz (1998-2001) und Marianne Kopp (seit 2002) näher ein. Sie alle setzten sich ehrenamtlich für das Ziel ein, das die Vereinssatzung vorgibt: „Das Andenken der Dichterin zu bewahren und in der Öffentlichkeit lebendig zu erhalten.“

Mit den „Mosaiksteinen“ hat Marianne Kopp als Herausgeberin und Autorin etlicher Beiträge ein

Nachschlagewerk vorgelegt, das sich zudem spannend liest.

Die Geschichte des Agnes-Miegel-Hauses und des Vorstandes der AMG von 1999-2019 wird (die Chronik über 30 Jahre AMG von 1999 fortführend) dokumentiert. Alle kulturell anspruchsvollen Veranstaltungen und Publikationen 1999-2019 werden vollständig aufgeführt. Annemete von Vogel, 2. Vorsitzende der AMG, fasst die „Chronik der Gedenktafel“ am Haus in der Hornstraße 7 in Königsberg zusammen; so entsteht ein bequemer Überblick über den zuerst anrührenden und später so unerfreulichen Umgang mit Agnes Miegel in ihrer russisch gewordenen Geburtsstadt.

In Bad Nenndorf wird das 1994 im Kurpark aufgestellte Agnes-Miegel-Denkmal, über Jahre hin eine Attraktion, im Februar 2015 demontiert. Um das Buch „Agnes Miegel. Ihr Leben, Denken und Dichten von der Kaiserzeit bis zur NS-Zeit“ gibt es einen Vertragsbruch des Verlages, der vor Gericht zu Gunsten der AMG entschieden wird. Dispute unter Germanisten und Journalisten zur Miegel-Rezeption nehmen kein Ende. Marianne Kopp hat alles zusammengetragen, einschließlich Zeitungsartikel und Leserbrief, unter genauer Quellenangabe.

Die Ansprachen an Agnes Miegels Grab von 2002 bis 2020, die die 1. Vorsitzende und jahrzehntelange Miegel-Forscherin Marianne Kopp jeweils im März anlässlich des Geburtstages von Agnes Miegel am 9. März 1879 und anlässlich ihres Todestages am 26. Oktober

1964 hielt, zeigen in kurzen Essays von thematisch bunter Vielfalt neue Seiten an Agnes Miegels Persönlichkeit, Leben und Werk auf. So spiegeln ihre Bemühungen um Berufsausbildung und Berufstätigkeit die – damals begrenzten – Möglichkeiten für Frauen und Mädchen wider. Noch nachdrücklicher wird ihre Rolle als Tochter hinterfragt. Aufenthalte in England, Paris und Berlin hatten ihr ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht, das ihre dichterische Begabung förderte, als sie 1906 nach Königsberg gerufen wurde, um nun elf Jahre ihrem erblindenden Vater den Haushalt zu führen und ihn immer intensiver zu pflegen. Das bedeutete einen Bruch in ihrer Biografie, ein Opfer, das für sie mit Verarmung und Vereinsamung verbunden war. Erst heute, unter dem Aspekt der „Selbstverwirklichung“, wird das Ausmaß eines solchen Eingriffs in ein Leben deutlich.

Versöhnungswille

Marianne Kopp erinnert in den Ansprachen an Agnes Miegels Reisen, an ihre Freundschaften, an ihre Eltern, an ihre Liebe zu Kindern, an ihren Schmerz über die verlorene Heimat und an ihren Versöhnungswillen.

Diese biografischen Mosaiksteine und nicht minder die umfangreiche Materialsammlung zu dem Thema „War Agnes Miegel eine Nazi-Dichterin“ ergeben eine interessante und aufschlussreiche Lektüre, sowohl zur Aufarbeitung des NS-Kulturbetriebes wie besonders zur Politisierung von Ge-

sellschaft und Literatur. Die Rolle von Agnes Miegel im Dritten Reich wird durchaus nicht verschwiegen und verdrängt, im Gegenteil, aber Marianne Kopp und die von ihr aufgeführten Autoren versuchen, Verständnis für Agnes Miegels Lebenswirklichkeit unter den politischen und gesellschaftlichen Gegebenheiten in ihrer Zeit zu wecken, und warnen vor einer Reduzierung des Gesamtwerkes auf wenige „linientreue“ Texte. Während viele Kritiker Agnes Miegels Leben mit dem historischen Mehrwissen heutiger Zeit betrachten und beurteilen, sind die 15 Autoren dieser Materialsammlung bemüht, Agnes Miegel in ihrer Zeit zu sehen und zu verstehen.

Rolle im Nationalsozialismus

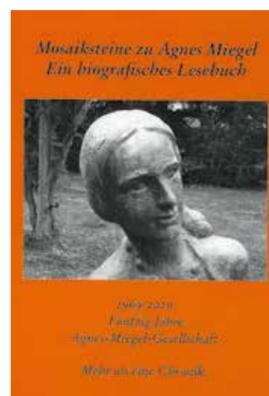
Gerade angesichts der verbreiteten Presse-Polemik und der Fülle von Diffamierungen Agnes Miegels in den Medien bietet das Buch Rat-suchenden eine erfreulich sachli-

che Handreichung mit Informationen und Orientierung von verschiedensten Autoren wie zum Beispiel Willy Brandt.

Für die Miegel-Forschung hat Marianne Kopp einen überaus bedeutenden Beitrag geleistet und darüber hinaus zur präzisen Forschung und zur differenzierten Beurteilung aufgerufen. Paul Leidinger fordert, „das Andenken an die deutsche Dichterin zu bewahren und ihr literarisches Werk zu betreiben und weiter zu erforschen, ist eine nationale Aufgabe“. Marianne Kopp bringt zudem Hinweise bei, dass die Miegel-Forschung auch in der polnischen, russischen und israelischen Germanistik angekommen ist.

Bärbel Beutner

Erhältlich ist das Buch bei der Agnes-Miegel-Gesellschaft 31542 Bad Nenndorf Agnes-Miegel-Platz 3 Telefon (05723) 917317, E-Mail: post@agnes-miegel-gesellschaft.de



Marianne Kopp (Hg.): „Mosaiksteine zu Agnes Miegel. Ein biografisches Lesebuch. 1969-2019. Fünfzig Jahre Agnes-Miegel-Gesellschaft.“ Mehr als eine Chronik“, Bad Nenndorf 2020, 272 Seiten, 10 Euro, ISBN 978-3-928375-35-1

OSTPREUSSISCHER ERFINDER

Seiner Zeit voraus

Der Luft- und Raumfahrtpionier Hermann Ganswindt

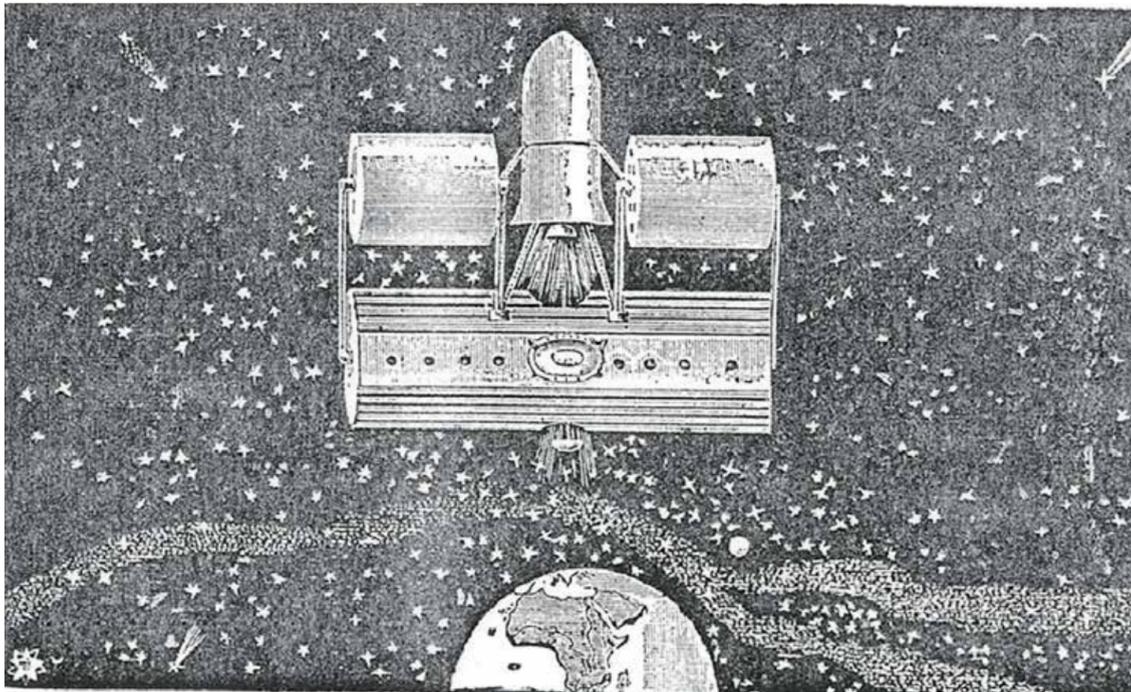
VON WOLFGANG KAUFMANN

Manche Erfinder waren ihrer Zeit einfach zu weit voraus und erhielten dadurch zunächst nicht die gebührende Anerkennung. Das traf auch auf den Luft- und Raumfahrtpionier Johann Hermann Ganswindt zu, welcher am 12. Juni 1856 in Voigtshof bei Seeburg im Ermland geboren wurde. Der Müllerssohn entwarf bereits im Jahre 1870 – da besuchte er noch das Gymnasium – ein „Weltenfahrzeug“. Diese Rakete sollte durch kontinuierliche Explosionen angetrieben werden.

Später studierte Ganswindt Jura und Physik, bis er wegen des Schwänzens von Vorlesungen die Universität verlassen musste. Es erschien ihm damals wichtiger, weiter am Konzept seines Raumschiffes zu arbeiten, das er 1881 erstmals öffentlich vorstellte. Inzwischen schwebte Ganswindt nun vor, das Gefährt zunächst mit Hilfe eines Trägers in höhere Luftschichten zu schleppen und dann erst dessen Raketenantrieb zu zünden. Deshalb beschäftigte er sich ab 1884 intensiv mit der Hubschrauber-Technologie. Sechs Jahre später konnte Ganswindt dann ein flugfähiges Hubschrauber-Modell vorweisen, woraufhin er seine Konstruktion dem preußischen Militär anbot. Doch das winkte ab, obwohl der stellvertretende Chef des Großen Generalstabs Alfred Graf von Schlieffen Interesse gezeigt hatte.

Exmatrikuliert

Ganswindt musste sein Projekt anders finanzieren und verkaufte nun kleinere Ausführungen des Hubschraubers als „Fliegende Maikäfer“ auf Jahrmärkten. Darüberhinaus erlernte er binnen weniger Monate das Klavierspiel. Letzteres erlaubte es ihm, ab 1891 mit einem „Klavierconcert und Experimentalvortrag über Luftschiffahrt“ auf Tournee zu gehen.



Futuristisch anmutend: Ganswindts Weltenfahrzeug aus seinem Buch „Das jüngste Gericht“ aus dem Jahr 1899 Foto: Internet

Das vereinnahmte Geld steckte Ganswindt in den Bau eines Hubschraubers für zwei Personen. Ein geeigneter Motor zum Antrieb der Rotoren fehlte und so wurden diese per Fallgewicht und Seilzug angetrieben. Trotz dieser Schwierigkeiten gelang Ganswindt damit im Juli 1901 der erste bemannte Hubschrauberflug der Geschichte. Das Gefährt erhob sich für einige Sekunden auf dem Privatgelände des Tüftlers in Schöneberg bei Berlin aus eigener Kraft in die Luft.

Dergestalt ermutigt veräußerte Ganswindt umgehend Zinsbögen mit Anteilscheinen an den künftig zu erwartenden Gewinnen aus seiner Erfindung. Deren Einlösung versprach er bereits für den

März 1905 und suggerierte dabei, dass die Anleger möglicherweise das Dreifache ihres Einsatzes zurückerhalten könnten. Da der Hubschrauber bei dem Demonstrationsflug aber noch mit einem Sicherungsdraht am Boden verankert gewesen war, witterten die Justizorgane schließlich „fortgesetzten Betrug“. Also kam Ganswindt am 17. April 1902 auf Beschluss des Königlichen Landgerichts II in Untersuchungshaft. Parallel hierzu wurden das gesamte Barvermögen und vieles vom Inventar seiner Firma beschlagnahmt sowie ein zwangsweises Konkursverfahren eröffnet. Gleich vier vom Gericht bestellte Sachverständige ermittelten in diesem Fall und gaben bekannt, dass der Hubschrauber

Ganswindts sehr wohl flugtauglich sei und somit keine Täuschung der Coupon-Käufer vorliege. Daraufhin wurde der Erfinder am 12. Juni 1902 wegen erwiesener Unschuld freigelassen, stand nun aber wirtschaftlich vor dem Aus. Und sein Ruf war ebenfalls ruiniert, weil die Berliner Presse ihn unisono als unzurechnungsfähig bezeichnet hatte.

Weitere Schicksalsschläge

Doch damit nicht genug der Schicksalsschläge: Als Hermann Ganswindt 1904 einen Prozess zu seiner Rehabilitierung und finanziellen Entschädigung anstrengte, verschwanden die Gerichtsakten auf mysteriöse Weise. Deshalb blieben ihm

nur noch der Offenbarungseid und ein Leben auf Kosten der Wohlfahrt. 1912 starb Ganswindts Frau, womit er nun alleine für seine zehn Kinder sorgen musste. Ein Jahr später gab der Erfinder das verlassene Firmengrundstück in Schöneberg auf, woraufhin der Hubschrauber irgendwo bei Zossen eingelagert wurde, wo das luftfahrtshistorisch einzigartige Objekt im Verlaufe des Ersten Weltkriegs verschwand.

Leben in Armut

Die 20er Jahre brachten Ganswindt jedoch milde und späte Genugtuung. Da das Interesse an der Erkundung des Kosmos mittlerweile enorm zugenommen hatte, erinnerte man sich plötzlich des originellen „Weltenfahrzeugs“ von 1881. Und so nahmen nun unter anderem die prominenten Raketenpioniere Hermann Oberth und Max Valier von Verein für Raumschiffahrt Kontakt zu Ganswindt auf. Desgleichen wurde er 1928 von dem Regisseur Fritz Lang gebeten, bei den Dreharbeiten für den Stummfilm „Frau im Mond“ als fachkundiger Berater zu fungieren.

Trotzdem lebte Hermann Ganswindt weiterhin in tiefer Armut, bis er am 25. Oktober 1934 in Berlin starb. Kurz zuvor sagte er zu seiner zweiten Frau mit Blick auf das Raumfahrtzeitalter: „Ich habe es nicht mehr erleben dürfen, aber Du wirst es noch erleben.“ Und tatsächlich: Weil einer der Söhne des Visionärs später in das Weltraumprogramm Wernher von Brauns involviert war, konnte Ganswindts Witwe letztlich sogar beim Start einer amerikanischen Mondrakete zugegen sein.

An den aus Ostpreußen stammenden Erfinder erinnern heute die Hermann-Ganswindt-Brücke in Berlin-Schöneberg und der Krater Ganswindt sowie das Amundsen-Ganswindt-Becken in der Südpolarregion des Mondes.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Der Ehrenbürger Hindenburgs ist der Stolz seiner Heimat

Zum 90. Geburtstag von Horst Eckert

Dariusz „Gresok“ Walerjański ist enttäuscht. Nachdem bereits letztes Jahr Janoschs Geburtstagsfeier in Hindenburg in Oberschlesien, der Heimatstadt des Schriftstellers und Illustrators, ausgefallen ist, muss ausgerechnet sein 90. Geburtstag in die virtuelle Welt verlegt werden. „Janosch ist Ehrenbürger von Hindenburg, und seit zehn Jahren feiert die Stadt seinen berühmten Sohn“, so der 51-jährige Historiker, der im Rahmen der Feierlichkeiten Reisen auf den Spuren Janoschs organisiert. Doch auch dieses Jahr – wie schon 2020 – kann er dies wegen der Pandemie nicht.

Dafür, sagt er, stehe ein TV-Film zum Leben und Schaffen von Horst Eckert, wie Janosch bürgerlich heißt, auf dem Programm. „Zu Wort kommen darin Menschen, die sich für die Popularisierung Janoschs stark machen. Sie erzählen, wie sie ihn kennenlernten. Ich hoffe dabei auf die eine oder andere Anekdote“, so Walerjański. Mindestens eine Anekdote lieferte Dawid Smolorz, der Eckert bei seinem Besuch 2007 in Hindenburg und Gleiwitz begleitet hat. Nachdem Janosch erfahren hat, Smolorz sei katholisch, zog er ein Austrittsformular mit den Worten aus seiner Jackentasche: „Ich hätte da was für dich.“

Janoschs Antiklerikalismus hätte den Erfinder der Tigerente fast die Ehrenbürgerschaft in Hindenburg gekostet, erinnert sich Czesław Zdechlikiewicz von der Stadt Hindenburg. „Während in Deutschland jedes Kind Janosch kannte, war das in der Heimat des Schriftstellers keinesfalls so“, erinnert sich Zdechlikiewicz. „Zur Jahrtausendwende“, sagt er, „hatte weder das Stadttheater noch das Stadtmuseum irgendetwas von Janosch.“

Ehrenbürgerschaft und Eklat

In der Stadtbibliothek gab es nur zwei Exemplare von ‚Cholonek oder der liebe Gott aus Lehm‘ und nur wenige Kinderbücher von Janosch. Daraufhin hat Janosch dem Stadttheater eines seiner Stücke überreicht. Daraus ist dann auch gleich ein kleiner Skandal geworden. Die Stadt hat einen Übersetzer geordert – einen katholischen Geistlichen. Nun, das Stück stellte sich aber als sehr antiklerikal heraus. Es kam zum Eklat. 2007 sollte Janosch zum Ehrenbürger von Hindenburg ernannt werden, plötzlich fing man an zu diskutieren, ob er denn würdig sei. Hinzu kamen Stimmen, er sei ein Deutscher, das ginge schon gar nicht. Janosch erfuhr davon und sagte: „Schönen Dank, aber ich möchte keinen Anstoß für Unstimmigkeiten geben“, erinnert sich Zdechlikiewicz, der jedoch nicht aufgeben wollte.



Auf Janoschs Spuren: Dariusz „Gresok“ Walerjański vor der Pandemie Foto: Wagner

Letztendlich erhielt Janosch 2011 die Ehrenbürgerschaft der Stadt, ein Kindergarten trägt seinen Namen, und jedes Jahr feiert Hindenburg Janoschs Geburtstag. Wenn nicht gerade Corona grassiert, lesen bekannte und weniger bekannte Hindenburger ihre Lieblingsstellen aus „Cholonek oder der liebe Gott aus Lehm“ vor. Es gibt auch immer etwas für Kinder. Dazu gehört eine Aufführung von Kindergarten-Kindern. Der Janosch-Kindergarten organisiert einen Wettbewerb für Kinder,

die ihre eigenen Geschichten der Janosch-Helden schreiben. Ein fester Bestandteil der Janosch-Party ist eine Exkursion auf den Spuren des Illustrators. Besonders beliebt sind dann auch die Exkursionen von Walerjański. „Wir besuchen Orte, an denen all diejenigen geboren wurden, die die Kinder am meisten lieben: der Tiger, der Kleine Bär, der Kastenfrosch und die Tigerente – die ganze Janosch-Menagerie“, so Walerjański, der seine Janosch-Begeisterung kurz nach der politischen Wende entdeckte. Bei einem Besuch im Antiquariat fiel ihm eine Übersetzung von

„Cholonek oder der liebe Gott aus Lehm“ aus den 70er Jahren in die Hände. „Ich war sofort fasziniert. Ich habe auch meinen eigenen Helden in diesem Buch gefunden, mit dem ich mich identifiziere – Gresok. Immer, wenn ich über Janosch schreibe, unterzeichne ich mit dem Pseudonym: Dariusz ‚Gresok‘ Walerjański.“

Backsteine als Auszeichnung

Da die polnische Fassung von „Cholonek“ damals zensiert war und Passagen über sowjetische Verbrechen von 1945 herausgenommen wurden, setzte sich Walerjański dafür ein, dass das literarische Denkmal für Janoschs Heimatstadt Hindenburg auch Polnisch ungekürzt erschien. Mit Zdechlikiewicz will er nun eine Janosch-Eiche pflanzen. Dies soll am 11. März, also an Janoschs 90. Geburtstag, erfolgen. Nur war man sich noch nicht im Klaren, an welcher Stelle der Baum wachsen soll. Perfekt wäre Janoschs Geburtshaus am Bäckerweg [ulica Piekarska], aber das Gebäude musste 2005 dem Bau einer Stadtautobahn weichen. Die Backsteine aus Janoschs Geburtshaus werden seit 2005 von der Kattowitzer Zeitung „Gazeta Wyborcza“ als Preise für besonderes Engagement beim Erhalt des oberschlesischen Kulturerbes verliehen. *Chris W. Wagner*

TRAUMHAFTE LANDSCHAFT

Max Pechstein und sein Malerparadies

Vor 100 Jahren entdeckte einer der bekanntesten Expressionisten Pommern für sich

VON MARTIN STOLZENAU

Max Pechstein gilt als einer der ersten und zugleich bekanntesten deutschen Expressionisten, dessen Arbeiten wirklichkeitsgetreuer als die seiner Künstlerkollegen erscheinen. Das führte wohl auch dazu, dass er früher als sie große Publikumswirksamkeit erreichte. Er war es, der die Ideenwelt des „Blauen Reiters“ sowie des französischen Fauvismus in die Künstlergruppe „Brücke“ einbrachte, damit für wichtige Impulse sorgte und zur „Brücke“-Malerei die wohl „farbsprühendsten“ Arbeiten beisteuerte.

Blauer Reiter und die „Brücke“

Pechstein war zeitlebens auf der „Suche nach seinem Malerparadies“. Er fand es wohl in Hinterpommern, wo er vor 100 Jahren heimisch wurde. Dort entstanden viele seiner bedeutenden Landschaftsbilder, die die Nationalsozialisten später als „entartet“ diffamierten und aus den deutschen Museen entfernten. Sie gelten seither mehrheitlich als verschollen. Umso wertvoller erscheinen heute die erhaltenen Bilder des Künstlers, die im Pechstein-Museum in Zwickau sowie im Pommerschen Landesmuseum in Greifswald und auf Ausstellungen in zahlreichen Städten zu den Hauptanziehungspunkten für Kunstfreunde gehören. Das gilt auch zum 100. Jahrestag seiner Übersiedlung ins Städtchen Leba am gleichnamigen Stadtfluss, das er in seinen Bildern vielfältig verewigte.

Max Pechstein wurde am 31. Dezember 1881 in Zwickau geboren. Sein Vater war als Appretur-Arbeiter in einer Textilfabrik tätig. Nach heimischem Schulbesuch absolvierte der künstlerisch begabte Knabe eine Lehre als Dekorationsmaler. Er sorgte mit seiner Kreativität für Aufsehen und konnte ab 1900 die Kunstgewerbeschule in Dresden besuchen, wo er drei Jahre später an der Kunstakademie zum Meisterschüler Otto Gußmanns aufstieg.

Wichtige Kontakte

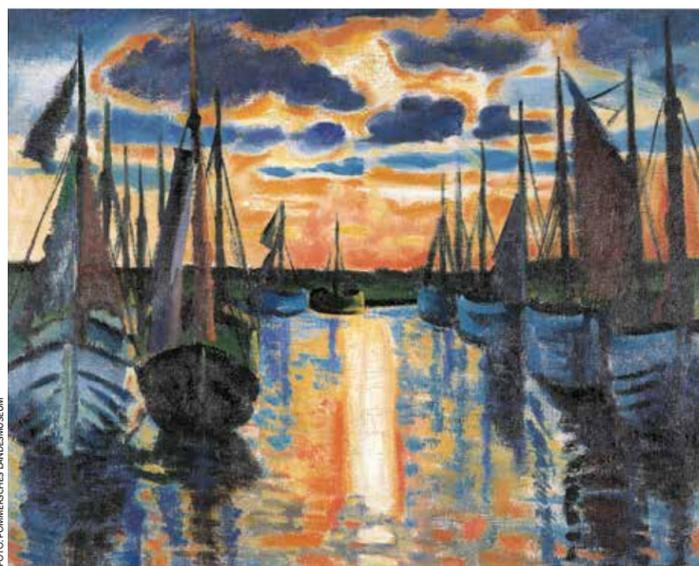
Pechstein gestaltete im eigenen Atelier vorzugsweise Glasfenster, Wandbilder sowie Mosaik und kam über die Tätigkeit als Werbegrafiker 1906 in Kontakt zu Erich Heckel, der ein Jahr zuvor in Dresden mit Freunden die Künstlergemeinschaft „Brücke“ gegründet hatte. Den Freundeskreis verband die Suche nach einer anti-akademischen Kunst. Heckel, Kirchner, Pechstein & Co. strebten den spontanen Ausdruck innerer Befindlichkeiten an.

Mit dem sächsischen Staatspreis für Malerei, dem sogenannten „Rompreis“, für ein Glasfenster, das er für das Rathaus

in Eibenstock geschaffen hatte, finanzierte Pechstein 1907 seinen ersten Italienaufenthalt. Anschließend rezipierte er in Paris die zeitgenössischen Kunstströmungen, die er dann mit Fauvismus und Neoimpressionismus in den „Brücke“-Kreis einführte. 1908 kehrte Pechstein Dresden den Rücken. In der Folge strebte er mit anderen Mitgliedern der „Brücke“ in Berlin zu neuen Ufern. Er wurde Mit-

dat an der Westfront. Während und nach der Novemberrevolution war Pechstein im Novemberrat deutscher Künstler tätig und warb mit seiner Kunst für eine sozialdemokratische Republik.

Den Sommer verbrachte er wieder in Nidden. Doch als die Kurische Nehrung im Gefolge des Versailler Vertrages unter alliierter Verwaltung kam, fand er im Frühsommer 1921 in Leba ein neues Refugium.



Sonnenuntergang (Hafen in Leba), 1926, Öl auf Leinwand. Das Gemälde befindet sich im Besitz des Pommerschen Landesmuseums in Greifswald und kann in der Schau der „PublikumsLieblinge aus der Gemäldesammlung“ angesehen werden

glied der Berliner Secessions, gründete nach Ablehnung seiner Bilder die Neue Secessions und weilte in den Sommermonaten 1909 und 1910 gemeinsam mit Heckel und Kirchner an den Moritzburger Seen bei Dresden, wo die vereinfachte Formgebung und die Farbe zu maßgeblichen Bedeutungsträgern wurden. Doch als Pechstein, der 1911 Charlotte Kaprolat geheiratet hatte, 1912 als einziger „Brücke“-Künstler entgegen einer vorherigen Vereinbarung in der Berliner Secessions ausstellte, kam es zum Bruch mit der Künstlergemeinschaft.

Sommer in Nidden

Er lebte in der Folge im Winter in Berlin und im Sommer in Nidden, wo auf der Kurischen Nehrung beeindruckende Ostseedarstellungen entstanden. Die Suche nach seinem „Malerparadies“ führte ihn 1913 nach Palau im mikronesischen Archipel, wo er im Sog Paul Gauguins ein Künstlerleben im Einklang mit der Natur führte. Der Erste Weltkrieg beendete diese Illusion. Nach japanischer Gefangenschaft, Vernichtung fast aller dort geschaffenen Arbeiten und Rückkehr über die USA nach Deutschland wurde er Sol-

Der Ort liegt an der Mündung der Leba in die Ostsee nördlich von Stolp in Hinterpommern, hatte sich aus der Siedlung Lebamünde zur Hafen- und Kleinstadt entwickelt und gehörte nach dem Aussterben der Pommernherzöge bis 1945 zu Brandenburg-Preußen. Leba war noch nicht „von Malern, Touristen und Bade Gästen überlaufen“, hatte seine Ursprünglichkeit bewahrt und war von einer idyllischen Landschaft umgeben.

Leba – neuer Lebensmittelpunkt

Pechstein bekam bei einem Gastwirt mit seiner ersten Frau Quartier, erschloss sich die Motive Lebas und verliebte sich in Marta Möller, die 24 Jahre jüngere Tochter seines Wirtes. Mit Folgen. Der Maler ließ sich scheiden, heiratete ein zweites Mal und wurde auf Dauer in Hinterpommern heimisch. Dabei entstanden Stadtansichten, Hafenbilder und Ostseelandschaften wie am Fließband.

Pechstein verkaufte seine Arbeiten gut, kam in viele Museen und erhielt verschiedene deutsche sowie internationale Preise. Er wurde Mitglied der Preußischen Akademie der Künste und gestaltete 1926 im Auftrag der deutschen Regierung die

Glasfenster für das Internationale Arbeitsamt in Genf.

Internationale Anerkennung

Doch 1933 geriet der Künstler ins öffentliche Abseits. Die Nationalsozialisten hielten seinen Malstil für „entartet“ und entfernten seine Bilder aus den Museen. Pechstein lebte nun ganz zurückgezogen in Leba in Pommern, wurde Zeuge des Aufbaus der „Raketenerprobungsstelle Rumbke“ in der Nähe, kam nach Volkssturmeinsatz in kurze russische Kriegsgefangenschaft und wurde noch 1945 nach Rückkehr in sein zerstörtes Berliner Atelier an die Hochschule für Bildende Künste berufen. Ihm blieben aber nur wenige Jahre des künstlerischen Neubeginns mit etlichen Ehrungen. Darunter war auch die Ehrenbürgerschaft der Stadt Zwickau.

Pechstein starb am 29. Juni 1955 in Berlin, 21 Jahre vor seiner Frau. Seine letzte Ruhe fand der Künstler in Berlin-Schmargendorf. Die Grabplatte mit den Namen des Ehepaares blieb erhalten.

Trotz wiederholter Werkverluste sind rund 800 Arbeiten von ihm überliefert, ein kunsthistorischer Schatz, der sich außer in Privatbesitz in den Museen von Dresden, Berlin, Greifswald, Duisburg, Karlsruhe, Halle, Zwickau, München, Zürich und Madrid befindet. Neben dem „Max-Pechstein-Museum“ in Zwickau, das 2014 eröffnet wurde, betreibt auch das „Pommersche Landesmuseum“ in Greifswald zu Pechstein eine engagierte Erinnerungspflege. Auch in Leba, seinem „Malerparadies“, das jetzt als Urlaubs- und Badeort zur polnischen Woiwodschaft Pommern gehört und den Eingang zum „Slowinzischen Nationalpark“ bildet, wird an Pechstein erinnert.

● **Info** In Leba erlebte Pechstein den russischen Einmarsch und das Kriegsende. Im Spätsommer 1945 bestellte Pater Cieslik, nachdem sich schon viele Polen in Leba angesiedelt hatten, bei Max Pechstein ein Bild für die Kirche Sankt Nikolaus, die nun unter den Schutz der Heiligen Mutter Gottes gestellt wurde. Pechstein malte Maria als Fürbitterin. Vor der Kirche steht eine von den jetzigen Lebaern gespendete Bank, die Pechstein-Bank, in Form einer Malerpalette, auf der unsere Pommernautorin Brigitte Kleszczewski sitzt (Bild u.).



FOTO: KLESZCZEWSKI

Gigantisches Hotel auf Wollin geplant

Am Strand von Misdroy, der bisher von Bäumen und Dünen beherrscht war, werden in den kommenden Jahren zwei 33 Etagen große Hotels aus dem hinterpommerschen Sandboden schießen. Das Stettiner Bauunternehmen Siemaszko, das das größte seiner Art in der Region ist, bekam kürzlich den Zuschlag für den Bau eines gigantischen Hotels direkt am Strand von Misdroy. Dieser wird aus zwei 112 Meter hohen Hochhäusern (so hoch wie die Jakobi-Kirche in Lübeck) mit jeweils 33 Etagen bestehen.

Auf 30.000 Quadratmetern sollen 345 Luxusapartments, Restaurants, Schwimmbäder, ein Spa, Konferenzsäle, ein Fitnessclub und ein Café entstehen. „Das Unterfangen ist bahnbrechend und sehr aufregend“, sagt Bauunternehmer Leslaw Siemaszko, „es gibt keinen Grund zur Sorge, dass diese Investition unter vielen ähnlichen verschwinden wird, weil sie sich von der sonst üblichen Architektur abhebt. Wir haben dafür gesorgt, dass jedes Apartment exklusiv und jeder Gast und Bewohner einen Meerblick haben wird. Für unsere Architekten war es eine große Herausforderung. Wir sind uns bewusst, dass es das erste so renommierte Projekt in Misdroy ist, aber das Potenzial dieses Ortes und die Erwartungen des Marktes sind riesig. Ich bin überzeugt, dass unsere Investition einen Impuls zur dynamischen Entwicklung des Kurortes geben wird.“

Die einmalige Landschaft aus Steilküste, Dünen und Wald direkt an der pommerschen Ostseeküste, gegenüber von Usedom, und in unmittelbarer Nachbarschaft des Naturparks Wollin wird durch dieses Projekt völlig verändert werden, befürchten Kritiker, nicht nur Umweltschützer. Eine noch vorhandene beschauliche Erholungslandschaft werde so zu einem



FOTO: SIEMASZKO

Tourismusrummelplatz mit allen seinen schädlichen Folgen mutieren. Die Frage stelle sich, aus welchen Gründen die Stadtverwaltung dieses Mega-Projekt genehmigt hat, das sich rein äußerlich in keiner Weise von ähnlichen Bauten unterscheidet. Touristisch gehören derartige Mammutbauten anderswo längst zur architektonischen Vergangenheit und stoßen eher ab, als für Gäste attraktiv zu sein.

„Diese Kalkulation wird nach hinten losgehen“, betonen polnische Umweltschützer. Ob dadurch mehr deutsche Gäste angelockt werden können, sei fraglich. Auf der Nachbarinsel Usedom fürchtet man eher die optische Verschandelung. Peer Schmiadt-Walther



FOTO: PNTSAMMLUNG

Strand von Misdroy in den 1940ern

Stettin – Abschied von Hans-Gerd Warmann



*1931 † 2021

Die Stettiner trauern um Hans-Gerd Warmann. Seine ganze Tätigkeit widmete er dem Journalismus für Pommern, nachdem er 1945 seine Heimatstadt verlassen musste und in Schleswig-Holstein seinen neuen Wohnsitz und Wirkungskreis fand.

Sein Schaffen war geprägt von Beiträgen für die Heimatstadt Stettin und Pommern mit einem unermesslichen Vorrat an Dokumenten, aus denen er schöpfen konnte. So hatte er seit seiner früheren Tätigkeit als Journalist die besten Voraussetzungen, über die Geschichte und das heutige Aussehen seiner Heimat zu berichten.

Seit den 1990er Jahren hat er mehrere Erinnerungsbände geschaffen, die auch über den Stettiner Heimatkreis hinaus bekannt geworden sind. Sein Fluchtweg führte ihn anfangs zusammen mit seiner Mutter bis nach Damgarten, den letzten Ort vor der alten Landesgrenze zu Mecklenburg. Dort in der Nähe kam auch der Band „Was bleibt, ist die Hoffnung“ im damaligen Scheunen-Verlag heraus. So konnte Hans-Gerd Warmann mit einem Baustein zur Geschichte der Stadt Stettin beitragen, mit der seit 1945 so viel geschehen ist.

Seit 2004 übernahm er die redaktionelle Arbeit am „Stettiner Bürgerbrief“, einer Jahresschrift, die seit 1975 besteht. Diese verpflichtende Aufgabe, hat „hgw“ bis zu seiner letzten Stunde verfolgt.

Wir Stettiner sagen DANKE, er hinterlässt eine sehr große Lücke. Unser Mitgefühl gilt seinen Lieben.

Für den Heimatkreis Stettin Ursula Zander und Wolfgang Dahle

www.heimatkreis-stettin.de

„Wer war damals wirklich gierig?“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben



„Ich bin geradezu süchtig nach Ihren Wochenrückblicken“

Wilhelm Holbach, Duisburg
zu den Wochenrückblicken der PAZ
auf Seite 24



Ausgabe Nr. 8

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum,
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
Fax (040) 41400850
oder per E-Mail an redaktion@
preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

EIN ABLENKUNGSMANÖVER ZU: SUCHE NACH CORONA- URSPRUNG BLIEB ERGEBNISLOS (NR. 8)

Dass die unter chinesischer Regie arbeitende WHO-Kommission nicht die Wahrheit verkünden durfte, dürfte von vornherein festgestanden haben. Die Märchen von Fledermäusen oder gar importiertem Fleisch sind doch nichts weiter als Ablenkungsmanöver. Nicht von ungefähr wurde der chinesische Arzt, der das Coronavirus entdeckt hatte, mit der Todesstrafe bedroht, eben weil es sich bei dem Chemiewaffenlabor in Wuhan um ein militärisches Objekt handelt. Prof. Dr. Burkhard Hofmeister, Bad Reichenhall

EIN FOLGENREICHES MÄRCHEN ZU: QUERFEUER GEGEN PREUSSEN (NR. 8)

Es passt in die Zeit, für Linke allemal, den Hohenzollern Gier vorzuwerfen. Doch die historische Wahrheit ist eine andere. Dass Enteignungen angeblich nicht mehr rückgängig gemacht werden konnten, ist eine Mär, die aus dem Jahr 1990 stammt.

Am 15. Juni 1990 verabschiedeten die beiden deutschen Regierungen eine Gemeinsame Erklärung zur Regelung offener Vermögensfragen. Darin hieß es: Die Sowjetunion und die DDR „sehen keine Möglichkeit, die bei der Bodenreform getroffenen Maßnahmen zu revidieren“.

Und weiter: „Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland nimmt dies im Hinblick auf die historische Entwicklung zur Kenntnis.“ Nachgewiesen ist längst, dass diese Aussage nicht der Wahrheit entsprach.

Die Sowjetunion hatte Anfang 1990 weder die politische noch die wirtschaftliche Stärke, auf irgendwelchen Positionen zu beharren – die Enteignungen in Deutschland und die sich abzeichnende Möglichkeit ihrer Revision waren ihr angesichts ihrer eigenen Probleme völlig gleichgültig. Nicht gleichgültig waren diese Positionen für Lothar de Maizière und

Helmut Kohl. Letzterer strebte eine weitere Amtsperiode als Bundeskanzler an und wollte mit seiner CDU die Bundestagswahl am 2. Dezember 1990 gewinnen.

Der damalige letzte Ministerpräsident der DDR, Lothar de Maizière, signalisierte ihm jedoch, dass er die Stimmen der mehr als 200.000 Neubauern in der DDR sowie ihrer Kinder und Kindeskinde nicht bekommen würde, wenn er die Enteignungen und damit die sogenannte Bodenreform in der SBZ rückgängig machen würde. Die Lösung, welche die DDR-Seite gemeinsam mit dem Bundesjustizministerium ersann, war das Märchen von einem sowjetischen Vorbehalt. Wer also war damals wirklich gierig?

Wilhelm Kreuer, Unkel

EIN GROSSES CHINA? ZU: QUERSCHLÄGE (NR. 8)

Bei der Lektüre des Artikels drängt sich unweigerlich die Frage nach dem Warum auf. Hat man es aufgegeben, ein Gegenmodell zu den autoritären Regimen auf der Welt sein zu wollen?

Die Corona-Maßnahmenkrise offenbart den Trend der zivilisierten Gesellschaften, alles neue Wissen über Wirkungszusammenhänge in Lenkungsmaßnahmen gegenüber dem Individuum umzusetzen. Anders formuliert: Die vielen kleinen und großen Freiheiten, die wir in der Vergangenheit genießen durften, verdanken ihre Existenz der Unwissenheit über die unerwünschten Nebenwirkungen dieser Freiheiten.

Durch den wissenschaftlichen Fortschritt gibt es heute (und in Zukunft wahrscheinlich noch mehr) Experten, welche die Schädlichkeit jedweder Aktivität nachweisen und sogar beziffern können; man denke an die WHO, die dem Passivrauchen eine Opferzahl zuwies (pumperlgesunde Leute, die nach unfreiwilliger Tabakrauchexposition plötzlich tot auf der Straße lagen?).

In China hat man kein Problem, dort wird ohne Rücksicht auf eventuelle Freiheitsbedürfnisse des Einzelnen gelenkt.

In den Demokratien folgt man derzeit dem Beispiel Chinas, hat aber seine Schwierigkeiten damit. Die Schäfchen sind noch nicht folgsam genug und gehen sogar auf die Straße.

Es ist beunruhigend, dass unsere Obrigkeit hierauf mit Unverständnis für „Corona-Leugner“ reagiert. Es geht nämlich um eine große grundsätzliche Frage: Wird die Welt ein großes China, ein auf Effizienz getrimmter Organismus aus acht Milliarden „Zellen“, oder bleibt die Freiheit des Individuums ein Wert, für den man auch Einbußen an anderer Stelle hinnimmt? Jörg Neubauer, Neu-Isenburg

BITTERE MEDIZIN ZU: QUERSCHLÄGE (NR. 8)

Die Wochenrückblicke in der PAZ sind immer wieder ein Genuss. Obwohl es eigentlich bittere Medizin ist, die der Autor verabreicht. In Zeiten, in denen man jede finanzielle Ausgabe auf ihre Nützlichkeit prüft, kann ich für meinen Teil sagen, die Preußische Allgemeine ist ihr Geld wert.

Henrik Schulze, Jüterbog

DAS HEER DES KAISERS ZU: ALBRECHT VON STOSCH – ERSTER CHEF DER KAISERLICHEN ADMIRALITÄT (NR. 8)

Mit Interesse habe ich die Ausführungen über den ersten Chef der Admiralität, Albrecht von Stosch, zur Kenntnis genommen. Tatsächlich entstand mit der Errichtung der Kaiserlichen Marine erstmals eine reichseigene Streitmacht. 20 Jahre später kam mit den Schutztruppen dann eine weitere hinzu.

Nachdem das Deutsche Reich 1891 die Verwaltung Deutsch-Ostafrikas direkt übernommen hatte, wurde auch die dortige private Freiwilligentruppe dem Staat unterstellt und in „Kaiserliche Schutztruppe“ umbenannt.

Damit entstand eine dritte Teilstreitkraft des Deutschen Reiches neben Heer und Marine. Nachdem das Deutsche

Reich im Vertrag von Versailles endgültig auf seine Schutzgebiete verzichten musste, löste man am 10. Oktober 1919 zunächst die Kaiserlichen Schutztruppen für Deutsch-Ostafrika und Deutsch-Südwestafrika auf, ebenso das Kommando der Schutztruppen in Berlin. Da aber noch nicht alle Schutztruppen-Angehörigen aus Afrika zurückgekehrt waren, richtete man ein „Abwicklungsamt des früheren Kommandos der Schutztruppen im Reichskolonialamt“ ein.

Mit dem Gesetz betreffend Verminderung der Kaiserlichen Schutztruppen vom 12. März 1920 fanden schließlich die Reste dieser einstigen dritten Teilstreitkraft des Kaiserreiches ihr organisatorisches Ende und am 31. März 1920 wurde auch die Schutztruppe für Kamerun amtlich für aufgelöst erklärt.

Endgültig besiegelt wurde die Existenz der Kaiserlichen Schutztruppen mit der Verabschiedung des Leiters des Abwicklungsamtes am 9. April 1920. Erst bei der Überführung der Reichswehr in die Wehrmacht 1935 entstand mit der neugegründeten Luftwaffe neben dem Heer und der Marine wieder eine dritte deutsche Teilstreitkraft. Wolfgang Reith, Neuss

PFUI DEUBEL ZU: EINE POLITIKERIN MIT BESON- DEREN ANSICHTEN (NR. 8)

Hass und Hetze gegen die AfD, ausgerechnet noch am Weihnachtstag, sind in den Äußerungen von Frau Deubel auf Twitter enthalten: „Alle AfDler gehören in die Gaskammer.“ Dies zeigt: Die SED-Nachfolgepartei Die Linke, für die Frau Deubel kandidieren möchte, ist eine linksextreme Organisation, die vom Verfassungsschutz beobachtet werden sollte mit dem Ziel, sie zu verbieten.

Folgende Fragen an verantwortliche Behörden seien erlaubt: Warum strengt das Schulamt nicht ein Disziplinarverfahren gegen Frau Deubel an? Wie kann ein Gericht keine Bestrafung anordnen? Pfui Deubel, hohes Gericht!

Dr. Wolfgang Link, Gengenbach

ANZEIGE

Wie unsere Kinder unter den Corona-Maßnahmen leiden und was wir dagegen tun können

Der Immunologe und Toxikologe Prof. Dr. Stefan Hockertz setzt sich mit einem Problem auseinander, das in der Flut von Informationen über Corona kaum zur Sprache kommt: Mit der Frage, was macht die Pandemie mit Kindern und Jugendlichen? Hockertz beschäftigt insbesondere die Folgen der nicht mehr nachvollziehbaren Maßnahmen der Regierung und der einseitigen medialen Berichterstattung, bei der Fakten manipuliert und Gefahren aufgebauscht werden. Um Antworten auf die zentrale Frage zu bekommen, wertet Hockertz wissenschaftliche Studien aus, befragt Eltern und Lehrer und analysiert Bilder sowie Texte von Kindern.

Solide Aufklärung jenseits politischer und medialer Panikmache ist dringend geboten!

Die Erkenntnisse des Autors sind erschreckend: Die Maßnahmen der Regierung und die Corona-Berichterstattung zerstören die für Kinder so wichtige Institution der Familie. Kinder werden überfrachtet mit Todeszahlen, Bildern von Särgen und Berichten über Arbeitslosigkeit, die auch ihren Eltern drohen kann. Zudem werden sie – völlig zu Unrecht – als »Superspreeder« stigmatisiert.

Unzählige Kinder ziehen sich in eine eigene Welt zurück, in der sie mit ihren Ängsten allein bleiben.

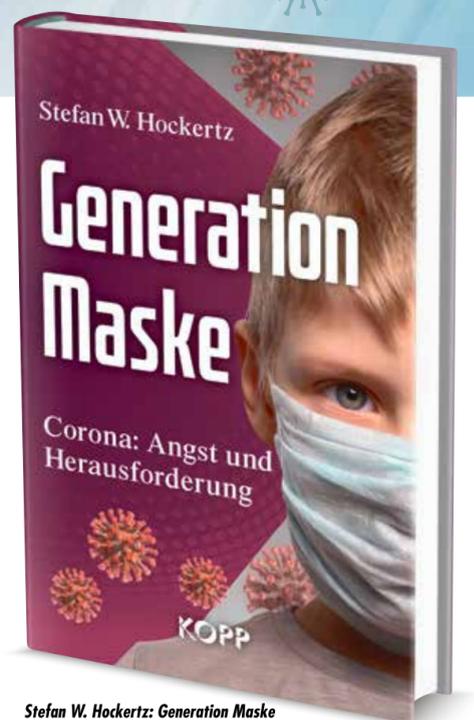
Katastrophal wirken sich die Schulschließungen aus. Kinder verlieren damit den Kontakt zu Freunden und den Bezugspersonen, die die Informationen über Corona für sie richtig einordnen könnten: die Lehrer. Dazu kommen die Masken, die nicht nur gesundheitsschädlich

sind, sondern den Kindern die Bedrohung auch unablässig vor Augen führen.

Die Folgen dieser Eindrücke sind körperliche, aber vor allem auch psychische Probleme wie Antriebslosigkeit, Konzentrationsschwäche, Aggressionen, Depressionen, Angstzustände und andere. Stefan Hockertz geht gegen diese Entwicklung an und artikuliert die Sorgen der Kinder.

Hockertz nutzt dieses Buch aber auch, um die falschen Informationen von Regierung und Medien zurechtzurücken. Als Immunologe und Toxikologe korrigiert er beispielsweise die angebliche Übersterblichkeit und informiert über die Gefahren der Impfstoffe, die weitgehend unerforscht sind und viel zu schnell zugelassen wurden.

Lesen Sie dieses bahnbrechende Buch und sprechen Sie mit anderen darüber!



Stefan W. Hockertz: **Generation Maske**
gebunden • 192 Seiten • zahlreiche Abbildungen
Best.-Nr. 983 200 • 19,99 €

KOPP VERLAG

Telefon (0 74 72) 98 06 10
Telefax (0 74 72) 98 06 11
info@kopp-verlag.de
www.kopp-verlag.de

Jetzt bestellen!
Versandkostenfreie Lieferung
innerhalb Europas

ARCHITEKTUR

Fährt kein Zug nach Nirgendwo

Auf dem Abstellgleis – In einem Pyrenäenkauff befindet sich eines der längsten Bahnhofsgebäude Europas, doch kaum einer nutzt es

VON STEPHANIE SIECKMANN

Inmitten der Pyrenäen liegt ein Bahnhof mit den Ausmaßen eines Riesenpalastes. Der Bahnhof von Canfranc ist ein in Vergessenheit geratenes Ruinen-Monstrum, das sich bei Freunden der „Lost Places“ (vergessenen Orte) großer Beliebtheit erfreut. Führungen durch die leeren Bahnhofshallen bescherten dem beschaulichen Dorf mit rund 700 Einwohnern in Vor-Corona-Zeiten nennenswerte Touristenzahlen. Eine Restaurierung soll bis 2025 für eine Wiederbelebung der Bahnhofsrue und der stillgelegten Gleise sorgen.

Der in der Provinz Aragonien kurz vor der französischen Grenze liegende Prachtbau sprengt sämtliche Maßstäbe. Der Entwurf für das Prestigeobjekt, das 1902 von beiden Ländern geplant und umgesetzt wurde, war opulent. Im engen Flusstal des Rio Aragón sollte auf 1195 Meter Höhe der Bahnhof an der Grenze den Handel und den Tourismus fördern und als Knotenpunkt für den Fernverkehr zwischen Paris und Madrid glänzen. Große Fenster, Pilaster im klassizistischen Stil und Holzarbeiten im Déco-Stil waren stilgebend. Durch die Berge grub man Tunnel, um die Verbindungen an das französische und das spanische Eisenbahnnetz zu schaffen.

Größter Bahnhof nach Leipzig

Überdachte Bahnsteige von zusammen 1,2 Kilometern und ein Hauptgebäude mit 241 Metern Länge stellten den Mittelpunkt des architektonischen Prachtstücks dar. Für die technisch sehr verschiedenen Bahnlinien gab es auf beiden Seiten des Bahnhofs entsprechende Anschlüsse und Wartungshallen. Französische Züge kamen aus Pau auf normalspurigen Gleisen bis zum Bahnhof Canfranc.

Auf der anderen Bahnhofseite lag die von Saragossa kommende Breitspurbahn. Hüben gab es einen Ringlokschuppen, drüben eine E-Lok-Halle für die französischen Züge. Insgesamt wurden auf der schmalen Anlage 27 Kilometer Gleise an-



Warten auf den Zug, der niemals kommt: Am riesigen Geisterbahnhof von Canfranc

Foto: imago images/Addictive Stock

gelegt. Als Umsteigebahnhof entworfen, waren in den Außentrakten des Gebäudes die Zollstelle, Polizeistation, Post und ein internationales Hotel untergebracht.

1918 konnte der Eisenbahntunnel fertiggestellt werden, der unter der Grenze hindurchführte. Zehn Jahre später konnten König Alfons XIII. von Spanien und der französische Staatspräsident Gaston Doumergue der Eröffnungszeremonie beiwohnen. Der kleine neugeschaffene Ort Canfranc Estación mit seinen rund 400 Einwohnern, unweit des talabwärts gelegenen alten Dorfes Canfranc, hatte nach Leipzig den zweitgrößten Bahnhof Europas und nannte ihn stolz Estación Internacional de Canfranc.

Doch der Plan der Gründungsväter ging nicht auf. Die Strecke wurde nicht so gut angenommen, wie erhofft. Was nicht

zuletzt an der enormen Steigung von bis zu 43 Prozent auf französischer Seite lag. Die Transporte waren zu langsam, um konkurrenzfähig zu sein.

Zweiter Weltkrieg sorgte fürs Ende

Dann begann der spanische Bürgerkrieg. Und mit ihm kam der Zugverkehr zwischen Spanien und Frankreich zeitweise vollständig zum Erliegen. Der Zweite Weltkrieg besiegelte dann das Ende. Da die Beziehungen zwischen Frankreich und Spanien angespannt waren, wurde das Projekt unbrauchbar. Schmuggel war in dieser Zeit der Hauptgrund, den Bahnhof Canfranc zu frequentieren. Gold wurde nach Spanien geschmuggelt, Wolfram, das für den Bau von Kriegsgerät notwendig war, mit dem Gold bezahlt und dann zurückgeschmuggelt. Diktator Franco ließ

zwischen 1944 und 1948 einige Tunnel sperren, um den Schmuggel von Waffen zu unterbinden, die seine Gegner stärken sollten. Die Line P entstand – ein Verteidigungskomplex, der den immens großen Bahnhof schützen sollte.

Mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs entspannte sich die Situation zwischen Frankreich und Spanien, der Zugverkehr auf der Strecke Pau–Saragossa wurde wieder aufgenommen. Doch 1970 sorgte ein Brückeneinsturz auf französischer Seite dafür, dass der Bahnverkehr auf der Strecke Pau–Saragossa vollständig und endgültig zum Erliegen kam. Derzeit dient die Station einzig als Kopfbahnhof je zweier täglich verkehrender Regionalzüge von und nach Saragossa.

Der überdimensionierte Geisterbahnhof von Canfranc mit seinen 356 Fenstern

und 156 Türen verfiel und sank in einen Dornröschenschlaf, bis einige Liebhaber des Morbiden die Schönheit des Verfalls entdeckten und auf der Suche nach lohnenden Objekten auch nach Spanien kamen. „Lost Places“-Fotografen haben diesen einst so prunkvoll geplanten Ort wieder ans Tageslicht und ins Bewusstsein der Spanier befördert.

2013 erinnerte sich die Provinz Aragón an ihr ehemaliges Vorzeigebauwerk, erwarb das Gelände und präsentierte Pläne, die den Bahnhof wieder als Schmuckstück erstrahlen lassen sollen. Zuletzt besuchten vorwiegend Spanier Canfranc, um bei zwei geführten Touren täglich die Bahnhofsrue zu erkunden. Allein darf kein Besucher den Absperrzaun passieren. Eine Anmeldung für die Touren war notwendig, denn die Nachfrage war groß und wird nach dem Lockdown sicher steigen.

Größenwahnsinnige Architektur

Die Regierung von Aragonien setzt auf die Renovierung von Canfranc. Die Haupthalle des Bahnhofs ist inzwischen fertiggestellt. Ein Hotel soll Touristen ein reizvolles Dach über dem Kopf bieten. Auf einem der ehemaligen Rangiergleise soll ein neues Bahnhofsgebäude entstehen und der Zugverkehr wieder aufgenommen werden – natürlich in beide Richtungen.

Der Bahnhof Canfranc, ein größtensinniges Beispiel für die Industriearchitektur der damaligen Zeit, aus Glas, Beton und Eisen erschaffen und mit überraschender Eleganz ausgestattet, soll Touristenmagnet werden. Skifahrer machen gerne in der Region Halt, da sich in der Nähe die Wintersportorte Astún und Candanchú befinden. Außerdem liegt Canfranc auf dem aragonesischen Abschnitt der Pilgeroute des Jakobswegs.

Auch von Wanderern wird die Gegend um den Ort zunehmend entdeckt. Der Bau eines Hotels ist daher vielversprechend. Hoffentlich verschätzt man sich diesmal nicht wieder. Denn jetzt könnte Corona oder die nächste Pandemie ein weiteres ehrgeiziges Projekt ins Leere laufen lassen.

ARCHÄOLOGIE

Heiliger Schotterhaufen

Vor 140 Jahren entdeckte ein Deutscher die Kultstätte Nemrut Dağ im Südosten der Türkei

Die Türkei ist ein Land mit einer vielfältigen Geschichte, die weit in die Zeit vor den Osmanen zurückreicht. So wurde Anatolien auch von den Assyrern, Hethitern, Luwiern, Hurritern, Urartäern, Ioniern, Dorern, Persern, Makedoniern, Römern, Byzantinern und Seldschuken geprägt. Außerdem errichtete der armenisch-iranische Herrscher Ptolemaios 163 v. Chr. im Südosten Kleinasiens das Reich von Kommagene, welches bis 74 n. Chr. Bestand hatte.

Dessen mit Abstand bedeutendster König war Antiochos I. Theos Dikaos Epiphanes Philorhomaos Philhellen. Der starb etwa 36 v. Chr. nach über 30-jähriger Regierungszeit und hinterließ der Nachwelt ein beeindruckendes Heiligtum. Das liegt auf dem Gipfel des 2150 Meter hohen Berges Nemrut Dağ im Taurusgebirge und zählt inzwischen zu den wichtigsten Touristenmagneten der Türkei im grenzenlos weiten Hinterland der Badeorte am Mittelmeer.

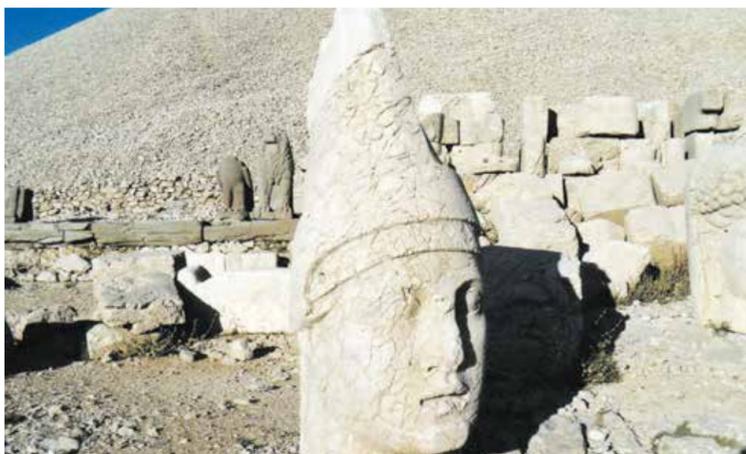
Für diese Kultstätte prägte Antiochos die Bezeichnung „Hierothesion“. Sie sollte einerseits als Haupttempel der neuen,

vom König selbst begründeten synkretistischen kommagenischen Kunstreligion mit persischen und griechischen Elementen dienen und andererseits als Begräbnisort des Herrschers fungieren. Deshalb trägt der Gipfel des Nemrut Dağ heute einen 45 Meter hohen künstlichen Schot-

terhügel, unter dem vermutlich die Überreste des Herrschers ruhen. Allerdings wurde die Grabkammer bisher nicht lokalisiert, obwohl Archäologen seit genau 140 Jahren danach suchen. 1881 hatte der deutsche Ingenieur und Orientreisende Karl Sester die Kultstätte entdeckt.

Die anderen historischen Zeugnisse aus der Blütezeit von Kommagene kann man problemlos besichtigen. Sie bieten vor allem beim Auf- und Untergang der Sonne einen beeindruckenden Anblick. So gruppieren sich rund um den Grabhügel Terrassen mit zahlreichen Monumentalstatuen. Diese stellen Antiochos selbst sowie allerlei Götter und Wächtertiere wie Löwen und Adler dar. Aufgrund von Erdbeben und Blitzeinschlägen verloren die acht bis zehn Meter hohen Skulpturen allesamt ihre Köpfe – dieselben liegen nun in der Regel zu Füßen der Figuren. Am besten erhalten ist das Abbild des Bauherrn auf der Westterrasse.

Im Jahr 1987 wurde das Heiligtum auf dem Nemrut Dağ in die Liste der UNESCO-Welterbestätten aufgenommen. Daraufhin erklärte die Regierung in Ankara den Berg und sein Umland im Folgejahr zum Nationalpark. Besucher erreichen den Gipfel und das Hierothesion mittlerweile leicht nach einem etwa 25-minütigen Aufstieg vom letzten Parkplatz am Ende der von Kahta und Narince herausführenden Straße.



Steinerner Wächter von Nemrut Dağ: Kopf des Antiochos I.

Foto: Kaufmann

DESSAU-WÖRLITZ

Ein späteres Erwachen

Traditionell wird seit 1994 der Start der Tourismussaison im Gartenreich Dessau-Wörlitz, Weltkulturerbe in Sachsen-Anhalt, mit dem zweitägigen „Frühlingserwachen“ feierlich begangen. Aufgrund der aktuellen Entwicklung der Pandemie und des von der Regierung verlängerten Lockdown kann dies am 20. und 21. März zum zweiten Mal in Folge nicht stattfinden.

Nach der derzeitigen Pandemie-Regelung müssen bis auf Weiteres auch die Schlösser Wörlitz, Luisium, Mosigkau und Oranienbaum sowie das Gotische Haus, die Insel Stein sowie der Gondel- und Fährbetrieb geschlossen bleiben. Anders die Parks und Gärten, die man auch jetzt jederzeit erkunden kann. Gerade im Frühling sind sie genau die richtigen Orte, um die erwachende Natur zu beobachten, die Sonnenstrahlen zu genießen und sich in der klaren Luft zu bewegen. Und ab dem 20. März – dem Tag der Frühlings-Tagundnachtgleiche – darf man sich auch wieder auf längere Tage freuen.

H. Schmechagen

Wolfgang Kaufmann

● FÜR SIE GELESEN

Von Scham und Schmerz

Bereits völlig entkräftet hält das Liebespaar Mojsej und Antonina, beide Mitarbeiter der Eremitage, in der Gemäldegalerie den Hungerwinter 1941/42 durch, anstatt mit den anderen im Keller Schutz zu suchen. In ihrer Fantasie entstehen Märchenbilder, sie sehen evakuierte Gemälde vor sich, sie rezitieren Gedichte und Theaterszenen.

Die in den USA lebende Philologin Polina Barskova widmet sich mit dem Prosaband „Lebende Bilder“ der Leningrader Blockade. Längere und kürzere Prosastücke wechseln sich ab, in denen es um Kunst, Künstler, privates Erleben und die jüngere Zeitgeschichte geht. Stilistisch gelingt ihr eine „Sprache des Dazwischen“, wie sie es selbst nennt, „eine zwischen Prosa und Lyrik, ... auf dem Territorium des Traumas von Scham und Schmerz“.

Den Leser erwartet eine anspruchsvolle Lektüre, ein eloquentes Spiel mit der Sprache. *Manuela Rosenthal-Kappi*



Polina Barskova: „Lebende Bilder“, Suhrkamp Verlag, Berlin 2020, gebunden, 222 Seiten, 22 Euro



FOTO: SHUTTERSTOCK

Kreidefelsen und Buchenwälder sind wohl die bekanntesten Markenzeichen der Insel Rügen. Doch sie hat noch viel mehr zu bieten.

Matthias Christmann, Literaturwissenschaftler und PR-Berater für touristische Unternehmen und Verbände ist eng mit der Insel verbunden. In seinem neuen Reiseführer „Rügen, Hiddensee & Stralsund“ entführt er seine Leser in die faszinierende Welt von Altstadtromantik, kilometerlangen Sandstränden,

Steilküsten, alten Buchenwäldern und natürlich die der historischen Seebäder Binz, Sellin, Baabe und Göhren.

Vieles von dem, was in dem handlichen Reiseführer im Taschenbuchformat über die Sehenswürdigkeiten der Insel beschrieben wird, ist Rügenliebhabern bereits bestens bekannt, und doch gibt es noch viel Neues zu entdecken und viel Wissenswertes zu erfahren, was einem beim gelegentlichen Besuch der Insel verborgen bleibt.

REISEN

Romantische Inselwelt

Die Insel Rügen ist ein Lieblingsort der Deutschen. Sonnenumflutet und landschaftlich vielseitig, hat sie für jeden etwas zu bieten

Von Stralsund ausgehend arbeitet der Autor sich geographisch vor, indem er jedem Teil der Insel ein eigenes Kapitel widmet. Jedem dieser Kapitel ist eine kleine Bildübersicht mit den Höhepunkten vorangestellt, gefolgt von detaillierten Informationen zu Sehenswürdigkeiten, Menschen und Besonderheiten. Auf gelb hervorgehobenen Seiten folgt ein praktischer Teil, an den sich ein Magazin mit Artikeln, beispielsweise zum Urlaub in der DDR-Zeit, anschließt. Eine her-

ausnehmbare Straßenkarte rundet das Gesamtpaket ab. *MRK*



Matthias Christmann: „Rügen, Hiddensee & Stralsund“, DuMont Reiseverlag, Ostfildern 2021, Taschenbuch, 292 Seiten, 18,95 Euro

TALÂT PASCHA

Mörder und Vater der modernen Türkei

Hans-Lukas Kieser zeichnet ein fesselndes Porträt über den letzten türkischen Großwesir, der die Vernichtung von 1,5 Millionen armenischen Bürgern in ihrer Heimat Anatolien und der europäischen Türkei betrieb

VON BODO BOST

Der Historiker Hans-Lukas Kieser legt erstmals eine wissenschaftliche Biographie über den eigentlichen Gründer der modernen Türkei vor, den letzten osmanischen Großwesir Talât Pascha (1874–1921), der vor 100 Jahren, am 15. März 1921, in Berlin erschossen wurde.

Der letzte osmanische Regierungschef war gleichzeitig auch Chef einer jungtürkischen Untergrundorganisation, die sich „Komitee für Einheit und Fortschritt“ (CUP) nannte. Damit lieferte er das Vorbild für viele staatliche Doppelstrukturen, die bis heute ein prägendes Paradigma der halbdemokratischen Parteienkultur im gesamten Nahen Osten sind.

Als Verbündeter Deutschlands im Ersten Weltkrieg hatte er zwei Kriegsziele: einen Sieg gegen die Alliierten und die Ausrottung der Armenier und anderer Christen im Osmanischen Reich. Der 25. April 1915 ist nach Ansicht Kiesers das entscheidende Datum hierzu.

An jenem Tag wurde mit deutscher Hilfe der Vorstoß der britischen, französischen und australischen Marine an den Dardanellen erfolgreich abgewehrt. Nach der desaströsen Niederlage im Kaukasus ein Jahr zuvor löste das einen Siegesrausch bei den Türken aus. Gleichzeitig markiert dieser Tag den Beginn von Talâts „Lösung der armenischen Frage“. Die nahezu vollständige Entfernung von 1,5 Millionen armenischen Bürgern aus ihrer historischen Heimat Anatolien und der europäischen

Türkei sowie ihre Deportation zum Sterben in die syrische Wüste entwarf Talât ganz allein, so Kieser.

Nicht überall gehorchten die Gouverneure Talâts Vernichtungsbefehlen. Einer von ihnen war Ali Mazhar Bey, der Vali von Angora, einer damals zur Hälfte armenischen Stadt, die 1923 als Ankara die neue Hauptstadt unter Atatürk werden sollte. Dem Stadtrat erklärte Mazhar im Frühjahr 1915: „Ich kann das nicht tun, ich bin ein Gouverneur, kein Bandit.“ Um seinen Willen durchzusetzen, schickte Talât einen jungen Mann namens Atif nach Angora, der Ali Mazhar ersetzte und in nur sechs Wochen alle Christen aus Angora deportierte und ermordete. Ali Mazhar wurde später Vorsitzender des osmanischen Gerichts, das 1919 in Konstantinopel Talât zum Tode in Abwesenheit verurteilte.

Laut Kieser betrachtete Mustafa Kemal den nach Berlin geflüchteten Talât als seinen Vorgänger, das beweist er mit der Korrespondenz der beiden in den Jahren 1919 bis 1920. Talât hätte eigentlich den Titel Atatürk (Vater aller Türken) als Erster verdient, denn Kemal Pascha folgte Talâts Vermächtnis und handelte gemäß dessen Logik. Die Republik Türkei basiere auf den von Talât gelegten Fundamenten und dem turanisch/pantürkischen Messianismus von Gökalp, schreibt Kieser. Deutsche, Briten und Russen umwarb Talât gleichermaßen und spielte sie, wie Erdoğan heute, gegeneinander aus. Talât stellte die Weichen für ein Jahrhundert, das politischen Terror und ethnische Säuberungen in einem nie gekannten Ausmaß erleben sollte.

Die Gründung der Republik im Jahr 1923 durch seinen Weggefährten Kemal Atatürk sollte er jedoch nicht mehr erleben. Am 15. März 1921 wurde er wegen seiner Verbrechen an den Armeniern in seinem Berliner Asyl von einem armenischen Studenten gerichtet, der seine gesamte Großfamilie unter Talât verloren hatte und deswegen von einem Geschworenengericht freigesprochen wurde.

Kieser zeichnet ein fesselndes Porträt des gerissenen und gnadenlosen Politikers, der seine Macht durch eine starke Mischung aus islamisch-türkischem Nationalismus und der Bereitschaft zu gewaltsamen „Lösungen“ steigerte. Diese Biographie ist ein unverzichtbares Werk, um das Umfeld zu verstehen, in dem ein völkermörderisches Programm von einer kleinen Gruppe radikalisierter Individuen erdacht und geplant wurde. Nach Talât Pascha, dem Völkermörder, der 1941 zu einem Staatsbegräbnis von Berlin nach Istanbul überführt wurde, sind in der heutigen Türkei viele Straßen, Plätze und sogar Moscheen benannt.

Hans-Lukas Kieser: „Talât Pascha. Gründer der modernen Türkei und Architekt des Völkermords an den Armeniern. Eine politische Biografie“, Chronos Verlag, Zürich 2021, gebunden, 440 Seiten, 48 Euro



PRAG

Ein Palast in der „Goldenen Stadt“

Der ehemalige US-Botschafter in der tschechischen Hauptstadt erzählt anhand des Palasts der jüdischen Familie Petschek die Geschichte des Hauses

VON DIRK KLOSE

Die tschechische Hauptstadt Prag ist nicht nur berühmt durch den Hradschin und die Karlsbrücke, sondern auch durch eine Fülle prächtiger Palais aus der Barockzeit. Im 20. Jahrhundert kam mit dem Palast Petschek ein weiterer Prachtbau hinzu. Der jüdische Großindustrielle Otto Petschek hatte ihn von 1924 bis 1929 bauen lassen und weder Aufwand noch Mühen gescheut. Er ist bis heute einer der schönsten Paläste der Stadt und seit 1948 Sitz der Botschaft der USA.

Der in Washington als Publizist und Politikberater tätige, 1960 als Sohn einer jüdischen Holocaust-Überlebenden geborene Norman Eisen war von 2011 bis 2014 US-Botschafter in Prag. Von seiner Residenz war er derart angetan, dass er deren Geschichte sowie Leben und Schicksal der hier tätigen Personen erforscht und aufgeschrieben hat. Sein Buch spiegelt gleichermaßen das Schicksal der 1938 geflohenen Familie des Gründers, die Stadt Prag im Zweiten Weltkrieg als auch die durch die dramatischen Nachkriegsereignisse geprägten tschechisch-amerikanischen Beziehungen wider.

Das Buch ist in vier größere Abschnitte unterteilt: Zu Beginn steht die fast wahnwitzig anmutende Idee Petscheks, im 20. Jahrhundert einen pompösen Palast zu bauen. Als 1939 Prag von den Deutschen besetzt wurde, residierte hier der deutsche Militärbefehlshaber Rudolf Toussaint, dem man als Verdienst bescheinigen muss, 1945

die „Goldene Stadt“ unzerstört an die Sieger übergeben zu haben. Der erste US-Botschafter Laurence Steinhardt war fasziniert von diesem prachtvollen Gebäude. Er erreichte in zähen Verhandlungen und mitten im Prager Sturm von 1948, dass die USA in den Besitz des Anwesens kamen.

Botschafterin von 1989 bis 1992 war die als Kinderfilmstar berühmt gewordene Shirley Temple. Ihr Einsatz für die Bürgerrechtsbewegung und die Wende von 1989 dominiert die Darstellung, ebenso am Ende des Buches Eisens eigene Tätigkeit an der Moldau. Eingeschoben hat er kurze Kapitel zum Lebenslauf seiner Mutter, die von allen Familienangehörigen wie durch ein Wunder Auschwitz überlebt hat.

Eisen hat das Buch mit viel Anteilnahme für die Gründerfamilie, mit Fairness gegenüber dem deutschen General und mit viel gutem Willen für seine Vorgänger geschrieben. Die lockere, wenn man so will typisch-amerikanische Art, Geschichte anschaulich, wenn auch mitunter etwas ausufernd zu erzählen, lässt die tschechische Geschichte wie selbstverständlich als europäische Geschichte der jüngsten Vergangenheit erscheinen.



Norman Eisen: „Der letzte Palast von Prag. Ein legendäres Haus und die Stürme des 20. Jahrhunderts“, Propyläen Verlag, Berlin 2020, gebunden, 592 Seiten, 26 Euro



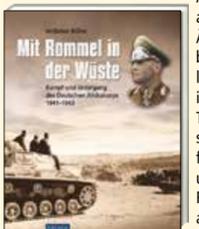
Götz Bergander
Dresden im Luftkrieg
Vorgeschichte – Zerstörung – Folgen
138 S/W-Abbildungen.
520 Seiten/Gebunden
Nr. P 575239 14,95 €

Was in der Nacht vom 13. auf den 14. Februar 1945 in Dresden geschehen ist, war nicht nur der gewaltigste Kriegsschauplatz, sondern hat sich auch tief in die Erinnerung derer eingegraben, die es miterlebt haben. Der Autor, selbst Dresdner und Augenzeuge der erschütternden Ereignisse, beschreibt nicht nur diese „Jahrhundertkatastrophe“, sondern Dresdens Bedeutung im Luftkrieg insgesamt und versucht, Tatsachen von Gerüchten zu trennen. Gestützt auf wertvolles Foto- und Kartenmaterial, britische und amerikanische Interpretationen und zum Teil neu eingebrachte Dokumente entstand ein zeitgeschichtliches Werk, das durch objektive Faktentreue besticht.



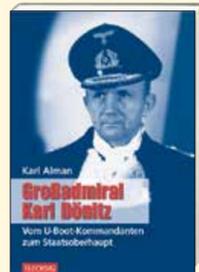
Roland Kaltenegger
Die Operationszone „Adriatisches Küstenland“
Der Kampf um Triest, Istrien und Fiume 1944–1945

Ende August 1944 war in Rumänien der deutschfreundliche Marschall Antonescu gestürzt worden und die neue Regierung schloss sich zu einem Bündnis mit der UdSSR zusammen. Infolge der ausweglos gewordenen Gesamtlage wurden die deutschen Verbände auf dem Balkan unter erbitterten Kämpfen zurückgedrängt. Nach zersplitterten Einsätzen kamen sie, stark dezimiert, erst südlich des Plattensees wieder geschlossen zum Einsatz. Im Verlauf der winterlichen Stellungskämpfe zwischen Drau und Plattensee vollzog sich weiter westlich in den Schlusstagen des Zweiten Weltkrieges in der Hafenstadt Triest, auf der Halbinsel Istrien sowie im Großraum Fiume die Tragödie des LXXXVII. Armeekorps des Generals Ludwig Kübler in der Operationszone „Adriatisches Küstenland“. Denn sowohl das Generalkommando als auch die ihm unterstellten Divisionen hatten noch am Vorabend der bedingungslosen Kapitulation offensive Kampfaufträge erhalten – und zwar gegen eine vielfache feindliche Übermacht aus regulären Truppen und Partisanenverbänden. Nach vergeblichem Kampf musste das LXXXVII. Armeekorps am 5. Mai 1945 in Jugoslawien kapitulieren. Tausende von Angehörigen der Wehrmacht und Waffen-SS starben im Hinterhalt der Partisanen, auf den menschenverachtenden „Sühnemärschen“ und in der Kriegsgefangenschaft. 448 Seiten
Nr. P 540107 Gebunden 19,95 €



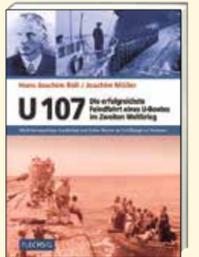
Volkmar Kühn
Mit Rommel in der Wüste
Kampf und Untergang des Deutschen Afrikakorps 1941–1943
502 S/W-Abb.
360 Seiten/Gebunden
Nr. P 540056 24,95 €

Als Italien im September 1940 von Libyen aus in das von britischen Truppen besetzte Ägypten einmarschierte und sich nach einer britischen Offensive eine Niederlage der Italiener in Afrika abzeichnete, entschied Hitler im Februar 1941 Wehrmachtstruppen nach Tripolis zu entsenden. Das war die Geburtsstunde des Deutschen Afrikakorps! In den folgenden zwei Jahren war dieser Verband unter seinem charismatischen Führer Erwin Rommel in wechselvolle Kämpfe in der afrikanischen Wüstenlandschaft verwickelt. Diese führten das Deutsche Afrikakorps auf seinem Vormarsch über Tobruk und Sollum in das heiß umkämpfte El Alamein in Ägypten, wo die deutschen und italienischen Truppen nach bitteren Verlusten zum Rückzug gezwungen wurden. In Tunesien von alliierten Truppen in den Zweifrontenkrieg gezwungen, kapitulierten das Deutsche Afrikakorps und seine italienischen Verbündeten am 12. und 13. Mai 1943.



Karl Alman
Großadmiral Karl Dönitz
Vom U-Boot-Kommandanten zum Staatsoberhaupt
51 S/W-Abb., 328 S./Gebunden
Nr. P 575629 14,95 €

Karl Dönitz, geboren am 16. September 1891 in Grünau bei Berlin und gestorben am 24. Dezember 1980 in Aumühle, war deutscher Marineoffizier im Ersten und Zweiten Weltkrieg, der als U-Boot-Kommandant und dann als Befehlshaber der U-Boote und Oberbefehlshaber der Kriegsmarine Seekriegsgeschichte geschrieben hat. Karl Alman beschreibt das Leben von Karl Dönitz von seiner Geburt, über die Ausbildung zum Seeoffizier, seine Einsätze im Ersten Weltkrieg, seinen Aufstieg im Zweiten Weltkrieg zum Oberbefehlshaber der Marine, die kurze Zeit als Nachfolger von Adolf Hitler als Staatsoberhaupt, sowie seine Verurteilung durch den Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg, seine Gefangenschaft und sein Leben wieder in Freiheit bis zu seinem Tod.



H.-J. Röhl/J. Müller
U 107 und die erfolgreichste Feindfahrt eines U-Bootes im 2. Weltkrieg
Mit Ritterkreuzträger Günter Hessler auf Schiffsjagd vor Freetown
161 S/W-Abb., 296 S., Geb.
Nr. P 540054 14,95 €

Dies ist die Geschichte von Kapitänleutnant Günter Hessler, dem ersten Kommandanten von U 107 und seiner drei Feindfahrten mit diesem Boot. Günter Hessler führte U 107 im Jahr 1941 auf drei Unternehmungen im Nord- und Mittelatlantik bis vor Sierra Leone an der westafrikanischen Küste. Dabei erlangten er und seine Besatzung vor allem auf ihrer zweiten Feindfahrt vom 29. März 1941 bis zum 2. Juli 1941 besonderen Ruhm, denn bei dieser legendären Unternehmung im Mittelatlantik und vor Freetown gelang es ihnen, vierzehn Schiffe mit 86.699 Bruttoregistertonnen zu versenken, was diese Fahrt zu der erfolgreichsten Feindfahrt eines deutschen U-Bootes im Zweiten Weltkrieg machte. Von diesen Unternehmungen berichtet dieses zeitgeschichtliche Werk.



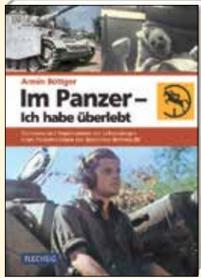
Johannes Steinhoff
Die Straße von Messina
Tagebuch des Kommodore

21. Juni bis 13. Juli 1943 – der Krieg tritt in eine entscheidende Phase. Der Kommodore des Jagdgeschwaders 77 und spätere Vier-Sterne-General der Bundeswehr, Johannes Steinhoff, führt Tagebuch: Mit letzten Reservern wird die Abwehrschlacht um Sizilien geführt. Es fehlt an Material. Neben wenig erfahrenen Flugzeugführern springen schnell ausgebildete junge Piloten in die Bresche. Unter ihnen sind die Verluste verheerend. Und die Führung versagt. Fast pausenlos zerplügen Bomben Landebahnen und Feldflugplätze. Immer schwieriger wird es, die Staffeln auf geeigneten Plätzen zusammenzufassen. Das Bodenpersonal hat große Ausfälle. Gegnerische Jagdfliegereinheiten schützen die Formationen der Fliegenden Festungen, die anzugreifen immer verlustreicher wird. Der Jagdflieger dort oben ist allein auf sich gestellt. Er nimmt den ungleichen Kampf auf, wieder und wieder, missachtet von einer Führung, die ihm mangelnden Angriffsgeist vorwirft und nicht begreifen will, wie hoffnungslos das Kräfteverhältnis ist. Im Tagebuch wird deutlich, wie Johannes Steinhoff, der sich der Aussichtslosigkeit des Kampfes bewusst ist, in seine militärische Pflicht gezwungen wird und gleichzeitig seine Verzweiflung darüber spüren lässt, seine ihm untergebenen Flieger täglich von Neuem opfern zu müssen. 232 Seiten
Nr. P 540123 Gebunden 16,95 €



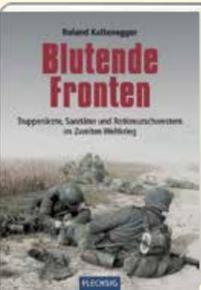
Karl Knoblauch
Dem Ende entgegen
Mit dem Fallschirm-Panzerfüsilierbataillon 2 „Hermann Göring“ in Ostpreußen 1944/1945
121 S/W-Abb. 221 Seiten
Nr. P 575720 Geb. 14,95 €

Leutnant Karl Knoblauch, nach Stationen bei der Radfahrswadron 195 der 95. Infanteriedivision und als Beobachter in der 4.(F)/14 Fernaufklärerstaffel der Luftwaffe bei einem Einsatz schwer verwundet, meldet sich nach seiner Genesung im Lazarett zum Fallschirm-Panzerkorps „Hermann Göring“. Als Zugführer eingesetzt erlebte der Autor die schweren Abwehrschlachten um Ostpreußen 1944/45. Die Schilderungen dieser grauenvollen Abwehrkämpfe gegen einen übermächtigen Gegner, das schreckliche Schicksal der Zivilbevölkerung während der Kämpfe und auf der Flucht zeigen das ganze Grauen des Krieges.



Armin Böttger
Im Panzer – Ich habe überlebt
Stationen und Impressionen des Lebensweges eines Panzersoldaten der deutschen Wehrmacht
360 Abbildungen. 352 Seiten
Nr. P 540017 Geb. 19,95 €

In diesem Buch schildert Armin Böttger, wie er als namenloser Soldat nach manchen Umwegen quer durch Europa in vielen Schlachten und Gefechten an der zurückweichenden Ostfront als Funker in einem Panzer der 12. Schwadron, Panzerregiment 24 der 24. Panzerdivision das Kriegsgeschehen miterlebte. Er überlebte den Krieg trotz einer schweren Verwundung, die er sich beim Abschuss seines Panzers zugezogen hatte, und die Flucht aus Ostpreußen über das zugefrorene Haff. Dabei fotografierte er immer wieder – zum Teil bereits Farbfotografien! Diese Bilder und der authentische Zeitzeugenbericht aus der Sicht eines einfachen Soldaten sind ein zeitgeschichtlicher Beitrag von frapierender Relevanz.



Roland Kaltenegger
Blutene Fronten
Truppenärzte, Sanitäter und Rotkreuzschwestern im Zweiten Weltkrieg
384 Seiten/Gebunden
Nr. P 540075 16,95 €

Dieses Buch ist alles andere als ein Heldenepos, wie man es tausendfach über den Krieg kennt. Es geht hier auch nicht um die großen Schlachtereferfolge und Siege der Generalität, sondern um die stumme Pflichterfüllung von Menschen, die der Krieg schicksalhaft zusammengewürfelt hat. In diesem Werk geht es in erster Linie um die Darstellung der leidenden Frontsoldaten und der permanent überforderten Truppenärzte und Sanitäter sowie um das Leben der Rotkreuzschwestern im Inferno des Schlachtgetümmels, um ihr persönliches Schicksal, ihre Ängste, Sorgen und Nöte; aber auch um die Gewissensqualen und Sehnsüchte am Rande der menschlichen Existenz; um den Tod auf dem Schlachtfeld, wenn sich Mann gegen Mann unausweichlich gegenüberstehen.



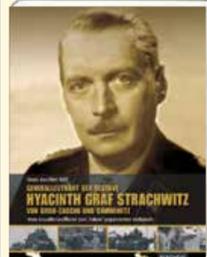
Roland Kaltenegger (384 S.)
Die Todesinseln des Ionischen Meeres
Das Drama von Korfu und Kefalonia in Dokumenten und Zeitzeugenberichten 1943–1944
227 S/W-Abb.
384 Seiten/ Gebunden
Nr. P 540070 16,95 €

Nach dem Sturz des italienischen Diktators Mussolini wurde der deutschen Führung bewusst, dass in Italien ein Seitenwechsel bevorstand. Aus diesem Grunde erließ das Oberkommando der Wehrmacht Richtlinien und Befehle, die sich mit der Entwaffnung des italienischen Heeres durch deutsche Truppen und mit der Rückeroberung von italienisch besetzten Inseln im Ionischen Meer befassten. Bei der Rückeroberung von Korfu kam es zu keinen allzu großen Kampfhandlungen. Im Gegensatz dazu nahmen die Ereignisse auf der benachbarten Insel Kefalonia einen viel dramatischeren, ja tragischen Verlauf. Die Regierung in Rom hatte kurz zuvor einen Waffenstillstand mit den Alliierten geschlossen. Die Deutschen verlangten die Kapitulation der Italiener auf Kefalonia. Als diese sich weigerten, kam es zu Erschießungen von über 4.000 italienischen Soldaten nach Ende der Kampfhandlungen.



Richard Freiherr von Rosen
Als Panzeroffizier in Ost und West
Im Panzer III, Tiger und Königstiger in Russland, Frankreich und Ungarn

Am 22. Juni 1941 beginnt mit dem Unternehmen „Barbarossa“ für Richard Freiherr von Rosen als Richtschütze im Panzer III der Krieg gegen die Sowjetunion. Im Rahmen der 4. Panzerdivision in der Heeresgruppe Mitte eingesetzt, erlebt er seine Feuertaufe beim schweren Kampf seines Regiments um Stary Bychow. Nach seiner Versetzung zur schweren Panzerabteilung 502 kämpft er ab Januar 1943 mit dem Panzer VI „Tiger“ zunächst in der Kalmückensteppe. Noch im selben Jahr nimmt Rosen – jetzt als Leutnant und Zugführer bei der 3. Kompanie der Tigerabteilung 503 – an der Operation „Zitadelle“, der größten Panzerschlacht des Zweiten Weltkriegs teil. Es folgen Einsätze an der Invasionsfront in der Normandie und die Operation „Horthy“ sowie die Rückzugskämpfe der schweren Panzerabteilung 503 in Ungarn mit „Königstigern“. Format 24 x 30 cm. 445 Abb. 320 S.
Nr. P 540044 Gebunden mit Schutzumschlag 29,95 €



Hans-Joachim Röhl
Generalleutnant d. Res. Hyacinth Graf Strachwitz
Vom Kavallerieoffizier zum Führer gepanzerter Verbände
220 S/W-Abb. 193 Seiten,
mit Schutzumschlag
Nr. P 540015 Geb. 24,95 €

Dies ist die Geschichte von Hyacinth Graf Strachwitz. Am 30. Juli 1893 in Groß-Stein in Oberschlesien geboren, gehörte er einem alten schlesischen Adelsgeschlecht an. Nach seiner Kadettenzeit in Lichtenfelde ins Regiment „Garde du Corps“ aufgenommen und von Kaiser Wilhelm II. persönlich zum Leutnant der Reserve befördert, nahm er am Ersten Weltkrieg als Führer von berittenen Fernspähtruppen im feindlichen französischen Hinterland teil. Im Zweiten Weltkrieg kämpfte er als Führer gepanzerter Verbände im Balkanfeldzug, in Russland, beim Vorstoß auf Stalingrad, der Schlacht um Charkow und bei den Abwehrkämpfen im Frühjahr 1944 im Rahmen der Heeresgruppe Nord. Ausgezeichnet mit den Brillanten zum Ritterkreuz mit Eichenlaub und Schwertern, war er einer der höchst ausgezeichneten Soldaten des Zweiten Weltkriegs.



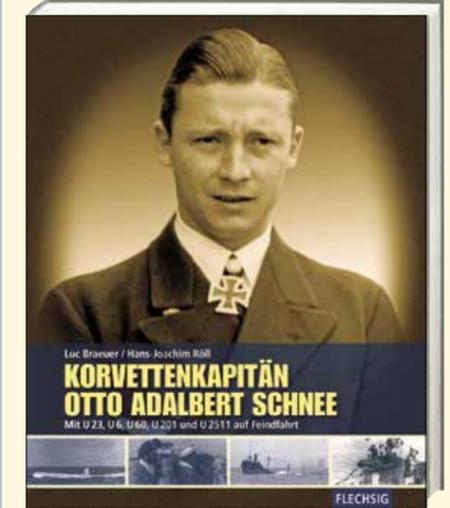
Franz Kurovski/Alois Schlee
Das Infanterieregiment 55 im Einsatz mit der 17. Infanteriedivision 1934–1945
Österreich, Polen, Frankreich und Russland

Im Oktober 1935 schlug die Geburtsstunde des Infanterieregiments 55. Dieses zog in die Standorte Würzburg und Bad Mergentheim ein. Erster Regimentskommandeur war Oberst Bieler. Zu Beginn des Jahres 1937 wurde das Regiment der 17. Infanteriedivision unterstellt, dem es bis zum Ende des Krieges angehören sollte. Der Einmarsch in Österreich, die Feuertaufe im Polenfeldzug, die Sicherung der Westgrenze und dann die Teilnahme am Westfeldzug sind Stationen im Gefechtskalender dieses Regiments. Der Russlandfeldzug führte das Infanterieregiment 55 mit der Heeresgruppe Mitte bis vor die Tore Moskaus. Nach den verlustreichen und entbehrungsreichen Winterkämpfen wurde das Regiment mit der 17. Infanteriedivision ab Mai 1942 zur Neuaufstellung nach Lorient in Frankreich verlegt, wo es bis Ende März 1943 verblieb. Nach Russland zurückgekehrt, wurde die am 15. Oktober 1942 in Grenadierregiment 55 umbenannte Einheit am Miuss eingesetzt. Dem Einsatz in der Miussstellung schlossen sich die Abwehrkämpfe zwischen Miuss und Dnjep, der Ausbruch aus dem Kessel von Taganrog, der Einsatz im Brückenkopf Nikopol, die Abwehrkämpfe zwischen Dnjep und Bug, der Einsatz im Weichselbogen und letzte Kämpfe in Schlesien bis zur Kapitulation am 8. Mai 1945 an. 435 Abb. 400 Seiten
Nr. P 540110 Gebunden 19,95 €



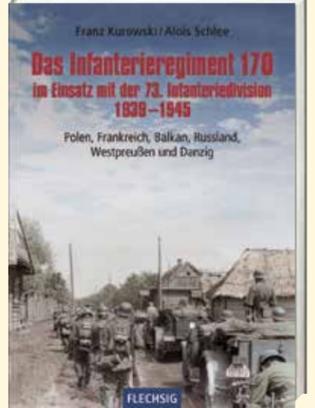
Hans-Joachim Röhl
Im Strom feindlicher Bomber
Der Eichenlaubträger Heinz Strüning und die deutsche Nachtjagd 1940–1945
232 Seiten
Nr. P 540053 14,95 €

Dies ist die Geschichte von Hauptmann Heinz Strüning. Geboren am 13. Januar 1912 in Neviges bei Wuppertal, trat er im März 1935 in die Luftwaffe ein. Bei Kriegsbeginn zunächst in einer Zerstörerstaffel im Einsatz, wurde er im Juli 1940 zur neu gebildeten Nachtjagdstaffel versetzt. Ab 1942 flog Strüning Nachtjagdeinsätze gegen die alliierten Bomberflotten. Nach 23 Luftsiegen erhielt er am 29. Oktober 1942 das Ritterkreuz zum Eisernen Kreuz. Ab 1944 flog Heinz Strüning mit der wohl besten deutschen Nachtjagdmaschine, der Heinkel He 219, mit der er sein Abschusskonto weiter in die Höhe trieb. Ausgezeichnet mit dem Eichenlaub zum Ritterkreuz startete er an Heiligabend 1944 zu seinem 280. Feindflug, von dem er nicht zurückkehrte.



Luc Brauer/Hans-Joachim Röhl
Korvettenkapitän Otto Adalbert Schnee
Mit U 23, U 6, U 60, U 201 und U 2511 auf Feindfahrt

Dies ist die Geschichte von Korvettenkapitän Adalbert Schnee. Am 31. Dezember 1913 in Berlin geboren, trat er am 8. April 1934 als Seeoffiziersanwärter in die Reichsmarine ein. Am 1. April 1937 zum Leutnant zur See befördert, entschied sich Schnee zur noch jungen U-Boot-Waffe zu wechseln. Zunächst als 1. Wachoffizier auf U 23 unter Otto Kretschmer, dem erfolgreichsten U-Boot-Kommandanten des Zweiten Weltkriegs, eingesetzt, erlebte Adalbert Schnee den Beginn des Krieges. Ab 19. Juli 1940 selbst U-Boot-Kommandant lief er mit U 6, U 60, U 201 und nach einer Zeit als Admiralstabsoffizier beim Befehlshaber der Unterseeboote mit U 2511, einem Boot des völlig neuen Typs XXI, zu Feindfahrten aus. Mit über 95.000 Bruttoregistertonnen versenkten Schiffsraums und ausgezeichnet mit dem Eichenlaub zum Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes, gehörte er zu den erfolgreichsten U-Boot-Kommandanten des Zweiten Weltkriegs. 321 S/W-Abb., 272 Seiten im Großformat 24 x 30 cm
Nr. P 540068 Gebunden mit Schutzumschlag 29,95 €



Franz Kurovski/Alois Schlee
Das Infanterieregiment 170 im Einsatz mit der 73. Infanteriedivision 1939–1945
Polen, Frankreich, Balkan, Russland, Westpreußen und Danzig

Das Infanterieregiment 170 wurde am 26. August 1939 als Regiment der 2. Welle aufgestellt. Mit der Aufstellung wurde das Regiment der 73. Infanteriedivision unterstellt, der es bis zum Ende des Krieges angehören sollte. Am 31. August 1939 erfolgte die Bahnverlegung nach Pommern. Jedoch gab es für die Einheiten des Infanterieregiments 170 in Polen nichts mehr zu tun, sodass das Regiment ohne an Kampfhandlungen teilgenommen zu haben, ins Saarland verlegt wurde. Am 11. Mai 1940 begann für das Infanterieregiment 170 der Westfeldzug mit dem Einmarsch in Luxemburg und Belgien. Über die Aisne ging der weitere Vormarsch bis nach Dole im französischen Jura. Der Balkanfeldzug führte das Regiment durch Bulgarien und Mazedonien bis hin zum Golf von Korinth. Im Russlandfeldzug war das Regiment im Bereich der Heeresgruppe Süd eingesetzt. Nikolajew, Perekop, die Krim, Melitopol, Taganrog, Rostow am Don, Bataisk, Noworossijsk, Tamanhalbinsel und wieder die Krim sind wichtige Stationen im Kriegstagebuch des Regiments. Im Mai 1944 in Ungarn neu aufgestellt, schlossen sie die Kämpfe um Warschau, im großen Weichselbogen, in Thorn und Danzig an. Beim Untergang der Goya kamen eine Reihe von Regimentsangehörigen ums Leben. 321 Abb. 328 Seiten.
Nr. P 540111 Gebunden 16,95 €

RAUTENBERG BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg
GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/46 58 89-12
Telefax 09 31/46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,50*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname Name

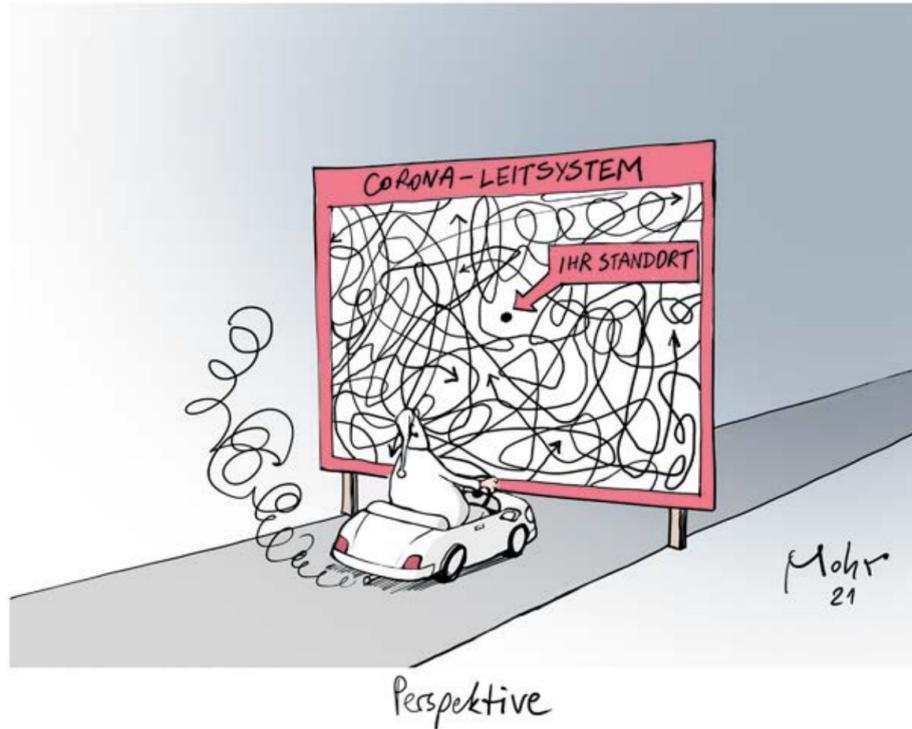
Straße/Nr. Telefon

PLZ/Ort

Datum Unterschrift

● **AUFGESCHNAPPT**

Dass die mit viel medialem Getöse verkündete Entscheidung, die AfD werde vom Bundesverfassungsschutz zum rechtsextremen Verdachtsfall hochgestuft, gerichtlich kassiert wurde, muss die Kämpfer für die „gute Sache“ nicht entmutigen. So etwa hatten bereits vor dem Urteil „Initiativen, Einrichtungen und Verbände, die sich für Inklusion und Teilhabe von Menschen mit Behinderung oder psychischer Beeinträchtigung einsetzen“, die Erklärung „Eintreten für Menschlichkeit und Vielfalt“ veröffentlicht. Bis Ende vergangener Woche schlossen sich etwa 500 Institutionen an. Die AfD lehne man ab. Neben den bekannten Zuschreibungen – etwa der Förderung von „Nationalismus, Rechtspopulismus und Rechtsextremismus“ – wird suggeriert, die Partei stelle „das Recht auf Leben von Menschen mit Behinderungen in Frage“. Man lasse nicht zu, dass eine Stimmung erzeugt werde, „die unsere Gesellschaft spaltet“. Zu eben dieser Spaltung liefert eine derartige Erklärung einen herausragenden Beitrag. *E.L.*

● **STIMMEN ZUR ZEIT**

Günter Theißen, Lehrstuhlinhaber für Genetik an der Universität Jena, ist sich ziemlich sicher, dass das Coronavirus SARS-CoV-2 im Labor und nicht natürlich entstanden ist, wie er gegenüber „ntv“ (6. März) sagt:

„Es hieß am Anfang, dass das Virus auf dem Markt in Wuhan auf den Menschen übergesprungen ist. Ich hatte mich dann eingelese und festgestellt, dass die ganzen Experten für Coronaviren in China alle in Wuhan sitzen. Das hielt ich dann für einen sehr seltsamen Zufall ... Dort haben sie diese Viren auch genetisch verändert und in menschliche Zellen eingebracht, um zu sehen, wie diese sich darin verhalten. Da hört man doch irgendwann die Nachtigall trapsen.“

Die Dortmunder Friseur-Unternehmerin Bianka Bergler verbindet gegenüber der „Welt“ (3. März) ihre vernichtende Kritik an den Corona-Maßnahmen mit einer Kampfansage an die Politik:

„Meine wichtigste Lektion war: Ich werde mir nie wieder meinen Laden schließen lassen ... Ich werde nicht noch mal zulassen, dass mir irgendwer meinen Salon, für den ich jahrelang hart gearbeitet habe, kaputtmacht. Ich werde deshalb bei einem möglichen dritten Lockdown diejenige sein, die ihr Geschäft trotzdem öffnet.“

Laut Hans-Werner Sinn, 1999 bis 2016 Chef des Münchener Ifo-Instituts, werden die Deutschen und andere Nordeuropäer einen hohen Preis für die Erhaltung des Euro zahlen. Dem Wiener „Standard“ (3. März) sagte er:

„Ich glaube, den Euro wird es weiter geben, weil die Politik alles tun wird, um ihn zu erhalten, solange es irgendwie geht ... Das bedeutet aber, dass sie immer mehr Transferprogramme zur Stützung jener Mitglieder der Eurozone realisieren müssen, die mit dem Euro sichtlich nicht zurechtkommen, weil sie im Euro zu teuer geworden sind ... Es entsteht eine Wirtschaftsstruktur, die im Süden einen Lebensstandard schafft, der über dem liegt, was die Produktivität erlaubt, und im Norden das Gegenteil.“

Ekaterina Quehl, in der Sowjetunion geborene Jüdin und seit 2004 in Deutschland, wundert sich bei „reitschuster.de“ (8. März) darüber, dass der „Internationale Frauentag“ in Berlin wieder staatlicher Feiertag ist und mit Aufmärschen begangen wird:

„Ich nehme das als Teil der Symbolik wahr, die hier zur Veranschaulichung der aktuellen Entwicklungen nach links in Richtung Sozialismus benutzt wird. Dass mich dieses sozialistische Überbleibsel in Deutschland einholt, konnte ich mir nie im Leben vorstellen.“

● **WORT DER WOCHE**

„Die Inzidenzwerte, ob nun 100, 35 oder 50, sind im Grunde nichts anderes als Fiktionen und damit im Verhältnis zu den Freiheitsrechten der Bürger blanke Willkür.“

Rupert Scholz (CDU), Staatsrechtler und früherer Verteidigungsminister, in der „Bild“-Zeitung vom 4. März

DER WOCHENRÜCKBLICK

Germanischer Frühling

Wie sich das Koma langsam löst, und warum wir bald einen heißen Frühling erleben könnten

VON HANS HECKEL

Diesen Sonntag sind endlich mal wieder Wahlen. Schmeckt nach Politik wie früher: Der Bürger kann sich was aussuchen und die Politiker müssen das Resultat einfach schlucken. Klar doch, ich weiß – wir idealisieren die Sache jetzt ein wenig. Aber immerhin verströmt das Wahl-Szenario zumindest noch den salzigen Duft der Demokratie und nicht den stickigen Muff, in dem wir seit einem Jahr feststecken und Befehle entgegennehmen von Zuchtmeistern, die eigentlich Diener des Volkes sein sollten.

Richtig interessant für alle Deutschen wird es natürlich erst im September, wenn der neue Bundestag gewählt wird. Seit Beginn des ersten Lockdown scheinen die Parteipräferenzen ja gleichsam eingefroren zu sein, selten war das Studium der wöchentlichen Umfrageresultate dermaßen öde wie in den vergangenen zwölf Monaten. Historisch ist so eine Starre in Phasen großer Anspannung allerdings nichts Ungewöhnliches.

Man sollte das jedoch nicht mit Stabilität verwechseln. In der Erstarrungsphase werden die Empfindungen nur aufgestaut und entladen sich dann schwallartig, sobald das politische Koma sich löst. Es könnte also demnächst richtig spannend werden.

Das ahnt das Regierungslager und ist sichtlich bemüht, jedes kleine Flämmchen an öffentlichem Protest sofort auszutreten. So ließ man vergangenes Wochenende bundesweit die radfahrende Antifa von der Kette, um an vielen Orten auftauchende Autokorsos gegen die Lockdown-Maßnahmen zu vereiteln. Brave Bürger, die das Geschehen beobachteten, rieben sich die Augen: die linksextreme Antifa als Prügeltruppe zum brutalen Niederhalten von Kritikern einer CDU-geführten Regierung? Erstaunlich.

So könnte es losgehen

Dahinter kann nur eine von zwei Ursachen stecken: Entweder hat der „Schwarze Block“ sein Herz für die Ideale der Christdemokratie entdeckt, oder die Christdemokraten haben einen inneren Wandlungsprozess durchschritten, der uns gar nicht aufgefallen war und der sie nun zu natürlichen Alliierten jener düster Gekleideten macht, die als „Schwarzblockwarte“ ihre Pflichten erfüllen.

Auf die eifrigen Korso-Stopper dürfte in den kommenden Monaten viel Arbeit zukom-

men. Mit all dem Frust, der sich im Volk angesammelt hat, liegen deftige Zutaten bereit für einen richtig heißen Frühling. Am Beginn ist es meist nur ein kleiner Funke, der die Lage entzündet und schließlich einen Flächenbrand auslöst.

Wo, wann und wie der Funke überspringt, weiß man vorher nicht. Aber es könnte beispielsweise so losgehen: Nach dem nächsten „Lockerungsbeschluss“ dürfen sich wieder zehn Leute aus drei Haushalten im Park treffen. Irgendwo rotten sich aber elf Jugendliche aus vier Haushalten zusammen. Die Polizei rast mit Tatütata und durchdrehenden Reifen zum Treffpunkt, zu Fuß hasten weitere Beamten herbei, um mit aller Schärfe dazwischenzugehen, wie es sich gehört. Das beobachten andere Kleingruppen in der nahen Umgebung und eilen ebenfalls zum „Tatort“, wo es zu einem veritablen Tumult kommt, bis sich die Uniformierten zurückziehen müssen und mit einem Großaufgebot wiederkehren.

Regierung kriegt das große Flattern

Der Park wird zum Schauplatz ausgedehnter Auseinandersetzungen zwischen Spontandemonstranten und der Staatsmacht, Wasserwerfer kommen zum Einsatz. Auf die Nachricht von den Wasserwerfern breitet sich das Theater in der ganzen Stadt aus. Nachdem erst soziale und dann auch professionelle Medien berichten, strömen immer mehr Menschen auf die Straßen. Das setzt sich in immer mehr Städten fort, ein Journalist zieht historische Vergleiche und fabuliert vom „Germanischen Frühling“, womit die Antifa ihren Beweis hätte, dass es (wer sonst?) offensichtlich alles „Nazis“ waren, die das angezettelt haben. Das nützt ihr aber nichts mehr, der Ball rollt.

Die Regierenden kriegen das große Flattern, im Stundentakt werden weitere „Lockerungen“ erlassen. Das kann die wütenden Bürger jedoch nicht mehr besänftigen, keiner hält sich an die ständig veränderten Vorschriften. Die völlig überforderten Polizeibeamten sehen irgendwann nicht mehr ein, für das regierungsamtliche Regelchaos den Kopf hinzuhalten, und beschränken sich darauf, punktuell auftretende Sachbeschädigungen zu ahnden. Maskendiktat? Zwangsschließungen? Alles im Handumdrehen obsolet.

Spinnererei? Warten wir's ab. So rasant wie in den jüngsten Tagen ist das Vertrauen in die Politik und ihre Maßnahmen wohl noch nie eingestürzt, der Wutpegel steigt bedenklich.

Das Einzige,
was sie
zustandebringen,
ist Verboten,
Bestrafen,
Zusperrn und
die
Verantwortung
abwälzen



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de

Doch die Kanzlerin meint immer noch, ihre „Lockerungen“ bei nächster Gelegenheit wieder einschränken zu können, sobald ihr ein konstruierter „Inzidenzwert“ die Munition dafür liefert. Soll sie ruhig. Dann könnte es soweit sein.

Aber wie konnte es soweit kommen? Soweit konnte es kommen, weil sich die Zeiten auf hässliche Weise geändert haben. Leider jedoch kommen die politischen Führungskader nicht damit zurecht.

Früher konnten sie jeden Schaden, den sie angerichtet hatten, irgendwie zudecken. Entweder man schob den Mist in die Zukunft, etwa die Euro-Krise. Dafür musste man nur genug Geld draufschaufeln, bald vergaßen die Leute den Kram wieder. Dass sich das Problem einer gescheiterten Währung damit immer größer und zerstörerischer auswächst, brauchte die Akteure nicht zu scheren. Wenn das kracht, sind sie längst in Pension.

Das Gleiche gilt für die Energiewende, mit der sich Merkel 2011 aus der Fukushima-Panik retten wollte. Erst nach dem Abschalten der letzten Kernkraftwerke nächstes Jahr werden wir die Folgen dieser „Wende“ in ihrer ganzen Pracht genießen dürfen, wenn es plötzlich dunkel wird. Merkels Freundin Ursula von der Leyen blieb genug Zeit, sich gen Brüssel davonzumachen, bevor ihr Versagen bei der Bundeswehr so richtig aufbrach. Und die Grenzöffnung von 2015 konnten die vielen geneigten Medien unter einer Wolke aus falscher Moral verschwinden lassen, bis sich keiner mehr traute, darüber kritisch zu reden.

Sie können es einfach nicht

Am Ende war immer alles in Butter für die politisch Verantwortlichen, weil ihr Versagen den Deutschen nie sofort auf die Füße fiel. Doch diese Kniffe funktionieren in der Lockdown-Krise nicht mehr. Weder Zeit noch Geld noch erpresserische Moralpropaganda können die öffentliche Meinung in Schach halten. Politiker müssten auf einmal schnell, mutig und kompetent handeln. Dass sie das einfach nicht können, fliegt in immer schnellerem Tempo auf, zunächst nach Monaten, dann nach Wochen und mittlerweile binnen Tagen. Man denke nur an Jens Spahns Masken- und Test-Desaster.

Das einzige, was sie zustandebringen, ist Verboten, Bestrafen, Zusperrn und die Verantwortung abwälzen. Doch das merkt ein Deutscher nach dem anderen, weshalb es tatsächlich bald ungemütlich werden könnte.